

BERLIN

SPD

Kommission Politische Handlungsfelder

SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD
SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD
SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD
SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD
SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD SPD

Entwurf des Abschlussberichts

zum Landesparteitag
am 26. Oktober 2019

Gliederung

I. Anlass und Auftrag	4
II. Analyse	9
III. Zielgruppen der SPD	23
IV. Unsere Politik für Berlin: Ziele und identifizierte Handlungsfelder	29
1. Wehrhafte Demokratie in einer vielfältigen Gemeinschaft	
2. Grundprinzipien unseres politischen Handelns	
3. Klimaschutz und Digitalisierung: Sozial verantwortlich die Zukunft gestalten	
4. Funktionierende Stadt (Die BürgerInnen im Mittelpunkt)	
5. Soziale und Innere Sicherheit	
6. Gute Bildung und lebenslanges Lernen	
7. Gute Arbeit und Tariftreue	
8. Stadtentwicklung und Wohnen	
9. Mobilität und ÖPNV	
10. Kultur	
V. Die SPD modern und inklusiv aufstellen	48
VI. Die SPD als Teil gesellschaftlicher Bündnisse und Debatten	52
VII. Schlussfolgerungen	54

Entwurf des Abschlussberichts der Kommission Politische Handlungsfelder

I. Anlass und Auftrag

Das ernüchternde Wahlergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017 (bundesweit 20,5 % der Zweitstimmen) hat in der gesamten Partei eine Debatte um die Neuausrichtung der Sozialdemokratie ausgelöst. Dem Landesparteitag der Berliner SPD im November 2017 lagen zahlreiche Anträge vor, die Vorschläge unterbreitet haben, wie sich die SPD programmatisch, strategisch und organisatorisch erneuern soll. Um dieser Diskussion Raum und einen verlässlichen Rahmen zu geben, hat der Landesparteitag auf Vorschlag des Landesvorstands die Einsetzung der Kommission Politische Handlungsfelder beschlossen. Neben der Kommission Politische Handlungsfelder hat der Landesparteitag auch eine Organisationspolitische Kommission eingesetzt, die sich mit strukturellen Fragen der partei-internen Organisation befasste und (statutenändernde) Vorschläge vorgelegt hat, die auf dem Landesparteitag vom 16. und 17. November 2018 sowie vom 30. März 2019 zur Beschlussfassung anstanden.

Um den Erneuerungsprozess der Berliner SPD breit und inhaltlich unterlegt aufzustellen, sind in der Kommission Politische Handlungsfelder die Denkanstöße und Anträge der Parteimitglieder, der AG Wahlanalyse 2016, die Ergebnisse der Neumitgliedertreffen und die Hinweise einschlägiger Studien gebündelt und ausführlich beraten worden. Die Kommission Politische Handlungsfelder widmet sich damit dem Erneuerungswunsch der SPD auf inhaltlicher Ebene.

Arbeitsweise der Kommission

Im Februar 2018 fand die konstituierende Sitzung statt. Nach der Konstituierung legte die Kommission einen Vorschlag zur Themensetzung, Struktur und Zeitschiene vor und entschied sich, mit einer Status-Quo-Analyse zu beginnen, in der u. a. auch die Wahlanalyse des Landesvorstandes zur Abgeordnetenhauswahl 2016 Berücksichtigung fand.

Auf Initiative der Kommission wurde im Juli 2018 eine bevölkerungsrepräsentative Studie mit 1.490 Befragten zur Politik in Berlin durchgeführt. In diesem Rahmen wurden Parteipräferenzen, Erwartungen, wichtige Themenfelder, zugeschriebene Kompetenzen sowie Stärken und Schwächen der Stadt abgefragt und daraus Schlussfolgerungen für relevante Themenfelder und für das WählerInnenpotenzial bzw. einzelne Zielgruppen der SPD gezogen (siehe ausführlich unter II.).

Die so identifizierten Themenfelder wurden in Arbeitsgruppen innerhalb der Kommission anhand eines einheitlichen Fragenkatalogs weiter bearbeitet und in regelmäßiger Abfolge die Arbeitsergebnisse präsentiert. Jeder Arbeitsgruppe kam dabei die Aufgabe zu, konkrete Ziele bis 2025, dazugehörige Maßnahmen sowie die Zielgruppen, Bündnispartnerinnen und -partner sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und geeignete Indikatoren für die Messung des Erfolgs zu erarbeiten. Im Ergebnis dieser Beratungen legt die Kommission unter IV. der Partei Vorschläge für gemeinsam weiter zu verfolgende Leuchtturmprojekte und die dazugehörigen Maßnahmen für Berlin vor.

In diese Arbeit wurden Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit einbezogen, darunter Richard Hilmer und Rita Müller-Hilmer von Policy Matters und Dr. Dietmar Molthagen sowie Dr. Nora Langenbacher als Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Arbeitsweise der Kommission Politische Handlungsfelder

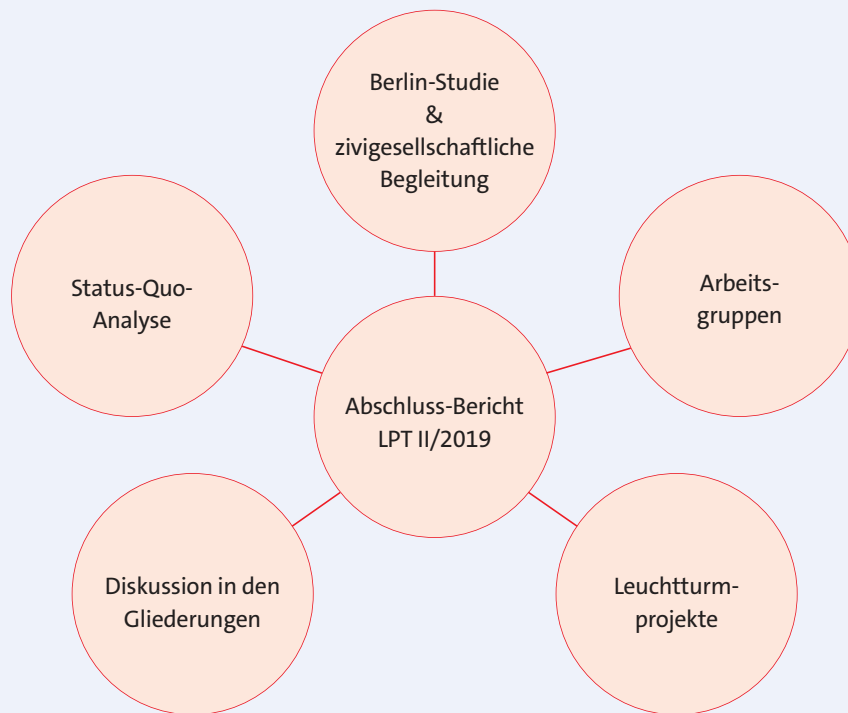


Abbildung 1: Arbeitsweise der Kommission Politische Handlungsfelder

Ansatz der Kommission war es, sozialdemokratische Anliegen zu definieren und eine zeitgemäße Erzählung für die Landespolitik der SPD zu entwerfen, ohne die häufig kritisierten Spiegelstrichdebatten zu führen. Es geht um thematisch „lange Linien“, die von allen in der Partei mitgetragen, entwickelt und dann erfolgreich kommuniziert werden können. Denn nur gemeinsam können wir unsere Ziele erfolgreich umsetzen!

Im Laufe der Arbeit der Kommission wurden die Bereiche wehrhafte Demokratie, Klimaschutz und Digitalisierung, funktionierende Verwaltung und gute Bürger*innen-Dienstleistungen, soziale und innere Sicherheit, gute Arbeit und lebenslange Bildung, Wohnen und Stadtentwicklung, Mobilität und ÖPNV, Kultur und Inklusion sowie die Parteikultur betrachtet. Ein weiterer Grundpfeiler der Kommission ist die konstante Analyse von sozialdemokratischen Narrativen.

Die Kommission will damit sowohl Vorschläge für die konkrete Politik der SPD in Berlin als auch für den Beitrag des Landesverbands zum Erneuerungsprozess der gesamten Partei unterbreiten.

Die Ergebnisse der Themengruppen und mit ihnen die identifizierten Leuchtturmprojekte sollen den Parteimitgliedern und Gliederungen nach der Sommerpause, also noch vor dem abschließenden Bericht auf dem Landesparteitag, als Beratungsgrundlage vorgelegt werden.

Wir wollen Haltung zeigen und klare Positionen hervorbringen. Dabei entwerfen wir Handlungsansätze und Kommunikationswege und denken an politische Angebote und lebensnahe Lösungsmöglichkeiten vor Ort. Dort, wo die Berlinerinnen und Berliner spürbare Verbesserungen fordern, wollen wir diese ermöglichen – auf einem sozialdemokratischen Weg!

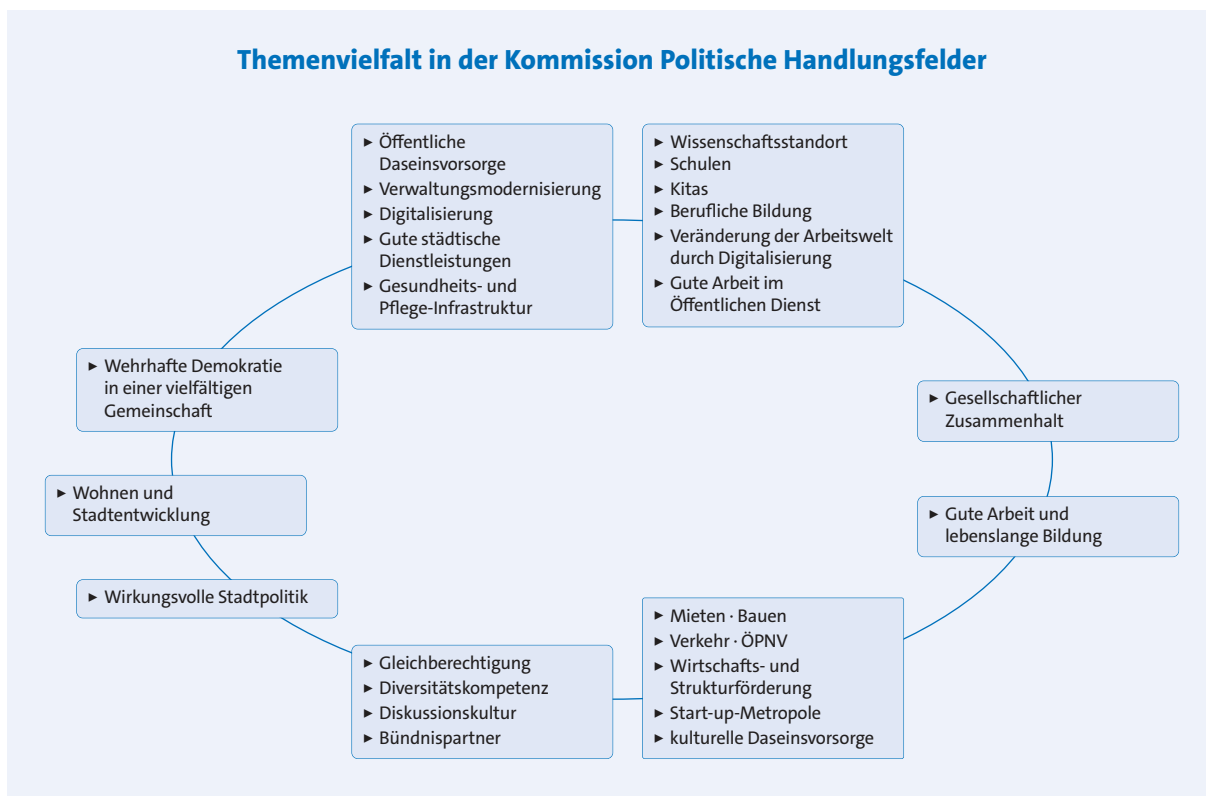


Abbildung 2: Themenvielfalt in der Kommission Politische Handlungsfelder

Projektstruktur und Mitglieder der Kommission

Jede Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, mögliche Narrative für das eigene Thema und die für die SPD interessanten Zielgruppen herauszuarbeiten.

Projektstruktur Kommission Politische Handlungsfelder		
THEMA	VERANTWORLICHE PERSONEN	ZEIT
1. Status-Quo-Analyse	Farhad Dilmaghani, Dietmar Molthagen	20.04.2018
2. Wehrhafte Demokratie in einer vielfältigen Gesellschaft	Annika Klose, Ülker Radziwill	22.05.2018
3. KLAUSURSITZUNG: Zielgruppen und politische Handlungsfelder (Vorstellung der Berlin-Studie)	Anett Seltz, Thomas Isenberg, Dorothee Stahlberg, Dietmar Molthagen	17.08.2018
4. Narrative (Berliner Identität, Vertrauen gewinnen, Verbundenheit mit der SPD, Lernen von anderen sozialdemokratischen Parteien, verständliche Sprache)	Raed Saleh, Annika Klose, Michael Biel, Christian Gaebler	05.11.2018
5. Funktionierende Stadt (öffentliche Daseinsvorsorge, Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung, gute städtische Dienstleistungen, Gesundheits- und Pflege-Infrastruktur)	Christian Gaebler, Ülker Radziwill, Thomas Isenberg	03.12.2018
6. Gute Arbeit und lebenslange Bildung (Wissenschaftsstandort, Schulen, Kitas, Berufliche Bildung, Veränderung der Arbeitswelt durch Digitalisierung, gute Arbeit im öffentlichen Dienst)	Helmut Kleebank, Ülker Radziwill, Cansel Kiziltepe	14.01.2019
7. Wohnen und Stadtentwicklung (Mieten, Bauen, Verkehr, ÖPNV, Wirtschafts- und Strukturförderung, Start-up-Metropole, kulturelle Daseinsvorsorge)	Cansel Kiziltepe, Ursula Walker	18.02.2019
8. Gesellschaftlicher Zusammenhalt (innere Sicherheit, Gestaltung des demografischen Wandels, Vielfalt durch Migration und darüber hinaus, Armutsbekämpfung, Solidarisches Grundeinkommen, Förderung der Zivilgesellschaft)	Michael Müller, Raed Saleh, Ülker Radziwill	04.03.2019
9. Parteikultur (Gleichberechtigung, Diversitätskompetenz, Diskussionskultur, welche Bündnisse gibt es, welche braucht die SPD in Zukunft? Berliner Rolle in der Bundespartei)	Anett Seltz, Ülker Radziwill, Stephan Krauß, Thomas Isenberg, Ursula Walker	01.04.2019
10. Reserve-Sitzung: Parteikultur, ÖPNV, Anträge vom Landesparteitag	Alle	29.04.2019
11. Leuchtturmprojekte (welche drei Maßnahmen will die Berliner SPD in den kommenden fünf Jahren prioritär umsetzen? Wie kommuniziert die SPD darüber?)	Alle	03.06.2019
12. KLAUSURSITZUNG: Arbeit am Abschlussbericht	Alle	28.06.2019
13. KLAUSURSITZUNG	Alle	17.08.2019

Abbildung 3: Projektstruktur der Kommission

Innerhalb der Kommission sollten die unterschiedlichen Ausgangslagen Berlins bestmöglich gespiegelt und eine breite Expertise eingebracht werden. Mitglieder der Kommission sind: Mitglieder des GLV, die Landesgeschäftsführerin, Mitglieder des Fraktionsvorstands, ein/e Vertreter/in der SPD-Landesgruppe im Bundestag, ein/e Bezirksbürgermeister/in, Vertreter/innen der Arbeitsgemeinschaften, zwei SPD-Kreisvorsitzende (Ost + West), zwei SPD-Abteilungsvertreter*innen (Ost + West) sowie zwei Neumitglieder. Geleitet wurde die Kommission zunächst von Farhad Dilmaghani und Thomas Isenberg, später von Thomas Isenberg gemeinsam mit Michael Müller und Raed Saleh. Betreut wird die Arbeit durch das KSH.

Verantwortliche Leitung der Kommission

Mitglied des GLV	Michael Müller
Fraktionsvorsitzender	Raed Saleh
Leitungsmitglied	Thomas Isenberg
Leitungsmitglied (bis Mai 2018)	Farhad Dilmaghani
Stellvertretung Fraktionsvorsitzender	Andreas Kugler
Stellvertretung Fraktionsvorsitzender	Ulker Radziwill
Vertreterin Landesgruppe	Cansel Kiziltepe
Bezirksbürgermeister	Helmut Kleebank
Stellvertretung Bezirksbürgermeister	Reinhard Naumann
Vertreterin der Arbeitsgemeinschaften	Annika Klose
Kreisvorsitzender West	Christian Gaebler
Kreisvorsitzende Ost	Iris Spranger (zuvor: Stephan Komoß)
Abteilungsvertreterin Ost	Ursula Walker
Abteilungsvertreter West	Michael Biel
Neumitglied #01	Lisa Reuter
Neumitglied #02	Stephan Krauß
Vertreterin Friedrich-Ebert-Stiftung	Dr. Nora Langenbacher (zuvor: Dr. Dietmar Molthagen)
Landesgeschäftsführerin	Anett Seltz
Referent/in Kurt-Schumacher-Haus	Dorothee Stahlberg ab 07/2019: Felix Bethmann

Seit Konstituierung der Kommission sind ihr auch Anträge aus den Gliederungen der SPD Berlin durch den Landesparteitag überwiesen worden. Im Einzelnen:

- Antrag 239/I/2019 KDV Mitte
Sozialstaat bürger*innennah 2025 - Berlin muss Vorbild werden!
- Antrag 106/I/2018 Abt. 04/76 Rund um den Karl-August-Platz
Mut zur eigenständigen Politik der Hauptstadtpartei SPD
- Antrag 26/I/2019 KDV Pankow
Thesen zur Ausrichtung der SPD
- LV-Klausur 20.10.2018 B-Vorlage 17-2018
(mit Änderungen beschlossen)

Der Bericht der Kommission Politische Handlungsfelder versteht sich nicht als Lehrbuch oder Wegweiser zum Erfolg der SPD, sondern als Dokumentation der Diskussion innerhalb der Kommission, die damit Grundlagen gelegt hat für die weitere Debatte in der Partei.

Das folgende Kapitel II. stellt die gewonnenen Erkenntnisse aus der angestellten Analyse überblicksweise dar. Aus den Befragungsergebnissen werden erste Schlussfolgerungen zu den Stärken und Schwächen der Stadt sowie den dringendsten politischen Themen gezogen. Hinzu kommen Aspekte aus der Wahlanalyse des Landesvorstands von 2016 sowie Ansätze aus der Wahlanalyse des Parteivorstands „Aus Fehlern lernen“ von 2017 und aus den vorliegenden Anträgen. Davon ausgehend werden in Kapitel III. die Zielgruppen der SPD und ihre Erwartungen an die Partei untersucht. Aufbauend auf dieser Analyse werden in Kapitel IV. erste Maßnahmen zu den in der Kommission vertieften Schwerpunktthemen vorgeschlagen. Kapitel V. ist unbeschadet der schon erfolgten Beschlüsse aus der Organisationspolitischen Kommission der Untersuchung der Parteikultur der SPD gewidmet, Kapitel VI. enthält Überlegungen, wie die SPD wieder stärker prägender Teil gesellschaftlicher Bündnisse und Debatten werden kann.

II. Analyse

Die Ausgangssituation Berlins unterscheidet sich, gerade mit Blick auf die Teilung und die Wiedervereinigung der Stadt, von allen anderen Bundesländern. Der – von der SPD Berlin maßgeblich gestaltete – Aufstieg der Hauptstadt, das Wachstum der Stadt, ihrer Bevölkerung, ihrer Kreativwirtschaft und wachsenden Start-up-Landschaft gingen Hand in Hand mit den Sparzwängen der 2000er Jahre. Die Stadtpolitik arbeitet jetzt den erheblichen Nachholbedarf auf, der aus früheren Jahren geblieben ist („Jahrzehnt der Investitionen“). Gleichzeitig erfreut sich Berlin als Hauptstadt einer großen Popularität, verbunden mit wachsendem Tourismus, sich verändernden Stadtquartieren und einem Anstieg der Bevölkerungszahlen. Die Vielfältigkeit der Stadt und der Menschen, die sie prägen, erfordert ebenso vielfältige politische Ansätze. Wir stehen dafür, unterschiedliche Milieus, Lebenswege und Biografien zusammenzuführen und den Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen zu suchen.¹

Um die Ambivalenz dieser Ausgangssituation greifbar zu machen und den Blick der Berlinerinnen und Berliner auf die Situation der Stadt einzubeziehen, wurde im Auftrag der Kommission im Erhebungszeitraum vom 22.06.2018 – 07.07.2018 eine bevölkerungsrepräsentative Studie mit 1.490 Befragten zur Politik in Berlin durchgeführt.² Die ausführliche Analyse liegt dem Bericht als Anlage bei, im Folgenden werden einzelne hervorgehobene Aspekte zusammengefasst.

Stärken und Schwächen: Der Blick der Berlinerinnen und Berliner

90 % der im Rahmen der Studie Befragten bestätigen, gerne in Berlin zu leben - lediglich 10 % verneinen dies. Als besonders prägende Faktoren für die Zufriedenheit mit Berlin als lebenswerter Stadt werden mit großem Abstand die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung (34 % der Befragten) und die Multikulturalität und Vielfalt (31 %) genannt. Immerhin 19 % der Befragten schätzen die Natur, Ruhe und das Umland Berlins, 18 % die Infrastruktur (ÖPNV, Ärzte, Einkaufen) und 16 % die Großstadtatmosphäre. Die Verwurzelung in der Heimat Berlin durch Familie oder Freunde benennen immerhin noch 13 %, was schon deutlich macht, dass Berlin eine Stadt des Zuzugs ist. Die Situation bei Arbeit und Bildung wird nur von 3 % als Faktor einer lebenswerten Stadt benannt. Lediglich 5 % der Befragten fanden nichts, das Berlin für sie persönlich zu einer lebenswerten Stadt macht.

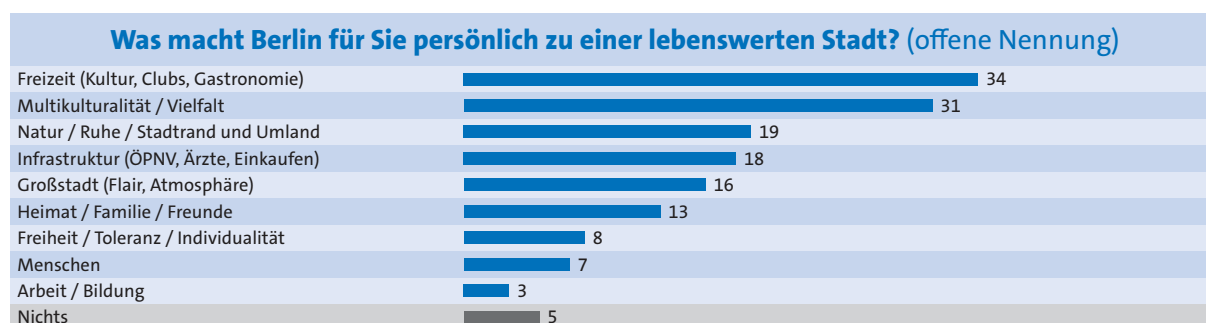


Abbildung 4: Faktoren der lebenswerten Stadt

Im Zusammenhang mit der Betrachtung der Aussagen über die Stärken und Schwächen der Stadt lassen sich diese Zahlen weiter deuten: Die **Stärken** Berlins liegen nach Auskunft der Befragten im kulturellen Bereich, den Freizeit- und Erholungsangeboten sowie der gesellschaftlichen Stimmung. Fast zwei Drittel der Menschen schätzen das multikulturelle Zusammenleben, sogar 70 % die Akzeptanz und Toleranz unterschiedlicher Lebensentwürfe. Dies unterstreicht, dass Berlin als Stadt der Freiheit wahrgenommen und geschätzt wird.

¹ siehe dazu auch den Zwischenbericht der Kommission zum LPT I/2019

² Hilmer/Müller-Hilmer (Juli 2018): Politik in Berlin; Studie im Auftrag des SPD-Landesverbandes Berlin durch policy matters Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung GmbH

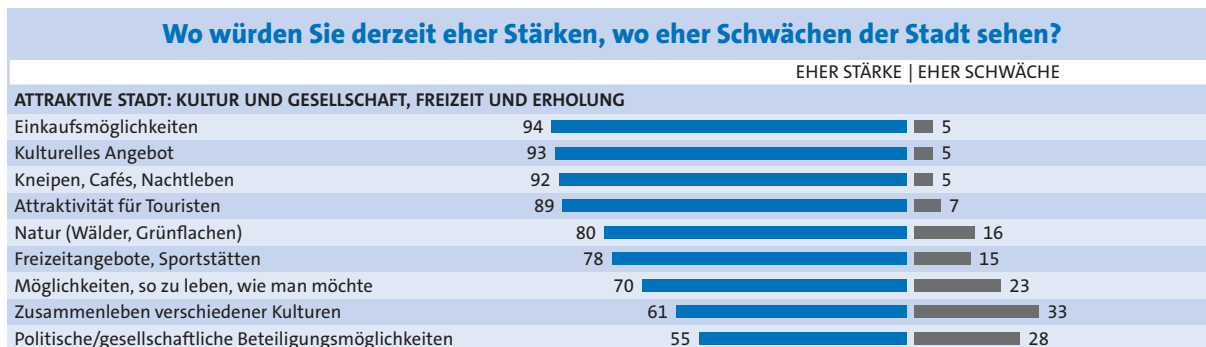


Abbildung 5: Stärken Berlins

Die Themen „Wirtschaft & Arbeit“ sowie „Bildung & Wissenschaft“ zeigen **ambivalente** Einschätzungen zu Stärken und Schwächen:

Im Bereich Wirtschaft und Arbeit werden die Voraussetzungen für Start-ups (Stärke: 62 %, Schwäche: 16 %) und die Arbeitsmöglichkeiten (Stärke: 54 %, Schwäche: 34 %) überwiegend positiv gesehen, dafür die Löhne und Gehälter ganz überwiegend negativ (Stärke: 14 %, Schwäche: 71 %). Die Sicherheit der Arbeitsplätze wird von 44 % der Befragten als Schwäche gesehen, die insgesamt wirtschaftliche Situation sogar von 48 %.

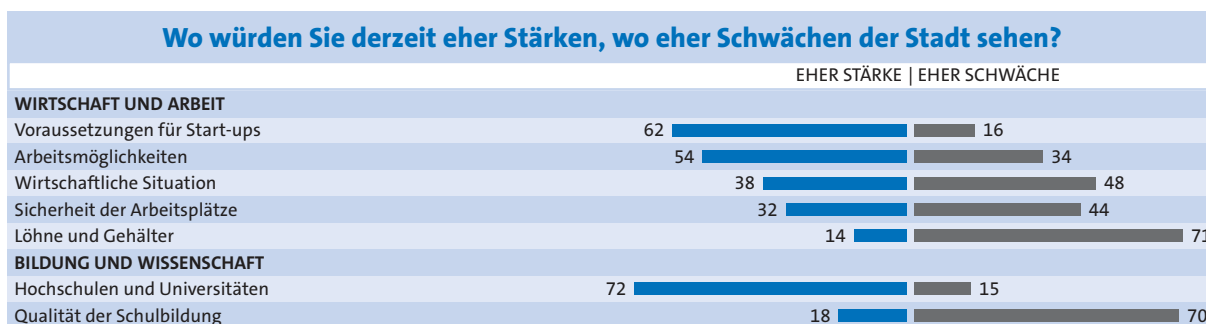


Abbildung 6: Ambivalent bewertete Bereiche Berlins

Besonders ambivalent fällt die Bewertung im Bildungsbereich aus: Während 72 % die Hochschulen und Universitäten als Stärke Berlins schätzen, wird die Qualität der Schulbildung von 70 % als Schwäche bewertet. Dies schlägt sich auch im Ausblick auf die zukünftige Entwicklung der Stadt nieder: Die Qualität der Schulbildung betrachten 73 % der Befragten eher mit Sorge, lediglich 20 % mit Zuversicht.

Im Bereich der sozialen Infrastruktur wird lediglich die Gesundheitsversorgung durch Ärzte und Krankenhäuser überwiegend positiv bewertet (64 % : 30 %), wobei dies nicht für die Versorgung mit Pflegeangeboten gilt (hier: 56 % Schwäche).

In den Bereichen Wohnungsmarkt und soziale Infrastruktur werden Schwächen Berlins gesehen: Situation auf dem Wohnungsmarkt wird als dramatisch eingeschätzt. 91 % der Befragten sehen hier eine Schwäche der Stadt und 92 % blicken mit Sorge auf die Zukunft von Wohnungsmarkt und Mietenentwicklung.

Die Kinderbetreuungsangebote werden von 70 % der Befragten als Schwäche Berlins gesehen und die weitere Entwicklung von immerhin zwei Dritteln der Befragten auch mit Sorge betrachtet.

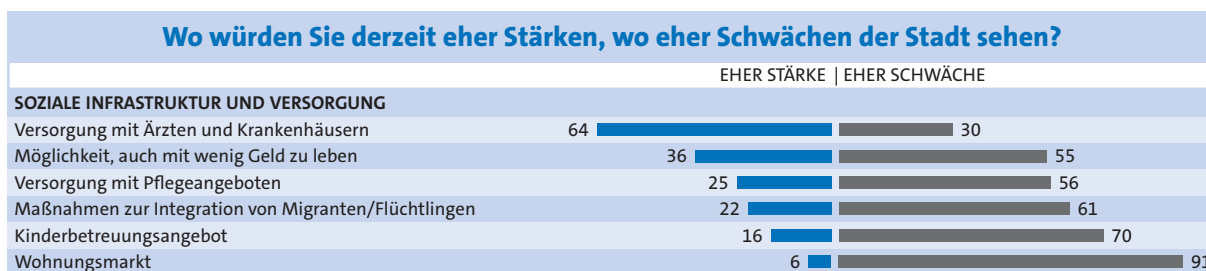


Abbildung 7: Schwächen der Stadt I

Als zusätzliche Schwäche der Stadt wird ganz überwiegend (74 %) die öffentliche Verwaltung benannt. Als weiterer maßgeblicher Faktor eines besorgten Blicks in die Zukunft tritt die erwartete Kriminalitätsentwicklung hinzu. 77 % sehen diese mit Sorge, nur 17 % mit Zuversicht.

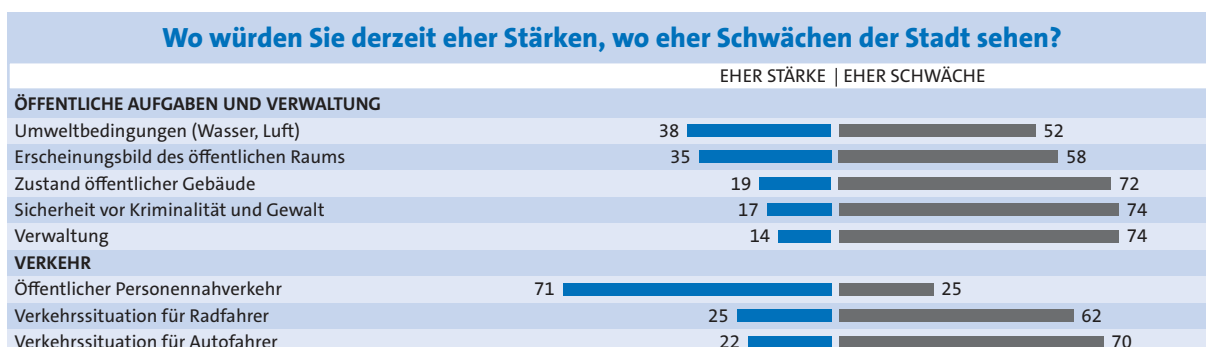


Abbildung 8: Schwächen der Stadt II

Während die Verkehrssituation insgesamt als Schwäche Berlins benannt wird, ist die Akzeptanz des ÖPNV mit 71 % bemerkenswert hoch. Dies legt nahe, neben den bereits umgesetzten Vergünstigungen bei Schülertickets (kostenlos) und Jobtickets (vergünstigt) auch einen Schwerpunkt auf Qualitätsverbesserung zu legen.

Ambivalent fällt die Bewertung der Bevölkerungsentwicklung und von Wanderungstendenzen aus. 71 % sorgen sich vor weiterem Zuzug von Menschen nach Berlin. Dabei wird der Tourismus in die Hauptstadt weitestgehend ausgeklammert: 80 % der Befragten blicken mit Zuversicht auf die künftige Entwicklung des Tourismus. Sollten die Touristenströme mit der bedrohlich angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt oder abstrakt als Faktor von Verdrängung aus dem eigenen Kiez betrachtet werden, bildet sich diese Sorge in der Fragestellung nach der künftigen Entwicklung des Tourismus jedenfalls nicht ab.



Abbildung 9: Zuversicht und Sorge über die künftige Entwicklung

Die Maßnahmen zur Integration von Migranten und Geflüchteten werden von 61 % der Befragten negativ eingeschätzt. Zugleich fällt die Prognose über das künftige Zusammenleben verschiedener Kulturen ausgeglichen aus: 44 % blicken hier mit Zuversicht in die Zukunft, 48 % eher mit Sorge.

In der Gesamtschau blicken insgesamt 31 % mit Zuversicht auf die Zukunft Berlins, 69 % betrachten diese eher besorgt. Auffällig ist dabei die entlang der unterschiedlichen Bevölkerungsschichten (Einkommensgruppen) abweichende Bewertung der jeweiligen persönlichen Zukunftsperspektive gegenüber jener der Stadt im Gesamten. Während die Oberschicht für die Stadt insgesamt mehrheitlich besorgt in die Zukunft blickt (Zuversicht: 46 %, Sorge: 54 %), fällt die Bewertung der persönlichen Perspektive deutlich besser aus (Zuversicht: 62 %, Sorge: 38 %). Innerhalb der Mittelschicht fällt ebenfalls die Bewertung der persönlichen Zukunft besser aus als die der Gesamtstadt. Entlang der Grenze von oberer zu unterer Mittelschicht kippt allerdings auch die Bewertung der persönlichen Zukunft von mehrheitlich Zuversicht (obere Mittelschicht: 58 %) zu Sorge (untere Mittelschicht nur 37 % Zuversicht bei 63 % Sorge über die persönliche Zukunft). In der als Unterschicht ausgewiesenen Bevölkerungsgruppe hat sich die negative Aussicht verfestigt. Jeweils nur 19 % blicken zuversichtlich in ihre persönliche Zukunft und jene der Stadt, dagegen 81 % eher mit Sorge.

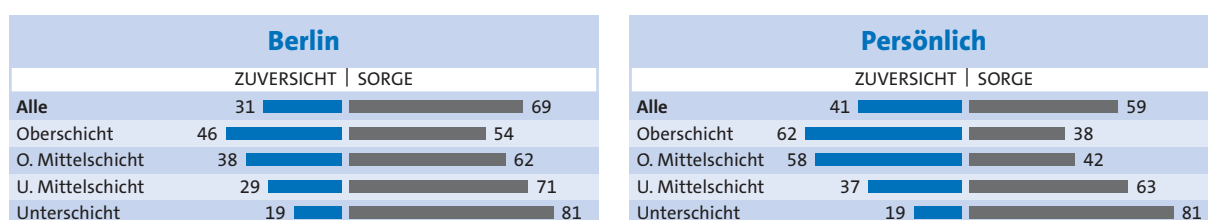


Abbildung 10: Bewertung der Zukunftsperspektive

Dringlichkeit politischer Handlungsfelder und Lösungskompetenz der Parteien

Bemerkenswert ist, dass sich die Bewertungen des Ist-Zustands (Stärken/Schwächen Berlins) und der zukünftigen Entwicklung (Zuversicht/Sorge) nicht unmittelbar auf die nach Einschätzung der Befragten wichtigsten politischen Probleme übertragen. Zwar bestätigt sich die problematische Lage am Wohnungsmarkt, die den Höchstwert von 38 % für das wichtigste oder zweitwichtigste politische Problem hält. Fast gleichauf liegt mit 37 % dagegen die Frage von Flucht, Asyl und Migration, die in der Zustandsbeschreibung dagegen deutlich besser wegkam als etwa die Qualität der Schulen oder die Kriminalitätsbelastung. Nach dem politischen Handlungsbedarf befragt, werden diese Problemthemen dagegen deutlich weniger mit Priorität versehen. Kriminalität ist für 17 % das wichtigste oder zweitwichtigste politische Problem, die Situation von Schule und Bildung sogar nur für 14 %.



Abbildung 11: Die wichtigsten politischen Probleme

[Offene Fragen ohne Antwortvorgaben. Damit soll eruiert werden, welche Themen aus Sicht der Bürger aktuell virulent sind. Inhaltlich-wertende Aussagen sind damit nicht verbunden · Angaben in Prozent · Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren in Berlin]

Zum drängendsten Problem – der Situation auf dem Wohnungsmarkt – sind es vor allem die Wählergruppen der rot-rot-grünen Koalition, die erhöhten Handlungsbedarf sehen. In allen drei Parteimilieus ist „Wohnen/Miete“ das wichtigste Thema, ebenso bei den Wählerinnen und Wählern der CDU, dort allerdings mit deutlich weniger Gewicht. Für die Wählerinnen und Wähler von AfD und FDP steht das Thema Flucht & Asyl/Migration mit weitem Abstand an der Spitze der Agenda.

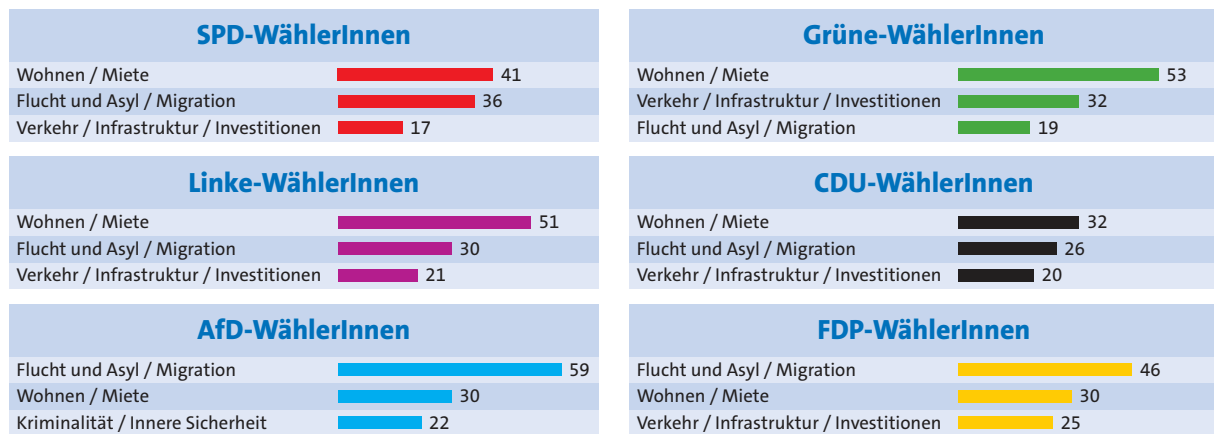


Abbildung 12: Drängende Politikfelder nach Parteipräferenz

Die Angaben zur jeweiligen Kompetenzvermutung gegenüber den Parteien im Abgeordnetenhaus sind zurückhaltend zu interpretieren, da die Erhebung mit Stand Juni 2018 bereits ein Jahr zurückliegt:

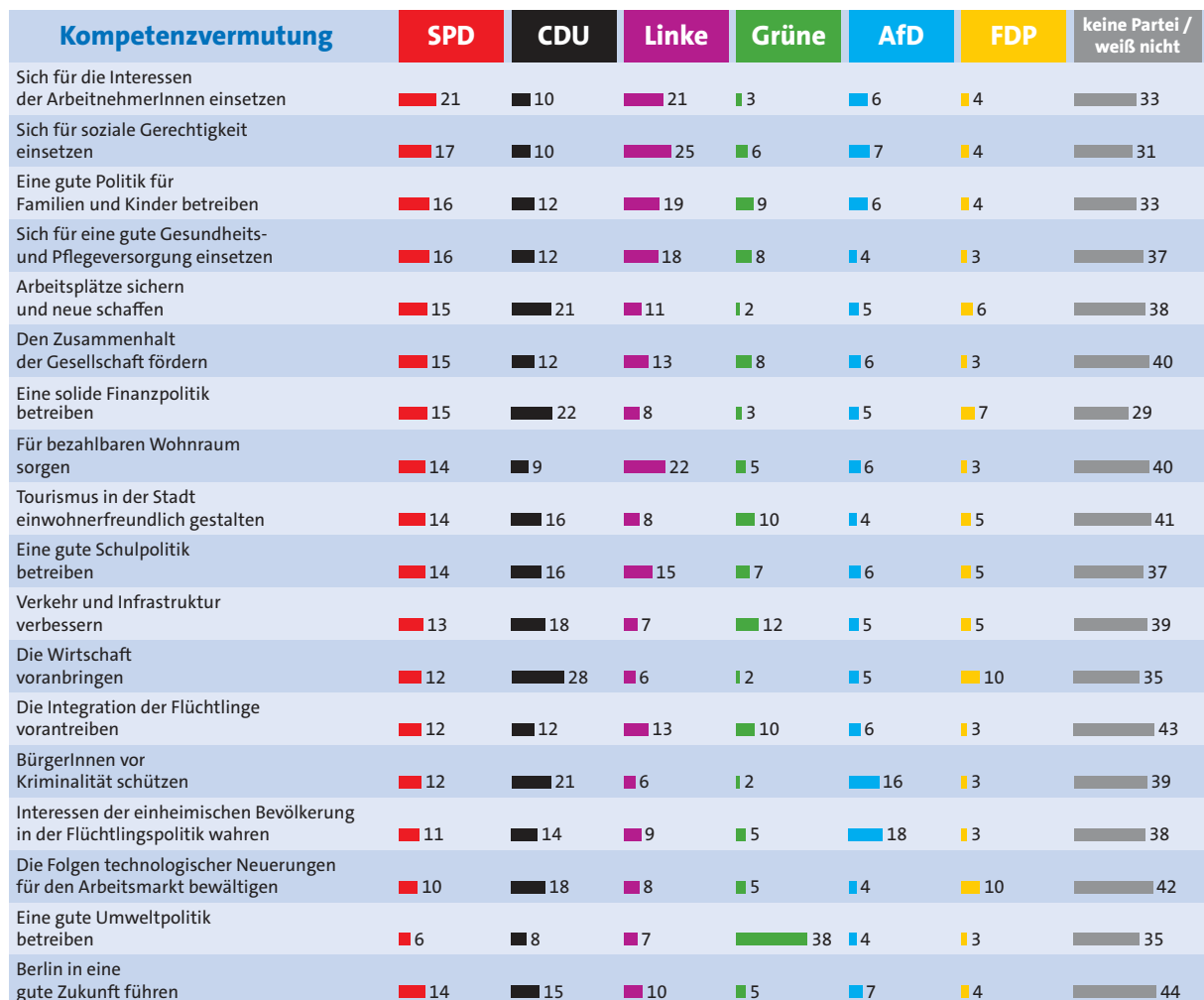


Abbildung 13: Kompetenzvermutung I, in Prozent, Wahlberechtigte ab 18 Jahren in Berlin

Eindeutig feststellbar ist hingegen die bundesweite Erosion der Kompetenzzuschreibung gegenüber der SPD. Für die SPD in Berlin legt die Studie ebenfalls einen Rückgang der Kompetenzvermutung in den relevantesten Politikfeldern wie Wohnen/Mieten, Arbeitsmarkt und sozialer Gerechtigkeit nahe, wobei der Vergleich von Erhebungen zum Wahltag (politisiert, mobilisiert) mit einem zur Mitte der Wahlperiode liegenden Datum mit Sorgfalt zu betrachten ist. So zeigt sich beispielsweise, dass die SPD Berlin zum Wahltag 2016 – bei einem enttäuschenden Ergebnis – in den Bereichen Arbeitsmarkt und bezahlbarem Wohnraum gegenüber der Berlinwahl von 2011 sogar an Kompetenzzuschreibung zulegen konnte.

SPD-Kompetenzen	AHW 2011	AHW 2016	2018
Soziale Gerechtigkeit	39	31	17
Familienpolitik	35	31	16
Arbeitsplätze	32	35	15
Bezahlbarer Wohnraum	30	31	14
Wirtschaft	33	30	12

Abbildung 14: SPD-Kompetenzen im Zeitverlauf [2011/2016: Infratest-dimap]

Zielkonflikte in den politischen Handlungsfeldern

Die beauftragte Studie „Politik in Berlin“ hat auch die Einschätzung der Berlinerinnen und Berliner zu Zielkonflikten in den politischen Handlungsfeldern untersucht. Dabei erweist sich zu einzelnen konfligierenden Thesenpaaren eine deutliche Präferenz der Befragten, in anderen ein sehr ausgeglichener Zuspruch für die beiden gegensätzlichen Politikoptionen. Insofern sollten die Schlussfolgerungen aus den Befragungsergebnissen nicht als absolute Handlungsempfehlungen missverstanden werden.

Politische Zielkonflikte				
MEINUNG A		NEUTRAL	MEINUNG B	
Es sollte mehr Geld für Schulen ausgegeben werden, auch wenn das neue Schulden bedeutet.	71	16	14	Es sollte nur so viel ausgegeben werden, wie man einnimmt, auch wenn das bedeutet, dass Schulen nicht mehr Geld bekommen.
Es sollten nur Arbeitsplätze mit guten Bedingungen und fairen Löhnen geschaffen werden, egal wie viele es am Ende sind.	61	18	21	Es sollten möglichst viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden, egal zu welchen Bedingungen und Löhnen.
Für Flüchtlinge sollte der Zugang nach Deutschland erleichtert und die Familienzusammenführung ausgeweitet werden.	20	22	59	Es sollte nach Möglichkeit verhindert werden, dass weitere Flüchtlinge nach Deutschland und Berlin kommen.
Es sollten mehr Wohnungen gebaut werden, auch wenn dabei Grünflächen und Freiflächen verloren gehen.	44	24	32	Es sollte auf den Erhalt von Grün- und Freiflächen geachtet werden, auch wenn dann weniger Wohnungen gebaut werden.
Es ist wichtiger, möglichst viele kostenlose Betreuungsplätze anzubieten, als Familien finanziell zu unterstützen, die ihre Kinder selbst betreuen.	40	19	40	Der Staat darf nicht nur Kinderbetreuungsangebote bezuschussen, er muss auch Familien finanziell unterstützen, die ihre Kinder selbst betreuen.
Wir brauchen gute Schulen, Straßen und Krankenhäuser. Deshalb gibt es keinen Spielraum für Steuersenkungen.	36	23	41	Wir brauchen niedrigere Steuern, damit jeder mehr Geld im Portemonnaie hat.

Abbildung 15: Politische Zielkonflikte [Angaben in Prozent]

► **Investitionen und persönliche Entlastung**

Mit Blick auf den Schulbau und die Qualität spricht sich eine sehr große Mehrheit von 71 % der Befragten dafür aus, mehr Geld in die Schulbildung zu investieren, auch wenn dies neue Schulden mit sich brächte. Die Gegenposition, nur so viel in Schulbildung zu investieren, wie der Staat auch einnimmt, findet mit nur 14 % geringe Zustimmung. Investitionen in die Schulen sind einer großen Mehrheit folglich sehr wichtig, die Berliner Schulbauoffensive auch in ihrem Umfang von 5,5 Mrd. Euro in 10 Jahren damit ein relevantes Handlungsfeld. Erfolge und Fortschritte beim Schulbau zu erreichen und sichtbar zu machen ist eine wichtige Aufgabe für die SPD und den Senat.

Deutlich anders fällt die Präferenz der Befragten hingegen aus, wenn den Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur nicht eine (abstrakte) Neuverschuldung, sondern die dann fehlende Möglichkeit steuerlicher (konkreter) Entlastungen gegenübersteht. Lediglich 36 % sprechen sich auch dann für Investitionen in gute Schulen, Straßen und Krankenhäuser aus, wenn dadurch der Spielraum für Steuersenkungen entfallen würde, die knappe Mehrheit von 41 % bevorzugt dagegen niedrigere Steuern (siehe oben Abbildung 18). Bedenkt man, dass der Wunsch nach niedrigeren Steuern für jedermann fast ausschließlich Bundesrecht betrifft (die Grundsteuer wird hier nicht gemeint sein), sollte die SPD Berlin mit ihrem Kurs in der Senatspolitik, das Jahrzehnt der Investitionen mit finanziellen Entlastungen (im ÖPNV, bei Bildungskosten, durch Berlin-Zulage) zu verbinden, durchaus im Trend liegen.

► **Gute Arbeit geht vor**

Auf die Frage, ob vor allem die Zahl neuer Arbeitsplätze oder gute Bedingungen und faire Bezahlung Vorrang haben sollten, ergibt sich eine klare Mehrheit (61 % zu 21 %) für den Vorrang guter Arbeit. Das kann als deutliche Absage an das Mantra „Gerecht ist, was Arbeit schafft“ gewertet werden. Die Dumping-Mentalität, wonach Arbeitsplätze – egal zu welchen Bedingungen – geschaffen werden sollen, ist klar in der Minderheit. Die eindeutige Mehrheitspräferenz für gute Arbeit dürfte auch mit der aktuell guten Situation am Arbeitsmarkt korrelieren. In Berlin sind allein in den vergangenen drei Jahren 170.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden, die Arbeitslosenquote ist von 14 % in 2009 auf 8,1 % in 2018 gesunken. Dies dürfte dazu führen, dass die Rahmenbedingungen und die Qualität der Arbeit besonders im Mittelpunkt stehen. Die SPD Berlin legt mit Forderungen wie dem erhöhten Vergabemindestlohn ebenso wie auch die bundespolitische Programmatik (Rückkehrrecht, ...) einen Schwerpunkt auf den Aspekt der guten Arbeit. Diese Position sieht sich durch die Studienergebnisse bestätigt.

► **Wohnungsbau**

Die Situation auf dem Wohnungs- und Mietenmarkt ist von den Befragten als das drängendste politische Problem der Stadt benannt worden und spielt auch in der politischen Diskussion eine gewichtige Rolle. Neben regulierenden Eingriffen wie dem Mietendeckel und einer strategischen Ankaufspolitik bekennt sich die Berliner SPD in der rot-rot-grünen Koalition weit deutlicher zu einer erheblichen Ausweitung des Neubaus, als es die Koalitionspartner tun. Angesichts der knapper werdenden Flächenpotentiale und zunehmender Nutzungskonkurrenzen hatten die Befragten der Studie zwischen Wohnungsneubau und Erhalt von Grünflächen abzuwägen.

	WOHNUNGEN BAUEN	NEUTRAL	GRÜNFLÄCHEN ERHALTEN
Gesamt	44	24	32
SPD-Wähler	58	19	23
FDP-Wähler	51	15	33
Linke-Wähler	45	23	32
CDU-Wähler	43	26	31
Grüne-Wähler	41	29	29
AfD-Wähler	37	22	41

Abbildung 15: Zielkonflikt Wohnungsbau nach Parteipräferenz [Angaben in Prozent]

Dabei zeigt sich eine relative Mehrheit von 44 % der Befragten dazu bereit, zum Bau neuer Wohnungen auch auf Grünflächen zu verzichten. Mit Abstand am stärksten ist diese Präferenz bei Wählerinnen und Wählern der SPD (58 %). Aber auch das Wählerklientel von Linken und Grünen ist mit Mehrheit von 45 % bzw. 41 % der Befragten dazu bereit, dem Neubau von Wohnungen auch Grün- und Freiflächen zu opfern. Auffällig ist, dass lediglich die Wählerinnen und Wähler der AfD mit knapper Mehrheit von 41 % den Erhalt von Grünflächen gegenüber dem Wohnungsneubau bevorzugen.

Da die Befragung aus dem Jahr 2018 stammt, müssen für eine aktuelle Einschätzung die weitere Verschärfung der Mietensituation, die bevorstehende Einführung des Mietendeckels aber auch die Zuspitzung der klimapolitischen Diskussion berücksichtigt werden. Bezogen auf das Tempelhofer Feld, einem der bekanntesten Beispiele für die Abwägung zwischen Wohnungsneubau und Freifläche ergab eine von Civey als repräsentativ eingestufte Umfrage im Juli 2019 eine deutliche Mehrheit von 65 % für eine behutsame Randbebauung. Dies bestätigt den Trend, dass der Neubau – auch im Vergleich zum Volksentscheid von 2014 – für die Menschen deutlich an Bedeutung gewonnen hat und eine entsprechende Erwartungshaltung, insbesondere in der SPD-Klientel vorherrscht. Mit dem Ansatz von „Bauen. Kaufen. Deckeln“ weist die SPD insofern ein Alleinstellungsmerkmal auf, als Konservative und Liberale zwar Neubau befürworten, aber Regulierung ablehnen und Grüne sowie Die Linke Regulierung und Ankauf unterstützen, den Wohnungsneubau allerdings hintenanstellen. Grünen und Linken darf hierbei durchaus ein strategisches Vorgehen unterstellt werden, wonach erwartet wird, dass die eigene Klientel im konkreten Fall dem Neubau ablehnend gegenübersteht. Die Umfrageergebnisse oben zeigen jedoch, dass auch die Wählerinnen und Wähler dieser Parteien die Notwendigkeit von Wohnungsneubau auch zu Lasten von Freiflächen durchaus erkennen und akzeptieren.

Auch wenn die Befragungsergebnisse nicht als Handlungsanweisung für konkrete Einzelfälle bestehender Flächenkonkurrenz missverstanden werden sollten, zeigt sich doch sehr deutlich, wie sich die Intensität von Problemlagen und persönlichen Bedarfen auf die Akzeptanz politischer Maßnahmen niederschlägt.

► Geflüchtete

Das Gegensatzpaar aus Erleichterung oder Verhinderung des Zuzugs von geflüchteten Menschen zeigt eine sehr deutliche Mehrheit von 59 % (zu 20 %) für die restriktiv-ablehnende Position. Und dies, obwohl die restriktive Variante durch eine sehr klare Formulierung (siehe oben Abbildung 17) der aktiven Verhinderung von Zuwanderung geprägt ist und keine Interpretationsspielräume (wie etwa „Es soll im Heimatland geholfen werden“) lässt. Damit ist festzustellen, dass auch in einem Bundesland wie Berlin, dessen Multikulturalität geschätzt wird (siehe oben Abb. 4) und das 55 % Wählerzustimmung zu R2G aufweist, eine deutliche Ablehnung weiteren Flüchtlingszuzugs herrscht. Diese Feststellung gewinnt zusätzlich an Relevanz durch die (oben in Abbildung 11) dargestellte Dringlichkeit des Themas „Flucht/Asyl/Migration“ in weiten Teilen der Bevölkerung.

	ZUGANG ERLEICHTERN	NEUTRAL	ZUGANG VERHINDERN
Gesamt	20	22	59
AfD-Wähler	6	6	89
FDP-Wähler	17	11	71
CDU-Wähler	19	30	51
SPD-Wähler	28	25	47
Linke-Wähler	31	24	46
Grüne-Wähler	46	29	26

Abbildung 16: Zielkonflikt Zuwanderung nach Parteipräferenz [Angaben in Prozent]

Unter den Koalitionsparteien ist die Akzeptanz des Zugangs von Geflüchteten zwar höher als bei den Oppositionsparteien, allerdings findet sich auch hier nur bei den Grünen eine Mehrheit für erleichterten Zugang. Unter den Wählerinnen und Wählern der SPD herrscht mit 47 % eine klare Mehrheit für die Verhinderung weiteren Zuzugs.

► Sicherheit

Die Fragestellung und die möglichen Antwort-Optionen zur Sicherheitspolitik zeichnen ein sehr weit gefasstes Verständnis von Sicherheit, das dem Ansatz der Urbanen Sicherheit als logischer Kombination aus sozialer und persönlicher Sicherheit sehr nahe kommt. Entsprechend fällt auf, dass die Wählerinnen und Wähler der SPD den Aspekt der gesellschaftlichen Chancengleichheit deutlicher priorisieren als die Grundgesamtheit aller Befragten. Zudem zeigt sich, dass für alle Befragten die Absicherung durch das Einkommen aus eigener Arbeit deutlich wichtiger ist als klassische Fragestellungen der Inneren Sicherheit. Bezogen auf letztere erweist sich, dass konstruktive Lösungsansätze wie beschleunigte Justizverfahren, bessere Zusammenarbeit der Behörden und mehr Polizistinnen und Polizisten sowohl der SPD-Klientel als auch dem Durchschnitt aller Befragten wichtiger sind als restriktive Maßnahmen wie härtere Strafen oder eine Verschärfung des Waffenrechts. Durchaus bemerkenswert ist, dass der Ausbau von Sozialarbeit und Beratungsangeboten als eher nachrangiges Instrument der Sicherheitspolitik betrachtet wird.

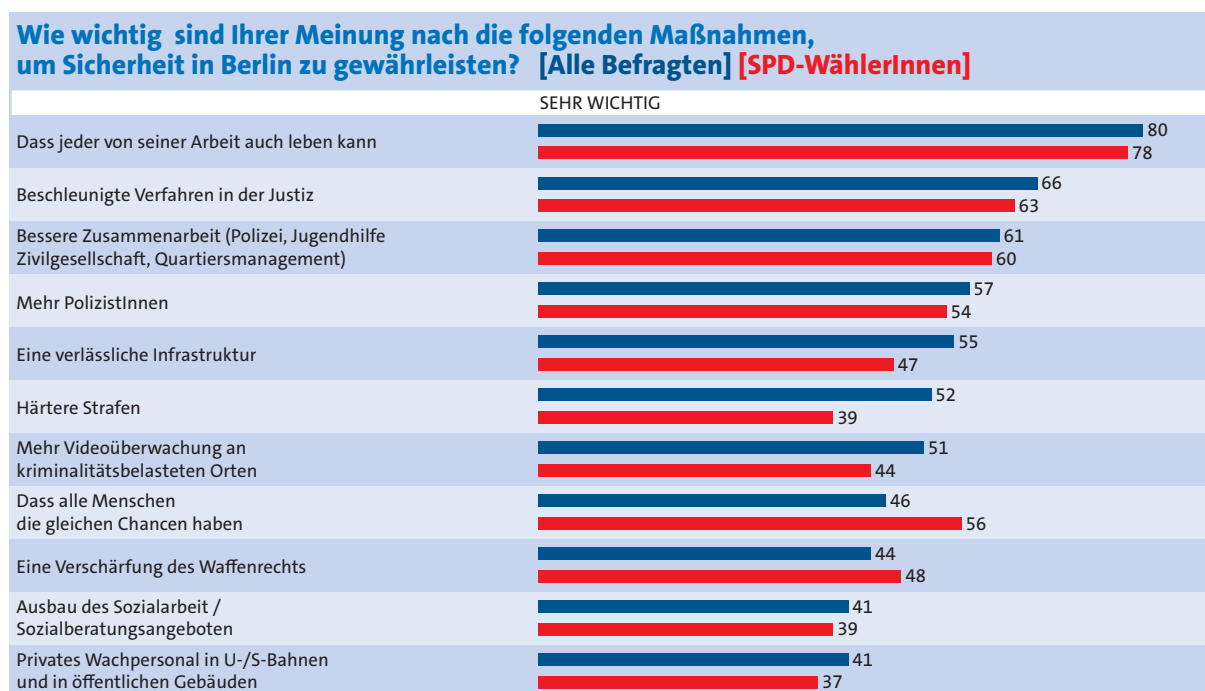


Abbildung 17: Sicherheit, Blaue Balken = alle Befragten; rote Balken = SPD-WählerInnen

Dabei ist in der Analyse allerdings zu berücksichtigen, dass es sich lediglich um eine Priorisierung der unterschiedlichen Aspekte handelt und daraus keine wertende Aussage über die Zustimmung oder Ablehnung einer Maßnahme möglich ist. Dies zeigt das Beispiel der Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten: Laut einer Forsa-Umfrage³ von Dezember 2018 halten 83 % der Befragten Kameras auf zentralen Plätzen oder im ÖPNV für richtig, 73 % sprechen sich generell für eine Ausweitung der Videoüberwachung aus. Lediglich 13 % der Befragten geben an, dass Videoüberwachung zu sehr in ihre Privatsphäre eingreife. Dem gegenüber stehen 43 Prozent, die sich an überwachten Orten sicherer fühlen.

► Soziale Gerechtigkeit

Nach Aspekten der sozialen Gerechtigkeit befragt, zeigen sich in der Gruppe der SPD-Wählerinnen und -Wähler durchaus gravierende Einstellungskonflikte. In der Analyse sind sich 38 % der Befragten einig, das persönliche Fortkommen des Einzelnen hänge von Herkunft und Besitz ab, eine nahezu gleich

³ Siehe www.neues-deutschland.de/artikel/1111836.videoueberwachung-in-berlin-ein-gefuehl-der-sicherheit.html oder www.bz-berlin.de/berlin/grosse-mehrheit-will-mehr-videoueberwachung-in-der-stadt

große Gruppe von 36 % führt die individuelle Situation dagegen auf die jeweilige Leistung von Menschen zurück. Entsprechend unterschiedlich fallen auch die Einschätzungen über die Maßnahmen unterschiedlich aus. Jeweils knappe Mehrheiten befürworteten staatliche Vorgaben für die Wirtschaft (39 %) und halten die Inanspruchnahme von Sozialleistungen für ein legitimes Recht der Betroffenen (42 %). Die jeweilige Gegenposition, wonach die Wirtschaft möglichst unreguliert laufen sollte (34 %) und die Nutzung sozialer Leistungen möglichst zu vermeiden ist (36 %) finden allerdings nahezu ebenso großen Zuspruch.

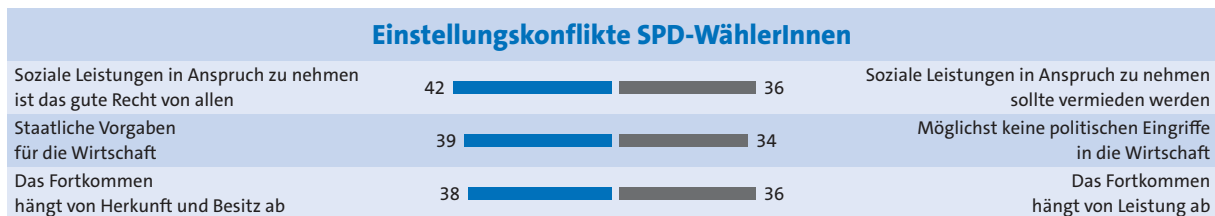


Abbildung 18: Einstellungskonflikte der SPD-WählerInnen [Angaben in Prozent]

Gefragt nach dem von Michael Müller vorgestellten Modell des „Solidarischen Grundeinkommens“ stellt sich dieses hingegen als Erfolgsmodell heraus. Bereits in 2018 war die Initiative 70 % der Befragten bekannt, lediglich 30 % hatten davon noch nicht gehört. Schon der Vorschlag hatte also eine breite Mehrheit der Menschen erreicht. Angesichts dieses hohen Bekanntheitsgrades ist die Einschätzung der Befragten umso bemerkenswerter: Zwei Drittel schätzen das Solidarische Grundeinkommen als gutes Modell ein, lediglich 27 % halten es für nicht geeignet.

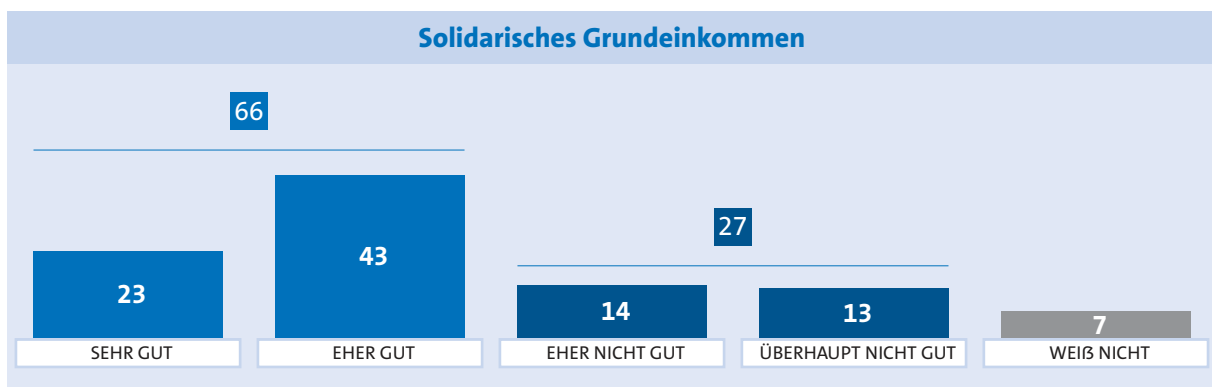


Abbildung 19: Das Solidarische Grundeinkommen [Angaben in Prozent, Wahlberechtigte Bevölkerung in Berlin]

Mit Blick auf die Verluste bei der Kompetenzzuschreibung zur sozialen Gerechtigkeit ist das Solidarische Grundeinkommen damit ein wichtiger Lösungsansatz und sollte im Lichte der Diskussionen um Korrekturen an Hartz IV auch in der Bundespartei mehr Unterstützung erfahren.

„Aus Fehlern lernen“: SPD Berlin im Kontext der SPD im Bund (Thesen aus der Wahlanalyse zur Bundestagswahl 2017)

Die zurückliegenden Wahlergebnisse der SPD im Bund, bei Europa- und zahlreichen Landtagswahlen machen deutlich, dass sich die gesamte Partei einer inhaltlich strategischen Erneuerung stellen muss. Es ist deshalb lohnenswert, die Ergebnisse der Analysen auch auf Bundesebene mit einzubeziehen, um politische Handlungsfelder für die Berliner SPD zu identifizieren. Dazu liefert die Wahlanalyse „Aus Fehlern lernen“ zur Bundestagswahl 2017 zahlreiche Ansätze.

► **Entfremdung innerhalb der Partei überwinden**

Die Analyse bescheinigt der Gesamtpartei eine „tiefe Entfremdung zwischen sozialdemokratischer Basis und ihrer Führung“ sowie insbesondere dem Parteivorstand einerseits und dem „Mittelbau der Partei“ aus Hauptamtlichen, Parteitagsdelegierten und Unterbezirksverantwortlichen andererseits. Als Ursache hierfür werden die Regierungsjahre Anfang des Jahrtausends identifiziert, darunter insbesondere „die Agenda 2010, die ohne Ankündigung über die Partei herniederging, medial gefeiert, aber nach außen und nach innen kaum vermittelt“ wurde. Ebenso haben die entgegen der eigenen Ankündigung mitgetragene Erhöhung der Mehrwertsteuer (2005) und die Einführung der Rente mit 67 (2006) diese Entfremdung weiter vorangetrieben. So sind zentrale Stigmata der SPD entstanden, die nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in Reihen der eigenen Funktionärinnen und Funktionäre die Glaubwürdigkeit der SPD insbesondere in Fragen der sozialen Gerechtigkeit massiv geschwächt haben. Es bedarf deshalb einer inhaltlichen Grundsatzdiskussion der Partei, was die SPD unter einer Politik der sozialen Gerechtigkeit versteht. Der Landesverband Berlin sollte sich mit seinen Positionen aktiv in diese Diskussion zur Überwindung der sozialdemokratischen Stigmata einbringen, um mit konstruktiven und zielführenden Konzepten die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Politik für soziale Gerechtigkeit zurückzugewinnen. Wie oben gezeigt, ist zum Beispiel das Solidarische Grundeinkommen ein vielbeachteter und in der Bevölkerung hoch anerkannter Beitrag dazu, Hartz IV zu überwinden.

► **Verantwortung übernehmen: Erfolg gelingt nur im Team**

Neben dem Bedarf der inhaltlichen Überprüfung und Neuausrichtung haben die durch die neoliberal geprägte Politik der Nullerjahre entstandenen Gräben auch dazu geführt, dass es der SPD viel zu wenig gelingt, durch gemeinsame Anstrengung der Parteispitze wie des Mittelbaus das eigene Profil zu schärfen. In den Worten der Wahlanalyse:

„Es ist in den Reihen der sozialdemokratischen FunktionsträgerInnen und in den Landesverbänden zum Volkssport geworden, [...] den eigenen Spitzenleuten je nach Stimmungslage Unvermögen, Machtgierlichkeit oder Unglaubwürdigkeit vorzuwerfen. Dabei hat sich die Bewertung der eigenen Führung weitgehend gelöst von deren tatsächlichem Handeln und durchaus vorzeigbaren politischen Erfolgen.“

Der in der Partei weit verbreitete Argwohn gegenüber den bundespolitisch bekannten Führungspersönlichkeiten macht es nahezu unmöglich, als Gesamtpartei mit dem eigenen politischen Profil die Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Eine erste wichtige Voraussetzung, um diese fundamentale Problematik zu überwinden, ist es, dass inhaltliche Positionen in der Partei entstehen und ihr nicht „von oben“ verordnet werden. Zweitens kommt es aber auch auf den innerparteilichen Umgang miteinander an. Schon die wohlwollende Betrachtung des tatsächlichen Handelns der anderen in der Partei und ein fairer Umgang mit ihrem Beitrag am gemeinsamen Erfolg würde der SPD helfen, den weit verbreiteten Eindruck, man arbeite sich schon aus Prinzip an der eigenen Führung ab, zu vermeiden.

Dabei betont die Wahlanalyse ausdrücklich die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen in der SPD: „Jeder trägt in jeder Funktion Verantwortung. Der Ortsvereinsvorsitzende genauso wie die Landtagsabgeordnete und das Präsidiumsmitglied. [...] Erneuerung wird nur im Team funktionieren. Und nur,

wenn das individuelle Ego wieder hinter die gemeinsame Sache zurücktritt. Nur dann wird auch das Vertrauen der Basis zurückkehren.“ Es wird folglich viel davon abhängen, ob es gelingt, mit allen in der SPD Engagierten einen Weg des gemeinsamen Erfolgs zu finden.

► **Abnehmende Identifikation mit Parteien**

Die Wahlanalyse verweist zudem auf die insgesamt gesunkene Parteiidentifikation, die auch für die SPD von großer Relevanz ist. Seit 1991 ist die Quote der sich mit der SPD identifizierenden Menschen von 30 % auf 20 % in 2017 zurückgegangen. Dies verändert auch die Anforderungen an die eigene Kampagnenführung. Dabei zeigt auch das Ergebnis der Europawahl (SPD: 15,8 %), dass es auch weiterhin eine Herausforderung ist, den Stamm der eigenen Wählerschaft in Gänze zu mobilisieren. Angesichts der schwindenden Identifikation und Bindung – die neben Parteien auch andere große Organisationen wie Kirchen oder Gewerkschaften betrifft – wird zugleich die Fähigkeit, relevante und aktuelle Themen wie jüngst etwa die Klimapolitik glaubwürdig zu gestalten und dabei für Menschen anschlussfähig zu sein, die sich nicht dauerhaft an die Partei binden wollen.

► **Politische Handlungsfelder identifizieren und sichtbar besetzen**

Zugleich konstatiert die Wahlanalyse, dass es auch bei „klassischen“ SPD-Themen nicht gelungen ist, das eigene Profil sichtbar und konkret zu machen:

„Der SPD ist es jedoch über weite Strecken im Wahlkampf nicht gelungen, genau zu beschreiben, was hinter der Begrifflichkeit [soz. Gerechtigkeit] steht. Soziale Gerechtigkeit blieb ein abstraktes Konstrukt mit wenigen lebensweltlichen Berührungspunkten“.

Der Ansatz, durch gutes Regieren in der Großen Koalition das eigene Profil zu schärfen, ist nicht gelungen, zumal die Wahlanalyse einen Zeitpunkt untersucht, zu dem im beginnenden Wahlkampf und mit dem Aufbrauchen der gemeinsamen Projekte der Koalition die Differenzen deutlich erkennbar hätten hervortreten müssen:

„Im Juli 2017, also zu Beginn der heißen Wahlkampfphase, konnten lediglich 23 Prozent der Befragten deutliche inhaltliche Unterschiede zwischen Union und SPD identifizieren“.

Dies legt nahe, dass eine Überprüfung der eigenen Themensetzung geboten ist. Dabei kommt insbesondere infrage, die Kommunikation der eigenen politischen Inhalte stärker zu konzentrieren, um besonders wichtige Anliegen, wie etwa die soziale Gerechtigkeit, in den Mittelpunkt zu stellen und für die Menschen konkret erfahrbar zu machen. Die SPD hat es dabei selbst in der Hand, durch die Auswahl und unterschiedliche Betonung der Themen besonders wichtige Aspekte des eigenen Markenkerns hervorzuheben. Dies betrifft auch eine Steuerung darüber, wessen dringendste Sorge wir adressieren – und ob wir dabei eine gezielte Ansprache des eigenen Klientels leisten. Ein Beispiel aus der Wahlanalyse: Für die SPD-Zielgruppe waren Aussagen zur sozialen Gerechtigkeit deutlich wahlentscheidender (35 %) als Aussagen zu Geflüchteten (für 20 % wahlentscheidend). In der Grundgesamtheit aller Wahlberechtigten waren die Themen dagegen gleichermaßen wahlentscheidend (Geflüchtete 30 %, soz. Gerechtigkeit 29 %). Es macht folglich einen Unterschied, ob die SPD ihren Kampf für soziale Gerechtigkeit (der dabei notwendigerweise auch Politik für Geflüchtete betrifft) in den Mittelpunkt stellt, oder ob sie es zulässt, das Thema Flucht und Zuwanderung zum bestimmenden Diskurs zwischen den Parteien werden zu lassen.

Aspekte aus den der Kommission überwiesenen Anträgen

Der Kommission Politische Handlungsfelder sind die in Kapitel I aufgelisteten Anträge überwiesen worden. Die darin enthaltenen Aspekte waren Gegenstand der Beratungen der Kommission und sollen sich deshalb auch in diesem Bericht wiederfinden. Insbesondere Antrag 26/I/2019 der KDV Pankow

über „Thesen zur Ausrichtung der SPD“ knüpft dabei an Aspekte der oben aufgegriffenen Wahlanalyse „Aus Fehlern lernen“ an. So stellt er fest, dass das Konzept des „**Guten Regierens**“ als Instrument parteipolitischer Profilierung nicht genügt. Vielmehr zeigt sich ein doppelt negativer Effekt der Fokussierung auf das Regierungshandeln: Die mit den Koalitionspartnern CDU und CSU in der Regierung nicht durchzusetzenden Punkte (z.B. wirksame Mietpreisbremse, Abschaffung § 219a StGB) enttäuschen Erwartungen an die SPD und führen zu Unzufriedenheit mit der Partei. Gleichzeitig werden Erfolge der SPD in der Regierung als solche gar nicht wahrgenommen, da ihnen das Stigma von Kompromiss und Kuhhandel anhaftet. Aus dem Bundestagswahlkampf von 2017 wissen wir:

„Selbst das Thema Mindestlohn konnte der SPD nicht eindeutig zugeordnet werden, ein Problem, welches die SPD als kleinerer Koalitionspartner besonders hart trifft. Sie wurde für wenig populäre Dinge in Mithaftung genommen, war aber auch bei der Durchsetzung populärer Dinge immer nur mit dabei.“⁴

Diese Ausgangslage macht es erforderlich, dass neben die gute Regierungsarbeit ein klar **sichtbares Profil der SPD als Partei** tritt, aus dem für die Menschen klar ersichtlich ist, was die SPD in der Regierung und in der Gesellschaft erreichen will. Dieses Parteiprofil sollte die Frage beantworten können, was die SPD in Alleinregierung vorantreiben würde, und nicht, was sie mit oder gegen Koalitionspartner durchsetzt.⁵

Das Profil der SPD muss sich aus einem **Strategieprozess** innerhalb der Partei ergeben, der sich nicht allein mit programmatischen Detailfragen befasst, sondern eine Verständigung über die politischen Ziele der Partei erreicht. Aus der Vision, wie sich die SPD eine fortschrittliche, gerechte, vielfältige und solidarische Gesellschaft vorstellt, lassen sich dann auch die Inhalte ihrer Wahl- und Regierungsprogramme ableiten.

Politik bedeutet dabei nicht nur das Ausgleichen von Interessengegensätzen unterschiedlicher Gruppen der Gesellschaft, sondern immer auch die Bereitschaft, **Farbe zu bekennen** und die eigene Haltung geltend zu machen. Ein Strategieprozess der SPD muss sich deshalb der Frage annehmen, welche **Kernklientel** die SPD vertritt („Für wen machen wir Politik?“). Die Beantwortung dieser Frage sollte sich nicht in der Nennung (vermeintlich homogener) Personengruppen (Facharbeiter, Arbeitslose, Alleinerziehende) erschöpfen⁶, sondern zugleich am Bekenntnis zu gesellschaftlichen Zielen (Unterstützung der Nicht-Privilegierten, weniger starke Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung) orientiert sein. Ist klar, dass die SPD für die Überwindung von Einkommensungerechtigkeit steht, lässt sich schlüssig darlegen, dass die SPD eine gezielte Politik zur Unterstützung Alleinerziehender (Arbeitsloser, usw.) macht, weil diese strukturell und überproportional stark von Ungerechtigkeiten betroffen sind.

Gleichzeitig sollte die Erarbeitung klarer Standpunkte nicht dazu führen, den eigenen Diskurs gegenüber anderen Positionen abzuschotten und sich **auf die eigene festgelegte Haltung zurückzuziehen**. Ein Beispiel: Die SPD steht für Internationalismus und für die Überzeugung, dass sich die großen Herausforderungen wie der Klimaschutz oder die Armutsbekämpfung nur in internationaler Kooperation bewältigen lassen. Zugleich wissen wir aber, dass viele Menschen die Globalisierung (zumal unter den Bedingungen eines unregulierten Kapitalismus) mit großer Sorge oder sogar als persönliche Bedrohung betrachten. Sie erwarten von der SPD zu Recht Antworten auf diese Sorgen und nicht das bloße Bekenntnis zum Internationalismus.

Die zunehmende **Globalisierung und Digitalisierung** verändern unser gesellschaftliches Zusammenleben in einem Maße, wie es die industrielle Revolution getan hat. Dies bringt viele Chancen, aber auch viele Sorgen und Vorbehalte mit sich. Aufgabe der SPD ist es, diesen Wandel zum Wohle aller in der

⁴ „Aus Fehlern lernen“, S. 20

⁵ Siehe hierzu und zu den folgenden Punkten auch Antrag 26/I/2029

⁶ Auch die Bundestagswahlanalyse von 2017 konstatiert, dass die Bindung von Berufsgruppen an Parteien seit Jahren rückläufig ist und die berufliche Stellung die politische Einstellung weniger stark beeinflusst.

Gesellschaft zu gestalten und den Menschen die nötige individuelle Sicherheit zu bieten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nicht alle Menschen die gleichen Ausgangsvoraussetzungen haben, sich an den Wandel ihrer Lebenswelt anzupassen. Es geht deshalb auch darum, denjenigen, die Globalisierung und Digitalisierung eher als Bedrohung empfinden, diese Sorgen zu nehmen, indem sie am Profit des Wandels beteiligt und gegen individuelle Lebensrisiken besser abgesichert werden.

Liberaler Gesellschaftspolitik und ökonomisch fundierte (Um-)Verteilungspolitik gehören dabei zusammen. Die auch in der Partei häufig vorgetragene Forderung, die SPD müsse vor allem die „harten“ Themen bearbeiten, sollte nicht zu dem Trugschluss führen, in den vermeintlich „weichen“ gesellschaftspolitischen Fragen nach rechts zu rücken. Im Gegenteil: Die liberale Gesellschaftspolitik und das humanistische Menschenbild der SPD müssen durch eine linke, auf Umverteilung und soziale Gerechtigkeit setzende Wirtschafts- und Sozialpolitik komplettiert werden.

Der Antrag 26/I/2019 veranschaulicht diese Problematik:

„Und nachdem auch SPD-Politiker*innen über Jahre erklärt haben, dass „der Gürtel enger geschnallt“ werden müsse, standen in der Wahrnehmung vieler Menschen 2008 über Nacht Milliarden zur Rettung der Spareinlagen und Banken zur Verfügung. 2015 wurden erneut Milliardenbeträge für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen mobilisiert – das war richtig, ist aber bei vielen Menschen auf tiefes Unverständnis gestoßen. Das allgegenwärtige Sparmantra konnte demzufolge plötzlich doch außer Kraft gesetzt werden – „für die da oben“ und „für die anderen“. In diese europaweit auch von sozialdemokratischen Parteien aufgerissene Lücke stößt heute die neue Rechte.“

Dieses Spannungsfeld wird nicht dadurch zu lösen sein, dass die SPD ihre Rhetorik gegenüber Geflüchteten verschärft und damit ihr eigenes Menschenbild infrage stellt. Vielmehr sollte die SPD überzeugend darlegen, wie sie die in der Krise offenbar zu mobilisierenden Milliarden dafür einsetzt, die unteren und mittleren Einkommensgruppen stärker am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu beteiligen.

III. Zielgruppen der SPD

policy matters errechnet ein Gesamtpotential der SPD Berlin von 40,1 % der Wahlberechtigten. Knapp 60 % sind dagegen für die SPD nicht unmittelbar erreichbar. Weitere Studien wie die Bundestagswahlanalyse „Aus Fehlern lernen“ zeigen, insbesondere am kurzfristigen Anstieg der Umfragewerte nach der Nominierung von Martin Schulz als Kanzlerkandidat, dass die SPD in der Lage ist, durchaus mehr Wählerinnen und Wähler anzusprechen, als es die Wahlergebnisse glauben machen. Demnach war im März/April 2017 beinahe jede/jeder zweite Wahlberechtigte prinzipiell für die SPD erreichbar.⁷

Wie oben dargelegt, genügt es nicht, die für die SPD zu erreichenden Zielgruppen anhand von Berufsbildern, Altersgruppen oder vergleichbaren Zuordnungen zu definieren. Vielmehr bedarf es einer Analyse der politischen Einstellungen in der Gesellschaft.

Politische Typologie

Die beauftragte Studie versucht sich – wie auch andere hinzugezogene Studien⁸ – im Sinne einer politischen Typologie an einer genaueren Beschreibung der für die SPD ansprechbaren gesellschaftlichen Gruppen und ihrer politischen Ansichten. Die so definierten 9 Typen politischer Einstellungen werden anhand ihrer Orientierung auf den Achsen von libertär bis autoritär sowie regulierend bis marktorientiert charakterisiert. Die in der Grafik ausgewiesenen Prozentwerte zeigen dabei den Anteil an der bundesweiten Gesamtbevölkerung.

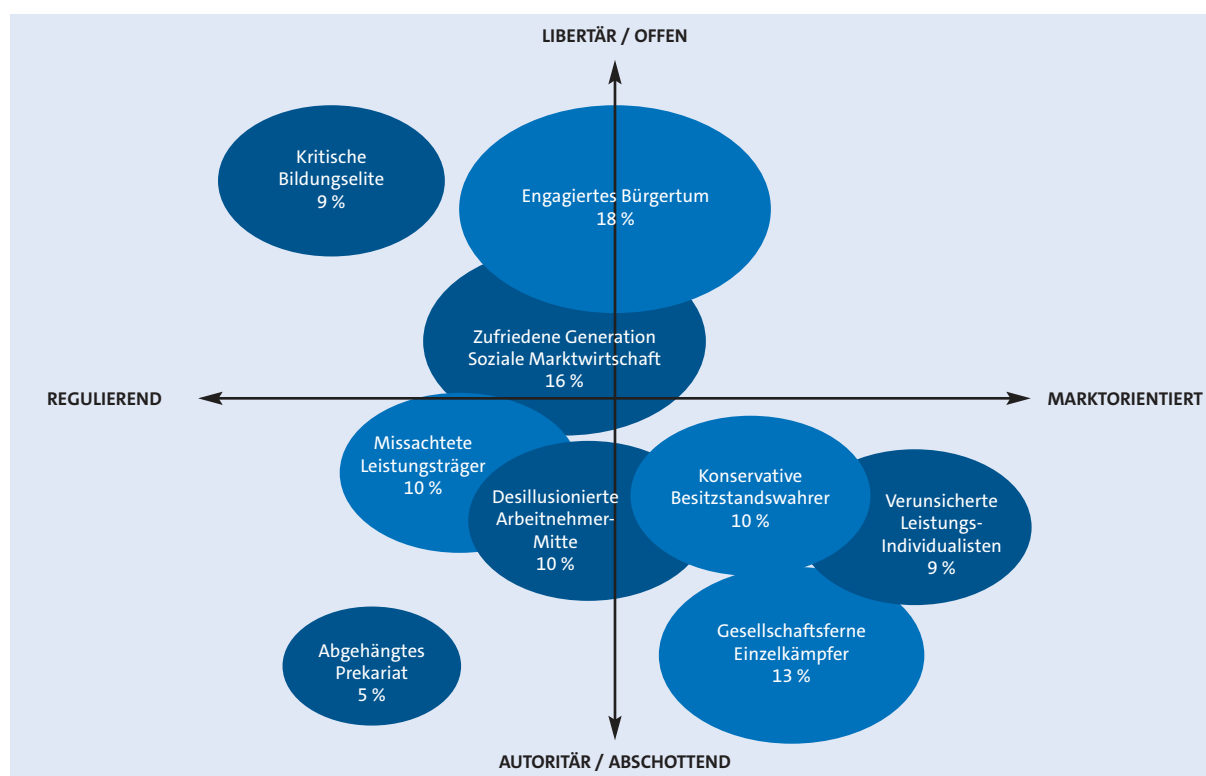


Abbildung 20: Typenstärke und politische Verortung, bundesweit

⁷ Siehe „Aus Fehlern lernen“, S. 14 f.

⁸ Siehe u.a. Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné (2017): Einstellung und soziale Lebenslage, Hans-Böckler-Stiftung und Müller-Hilmer/Gagné (2017): WAS VERBINDET, WAS TRENNT DIE DEUTSCHEN?, Hans-Böckler-Stiftung

Auf Berlin bezogen fällt die Gewichtung der Typen insofern anders aus, als insbesondere die Gruppe der „Kritischen Bildungselite“ mit 18 % statt 9 % an der Gesamtbevölkerung deutlich stärker repräsentiert ist. Ebenso stärker vertreten ist in der Stadt mit 7 % das „abgehängte Prekariat“ (gegenüber 5 % bundesweit). Deutlich weniger präsent sind in der Berliner Typologie dafür die Gruppen des „engagierten Bürgertums“ (11 %-Anteil anstelle von 18 % bundesweit) und der „zufriedenen Generation der Sozialen Marktwirtschaft“ (lediglich 13 % statt 16 %).

Dies ist insofern von Bedeutung, als diese in Berlin unterrepräsentierten Typen den mit Abstand größten Anteil an SPD-Wählerinnen in ihren Reihen haben.

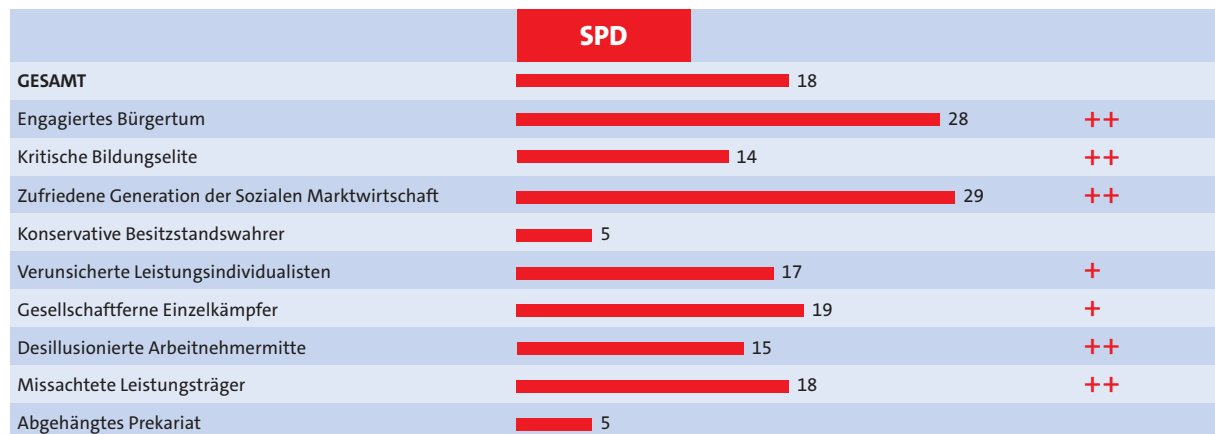


Abbildung 21: Die Zahlen sind als Angabe der SPD-Wählerschaft des jeweiligen Typen in Prozent zu verstehen – +/++ verdeutlichen das Wählerpotential innerhalb des Typen

Das Wählerpotential der SPD wird konkreter, wenn die jeweiligen Typen anhand demografischer und biografischer Eigenschaften näher beschrieben werden.

Die erste Gruppe mit **hohem SPD-Wählerpotential** das „**Engagierte Bürgertum**“ ist durch eine Überrepräsentanz von Akademiker*innen, durch gesellschaftliche Aufstiegserfahrungen und die Übernahme von Führungsverantwortung im Beruf geprägt. Soziale Berufsbilder in Gesundheit, Lehre, Erziehung sind überrepräsentiert vertreten, die wirtschaftliche Lage wird optimistisch eingeschätzt und Sorgen um die Zukunft nur gering ausgeprägt. Die Überzeugung von der Demokratie ist gefestigt, bürgerschaftliches Ehrenamt stark ausgeprägt und als zentrale Einstellung werden pro-europäische Positionen und der Wunsch nach mehr Integration vertreten.

Eine zweite Gruppe mit hohem SPD-Wählerpotential ist die „**Kritische Bildungselite**“. Sie wird charakterisiert durch akademisch geprägte, überdurchschnittlich junge Großstadtbevölkerung mit meist mittlerem gesellschaftlichen Status. Das Gerechtigkeitsempfinden ist stark ausgeprägt, es wird eine offene, tolerante und libertäre Gesellschaft angestrebt. Das hohe politische Interesse und die Überzeugung von der Demokratie führen zu hohen Ansprüchen an das eigene und das gesellschaftliche Engagement anderer. Eine kritische Distanz findet sich gegenüber Militär und Wirtschaft, deren Vormachtstellung Skepsis hervorruft. Technische Innovationen werden mit Blick auf Überwachungs- und Kontrollaspekte argwöhnisch betrachtet. Die Gruppe wird durch hohe Empathie und ausgeprägtes Sozialvertrauen charakterisiert, die sich auch in globaler Solidarität ausdrücken. Die kritische Bildungselite vertritt internationalistische Positionen und fühlt sich in der Welt zuhause.

Der dritte Typ mit hohem SPD-Wählerpotential wird als „**Zufriedene Generation der Sozialen Marktwirtschaft**“ beschrieben. Frauen sind hier zahlreicher vertreten als Männer, außerdem Rentner deutlich überrepräsentiert. Die Gruppe ist geprägt von mittlerem gesellschaftlichen Status, der sich in einfachen und mittleren Bildungsabschlüssen manifestiert und von Zufriedenheit mit dem eigenen Erwerbsleben und Lebensverlauf gekennzeichnet ist. Es zeigt sich ein hohes Vertrauen in die Staatsgewalt und ihre Institutionen, aus dem zwar wenig eigenes bürgerschaftliches Engagement aber eine hohe Wahlbeteiligung und stärkere Tendenz zu Volksparteien folgt. Aspekte wie Ordnung und Pflichtbewusstsein

werden stark betont und führen zu einem Nationalbewusstsein im Sinne eines aufgeklärten Verfassungspatriotismus. In diesem Sinne stehen dem Stolz darauf, in einer toleranten und offenen Gesellschaft zu leben, auch Sorgen und Ängste vor Kriminalität und Terrorismus gegenüber. Während soziale Gerechtigkeit einen hohen Stellenwert genießt, werden zugleich auch marktfreundliche Argumente und die Forderung nach starker Eigenverantwortung vertreten.

Vier weiteren Typen wird ein **höheres, wenn auch kein hohes SPD-Wählerpotential** zugeschrieben. Die Gruppe der „**Verunsicherten Leistungsindividualisten**“ ist unterdurchschnittlich jung und durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Migrant*innen gekennzeichnet. Mittlere Schulabschlüsse sind stark vertreten, der Anteil Selbstständiger überdurchschnittlich hoch. Leistung wird als gesellschaftliches Leitkriterium betrachtet und die Anerkennung dieser Leistung höher eingeschätzt als die soziale Absicherung. Es herrscht eine ausgeprägte Affinität zu starker politischer Führung, weniger zur bundesdeutschen Demokratie und zur als komplex empfundenen Politik. Konservative Identifikationspunkte wie Pflichterfüllung und traditionelle Rollenverteilung haben eine hohe Bedeutung und es herrscht das Gefühl, von Politik und Gesellschaft vernachlässigt bzw. für die eigene Leistung unzureichend beachtet zu werden.

Einen zweiten Typ mit höherem SPD-Wählerpotential bilden die „**Gesellschaftsfernen Einzelkämpfer**“. Die Gruppe ist überdurchschnittlich jung und stark migrantisch geprägt, Männer sind häufiger vertreten als Frauen, das Bildungsprofil wird als durchschnittlich beschrieben. Erwerbstätigkeit findet sich vor allem in technischen und produktionsgeprägten Bereichen. Die Gruppe ist stark von Ängsten in Bezug auf Arbeitsplatz- und Wohnsituation geprägt, viele Personen fühlen sich fremdbestimmt. Es zeigt sich eine ausgeprägte antisoziale und antisolidarische Haltung, aus der heraus Toleranz, Minderheitenrechte und ein modernes Familienbild abgelehnt und von einer ausgeprägten Neigung zu Ethnozentrismus, Chauvinismus und Autorität verdrängt werden. Demokratische Entscheidungsfindungsprozesse werden als zu langwierig und zu wenig handlungsorientiert argwöhnisch betrachtet oder sogar abgelehnt.

Auch der „**Desillusionierten Arbeitnehmermitte**“ wird ein höheres SPD-Wählerpotential zugeschrieben. Sie ist gekennzeichnet durch eine durchschnittliche Altersstruktur und eine Überrepräsentanz von (häufig nicht erwerbstätigen) Frauen. Der mittlere gesellschaftliche Status ist von zahlreichen „Absteigerbiografien“ geprägt, die zu einer Schlechterstellung gegenüber der eigenen Elterngeneration geführt haben, finanzielle Engpässe und Sorgen um die Zukunft der eigenen Kinder mit sich bringen. Neben der hohen beruflichen Unsicherheit, überdurchschnittlich vielen Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und schlechter Bezahlung beziehen sich Sorgen häufig auf die (vermeintlich hohe) Kriminalität im Wohnumfeld. Diese Sorgen sind verbunden mit einer deutlichen Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft. Politik wird als Betrieb eines abgehobenen Establishments betrachtet, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist gering, dafür die gesellschaftliche Frustration stark ausgeprägt. Tief verwurzelte konservative Geschlechterrollen und ein tradiertes Nationalbewusstsein stärken das Gefühl, fremd im eigenen Land zu sein.

Als weiterer Typ mit höherem SPD-Wählerpotential tritt die Gruppe der „**Missachteten Leistungsträger**“ hinzu. Sie ist als überdurchschnittlich alt und weiblich charakterisiert, der Migrantenanteil ist niedrig und der Lebensmittelpunkt liegt häufig im ländlichen oder mittelstädtischen Raum, vielfach in Ostdeutschland. Der Typ wird geprägt von einfachen Bildungsabschlüssen, häufigen Abstiegserfahrungen und einem hohen Rentenanteil. Er kann als links-sozialstaatlich beschrieben werden, wobei eine ausgleichende und solidarische Gesellschaft gefordert und gemäßigt sozialkonservativ die Durchsetzung von Recht und Ordnung wertgeschätzt werden.

Dominiert von unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen werden vielfach Sorgen um die Zukunft der Kinder, vor Kriminalität und fehlender Alterssicherung geäußert, die zu Kritik an mangelnder Durchlässigkeit, Ungleichheit und fehlendem Zusammenhalt führen. Neben das Gefühl der mangelnden Wertschätzung tritt eine ausgeprägte Skepsis gegenüber technischem Wandel, der als Bedrohung bzw. Überforderung empfunden wird. Dem Mitgefühl gegenüber Geflüchteten stehen starke Vorbehalte mit Blick auf Migrant*innen gegenüber. Die Gruppe wird als politikinteressiert und ehrenamtlich engagiert

beschrieben, wobei das Vertrauen in das politische System gering ist, Politiker*innen als abgehobenes Establishment und der Einfluss der Wirtschaft als zu stark empfunden werden.

Als Typen, bei denen **kein SPD-Wählerpotential** identifiziert werden konnte, verbleiben die „**Konservativen Besitzstandswahrer**“ und das „**Abgehängte Prekariat**“.

Zusammenfassend ergibt sich das folgende Gesamtbild für das SPD-Wählerpotential entlang der politischen Typologie:

	SPD	CDU	Linke	Grüne	AfD	FDP
GESAMT	18	18	23	11	18	9
Engagiertes Bürgertum	28	22	15	24	1	6
Kritische Bildungselite	14	13	49	24	1	2
Zufriedene Generation der Sozialen Marktwirtschaft	29	24	21	3	11	9
Konservative Besitzstandswahrer	5	23	5	3	29	31
Verunsicherte Leistungsindividualisten	17	24	15	11	27	3
Gesellschaftsferne Einzelkämpfer	19	31	12	9	14	13
Desillusionierte Arbeitnehmermitte	15	16	23	3	23	14
Missachtete Leistungsträger	18	15	17	12	36	6
Abgehängtes Prekariat	5	6	16	3	59	6

Abbildung 22: Parteipräferenz nach Typus, Angaben in Prozent; Basis: Parteiwähler

In einem nächsten Schritt soll analysiert werden, welche Themen dem SPD-Wählerpotential besonders wichtig sind und welche politischen Ziele sich mit diesen Themen verbinden. Die folgende Abbildung stellt die besonders wichtigen Themen sowohl des linken als auch des rechten Potentials im Vergleich zu allen befragten Berliner Wahlberechtigten dar.

	ÜBERGREIFEND (LINKS/RECHTS)	LINKES POTENZIAL	RECHTES POTENZIAL
Wichtigste Probleme	Soziale Ungleichheit (+5, +6) Kinderbetreuung (+5)	Wohnen (+18) Verkehr/Infrastruktur (+15)	Arbeitsmarkt (+4) Verwaltung (+3)
SPD-Kompetenzen	Tourismus (+10 / +9) Wirtschaft (+15 / +6) Familie/Kinder (+10 / +7) Schule (+6 / +7) Zusammenhalt (+8 / +6) Wohnraum (+7 / +6)	Arbeitsplätze (+21) Arbeitnehmer-Interessen (+12) Finanzpolitik (+13) Innere Sicherheit (+11) Verkehr/Infrastruktur (+10) Asyl: Interessen der Einheimischen wahren (+6) Berlin: gute Zukunft (+8)	

Abbildung 23: Erwartungen an und Kompetenz der SPD, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren in Berlin

Es zeigt sich, dass im SPD-Wählerpotential die soziale Ungleichheit stärker als wichtigstes Problem wahrgenommen wird als beim Rest der Befragten. Die größten Abweichungen ergeben sich im linken Potenzial, dass mit großem Abstand die Themen Wohnen (+ 18 % gegenüber allen Wahlberechtigten) und Verkehr/Infrastruktur (+ 15 %) als drängendste Probleme wahrgenommen werden. Mit Blick auf die der SPD zugeschriebenen Kompetenzen sind die Themenbereiche Wirtschaft und Arbeitsplätze im linken Potenzial besonders stark betont. Überdurchschnittliche Kompetenzzuschreibungen ergeben sich hier auch für die Finanzpolitik, Innere Sicherheit, Verkehrspolitik und die Familienpolitik.

Ziele der SPD-Wählerinnen und -Wähler

Die Studie „Politik in Berlin“ hat aus der Befragung diejenigen Positionen herausgearbeitet, über die in der SPD-Wähler*innenschaft mehrheitlich Konsens besteht. Die folgenden Daten verstehen sich als prozentuale Zustimmungswerte unter Wählerinnen und Wählern der SPD und sind nach Themenbereichen sortiert:

Solidarische und gerechte Gesellschaft:

- ▶ Chancengleichheit (77 %)
- ▶ Soziale Absicherung (68 %)
- ▶ Wertschätzung der Gewerkschaften (67 %)
- ▶ Solidarität vor Leistung (60 %)
- ▶ Generationengerechtigkeit (57 %)
- ▶ Gemeinwohl-Orientierung der Wirtschaft (52 %)
- ▶ Sorge vor wachsender Spaltung der Gesellschaft (52 %) und schwindendem Zusammenhalt (48 %)
- ▶ Sozialer Ausgleich (46 %)

Progressive Gesellschaftspolitik:

- ▶ Modernes Familienbild (72 %)
- ▶ Gleichberechtigung für LGBTIQ* (67 %)
- ▶ Frauenquote (53 %)
- ▶ Zuwanderung als Bereicherung (52 %)

Europäische und internationale Solidarität:

- ▶ Unterstützung anderer EU-Mitgliedstaaten im Bedarfsfall (54 %) unter Berücksichtigung ihrer Interessen (51 %)
- ▶ Internationale Nothilfe leisten (51 %)

Es zeigt sich bereits, dass die Aspekte der sozialen Gerechtigkeit und einer modernen Familienpolitik sehr hohe Zustimmungswerte unter SPD-Wählerinnen und Wählern finden, die Offenheit gegenüber Zuwanderung und die Bereitschaft zu internationalem Ausgleich in der EU in der Wähler*innenschaft nur einen brüchigen, Konsens aus knappen Mehrheiten finden.

Ähnlich ambivalent werden sicherheitspolitische Fragen bewertet. Während die Ablehnung autoritärer Politik mit 70 % einen breiten Konsens findet, wird der Vorrang von Sicherheit vor Freiheit gesehen (45 % zu 31 %).

Einen breiten Konsens findet der Einsatz gegen den Klimawandel, der 67 % der SPD-WählerInnenschaft wichtig ist.

Erste Schlussfolgerungen

Die Studie zieht auf Grundlage der obigen Darstellungen erste Schlussfolgerungen, die der Kommission Politische Handlungsfelder für die weitere Diskussion als Empfehlungen dienen. Sie lassen sich in drei Bereiche gliedern:

- ▶ **1. Die SPD Berlin muss bei den Zufriedenen und Libertären zulegen, um die stärkste Partei im linken Lager zu bleiben.**

Dieses Klientel der Zufriedenen und Libertären teilt das Berlin-Bild der Berliner SPD von einer Stadt der Freiheit, die einen starken Fokus auf Vielfalt und Offenheit legt und sich klar gegen einen Rechtsruck und menschenfeindliche Einstellungen positioniert.

Die normative Zielvorstellung einer offenen und solidarischen Stadtgesellschaft verbindet sich hier mit einem ausgeprägten Optimismus für die Zukunft, der nur geringe persönliche und wenig ausgeprägte gesellschaftliche Sorgen mit sich bringt. Die Wahrnehmung vorhandener politisch zu lösender Probleme bezieht sich auf die klassischen sozialdemokratischen Gestaltungsfelder Wohnen, Schule und Bildung, teils Kinderbetreuung und partiell auch Kriminalität.

Für die SPD ist es wichtig, in diesem Klientel als lösungsorientierte linke Partei und damit als die Berlin-Partei angesehen zu werden.

► **2. Die SPD Berlin muss auch die Rückgewinnung Enttäuschter bewerkstelligen, um ihren Volksparteistatus zu wahren und den rechten Rand einzuhegen.**

Das Berlin-Bild der hier in den Blick genommenen Enttäuschten ist zwar durchaus von Vielfalt geprägt, wird aber als deutlich hedonistischer ausgerichtet beschrieben. Die Zielvorstellung einer gerechten Gesellschaft wird um den Aspekt einer geordneten Stadtgesellschaft ergänzt. Dieser Wunsch nach Ordnung und Strukturierung resultiert aus einem höheren Pessimismus gegenüber der Zukunft, der sich in persönlichen und gesellschaftlichen Sorgen ausdrückt. Neben sozialer Ungleichheit und Sorgen um die Zukunft am Arbeitsmarkt gehört zur Problemwahrnehmung auch eine diffuse Bedrohungslage, die sich durch Flucht und Migration verstärkt und in Sorgen vor Kriminalität zum Ausdruck gebracht wird, die zu einer ausgeprägten politischen Unzufriedenheit führen.

Die hier betrachteten Enttäuschten stellen an die SPD die Erwartung, dass sie eine konsequent handelnde Partei ist, die soziale Gerechtigkeit und die persönliche Sicherheit dadurch sicherstellt, dass sie vorhandene Missstände konkret angeht.

► **3. Die offene Stadtgesellschaft stärken und konkrete Problemlösungen finden.**

Aus den ersten beiden Schlussfolgerungen folgt, dass die SPD Berlin ihren Kurs für die offene Stadtgesellschaft beibehalten sollte, allerdings konkrete Lösungen für vorhandene Probleme bieten muss. Angesichts der dargestellten Problemwahrnehmung in der Stadt betrifft dies zu aller erst die Linderung der Wohnungsprobleme.

Die weiteren Handlungsfelder, in denen konkrete Lösungen gefunden werden müssen, betreffen vor allem die Gewissheit, dass die SPD Berlin Gestaltungskraft hat und die Politik in der Lage ist, Kontrolle über die Entwicklung der Stadt zu haben. Adressiert sind damit vor allem die Handlungsfelder Verwaltung und Infrastruktur, Bildung, Zuwanderung und Integration, soziale Absicherung und Innere Sicherheit.

IV. Unsere Politik für Berlin: Ziele und identifizierte Handlungsfelder

1. Wehrhafte Demokratie in einer vielfältigen Gemeinschaft

Berlin ist die Stadt der Freiheit und der Vielfalt. Die obige Analyse auf Grundlage der Befragung zur Studie „Politik in Berlin“ zeigt, dass diese Freiheit von der ganz überwiegenden Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner als Stärke der Stadt betrachtet wird – 70 % schätzen an Berlin die „Möglichkeit, so zu leben, wie man möchte“. Ebenso wird das "Zusammenleben verschiedener Kulturen" (61 %) als Stärke der Stadt bewertet. Zugleich zeigt die Befragung, dass mit Blick auf die Zukunft der „Zusammenhalt der Menschen“ und die „Zusammensetzung der Bevölkerung im Stadtviertel“ auch mit Sorge betrachtet werden. Es stellt sich damit die Herausforderung an die Politik, im demokratischen Diskurs das freiheitliche, solidarische und vielfältige Zusammenleben der Menschen zu stärken und gleichzeitig die Sorgen in der Bevölkerung nicht zu ignorieren. Die Kommission hat dazu drei Leuchtturmprojekte ausgewählt, die jeweils einen konkreten Beitrag zur Stärkung der Demokratie in einer vielfältigen Gemeinschaft leisten sollen.

► Leuchtturmprojekt: Stärkung der Demokratie

Mit dem Leuchtturmprojekt wird angestrebt, die demokratische Beteiligung sowohl auf mehr Menschen als auch mehr Lebensbereiche auszuweiten. Es soll dafür rechtzeitig vor der nächsten Wahl eine Initiative zur Ausweitung des Wahlrechts junge Menschen unter 18 Jahren und für Menschen mit Migrationshintergrund gestartet werden. Zugleich sollen demokratische Beteiligungsrechte in den Lebensbereichen Schule, Hochschule, Wirtschaft und Infrastruktur gestärkt werden, etwa durch (eine Ausweitung der) Selbstverwaltung, die Einrichtung von Beiräten oder die Einrichtung von Jugendparlamenten.

► Leuchtturmprojekt: Zuverlässiges Bollwerk gegen Rechts

Rechtsextremismus und Rassismus sind die größte Gefahr für das friedliche Zusammenleben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die SPD Berlin steht für den energischen Kampf gegen rechts und sollte weitere Anstrengungen unternehmen, dass dieses Engagement in der Stadtgesellschaft verstärkt wahrgenommen wird. Dazu wird empfohlen, die Präsenz auf Demonstrationen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus gezielt zu erhöhen und Flagge zu zeigen für eine offene Gesellschaft. Dort, wo bisher keine Kiez-Initiativen aktiv sind, nehmen wir uns vor, selbst welche zu initiieren. Um rechte Umtriebe nicht zur Normalität werden zu lassen, unterstützen wir das restriktive Vorgehen des Innenressorts in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rechtsextremismus. Gleichzeitig sind konkrete politische Projekte wie etwa der Wiederaufbau der ehemaligen Synagoge am Fraenkelufer wichtig, um zu zeigen, dass die SPD weit über deklamatorisches Handeln hinausgeht.

► Leuchtturmprojekt: Stadt der Vielfalt

Die SPD ist diejenige politische Kraft, die sich zu einer Stadt der Vielfalt bekennt und konsequent für Solidarität eintritt. Wir wollen, dass diese Vielfalt in der Gesellschaft aber auch in unseren eigenen Strukturen anerkannt und sichtbar gemacht wird. Mit Geschlechterquoten und einer höheren Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir gesellschaftliche Realität auf der Ebene der Führungspositionen im öffentlichen Dienst besser abbilden. Um auch unsere eigenen Strukturen und Mitglieder weiter zu sensibilisieren, wollen wir Schulungen zu interkultureller Kompetenz, Antirassismus und Antisexismus für alle Parteigliederungen ausweiten.

Ein kontroverses Thema der Beratungen in der Kommission betrifft die Identität und das Selbstverständnis Berlins als **Heimat** aller Berlinerinnen und Berliner. Die Vielfalt der Stadtgesellschaft manifestiert sich darin, dass die Stadt die Summe der individuellen Lebensgeschichten der hier lebenden Menschen ist. In den Beratungen der Kommission ist auch die sprachliche Wirkung der Begriffe Heimat und Zuhause abgewogen worden. Während einige Kommissionsmitglieder den Begriff Heimat als von rechtskonservativen und nationalistischen Kreise geprägt und damit verbraucht ansehen, argumentierten andere Mitglieder für ein Besetzen des Begriffs mit progressiver und vielfältiger Konnotation. Die Summe der Geschichten wird als Stärke und Markenzeichen Berlins verstanden und sollte verstärkt zum Ausdruck gebracht werden. In der Kommission ist deshalb vorgeschlagen worden, im Stadtmuseum wichtige Meilensteine dieser Entwicklung sichtbar zu machen, etwa die Geschichten der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter. Da Migration die Lebensgeschichte einer Vielzahl der Berlinerinnen und Berliner prägt, wird der Begriff Heimat nicht bezogen auf die Herkunft verstanden, sondern das spezielle „Berlin-Gefühl“, die Summe aus der Vielzahl an Biografien, Hintergründen und Erfahrungen der Menschen, die in der Stadt zuhause sind. Die narrative Klammer, die die Berliner Stadtgesellschaft zusammenhält, ist damit das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt, das Zu-Hause-Sein in Berlin, unabhängig der eigenen Herkunft und des individuellen Lebenswegs. Dies betrifft in einer ehemals geteilten Stadt damit auch die im Grundgesetz vorgesehene Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. Zudem hat das Zu-Hause-Sein in der Heimat Berlin eine gewichtige soziale, sozio-ökonomische Komponente. Drohende Verdrängung z.B. aufgrund steigender Mieten ist eine erhebliche Gefahr für das gemeinsame Zusammenleben unterschiedlicher und unterschiedlich privilegierter Menschen in den Stadtquartieren und Kiezen. Es kommt deshalb auch darauf an, Berlin als bezahlbare Stadt für alle zu erhalten (siehe dazu die Ausführungen im Abschnitt über die Funktionierende Stadt).

Die SPD Berlin hat das Selbstverständnis, **für eine emanzipatorische Gesellschaftspolitik einzustehen**. Menschen sollen u.a. durch Bildung in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche Zusammenhänge kritisch zu hinterfragen und gegenseitige Vorurteile abzubauen. Die Kommission plädiert deshalb auch für ein Festhalten an den Positionen der Partei zu Diversität, einem starken Grundrecht auf Asyl, zu Feminismus und Gleichstellung und pro-europäischer, internationalistischer Haltung. Auch wenn es manche Umfrage verlockend erscheinen lässt, wird dringend davor gewarnt, in gesellschaftspolitischen Debatten und Handlungsfragen durch „rechts Blinken“ Wähler*innenpotentiale erschließen zu wollen. Schon obige Analyse legt nahe, dass es keine Aussicht auf Erfolg hat, die eigenen Grundüberzeugungen (vermeintlich) zu lockern, um in aufgeheizten politischen Debatten zu punkten.

Als weitere konkrete Themen wurden in der Kommissionsarbeit vor allem Aspekte der **Demokratieförderung** aufgegriffen, darunter die Forderung nach einem Demokratiefördergesetz des Bundes (Federführung beim Bundesfamilienministerium). Bis zu dessen Verabschiedung wird der Ausbau geeigneter Programme zur Demokratieförderung empfohlen, insbesondere in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen oder zur Stärkung der Demokratie in Betrieben. Hierzu ist auch zu würdigen, dass sich die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit ihrer Resolution zur Fraktionsklausur in 2019 bereits zahlreicher, auch in der Kommission vertieften Themenstellungen angenommen hat. So tritt die Fraktion für die Absenkung des Wahlalters und das kommunale Wahlrecht bei nicht-deutscher Staatsangehörigkeit ein, unterstützt die demokratische Schule, das verabschiedete Jugendfördergesetz und ein Zentrum für politische Bildung. Hinzu kommt das Engagement für ein Paritégesetz und die Stärkung von Gleichberechtigung und Teilhabe. Zur Unterstützung des vielfältigen zivilgesellschaftlichen Engagements verhält sich der Beschluss ebenso wie zum Schutz derjenigen, die für ihr demokratieförderndes Engagement Betroffene politisch- motivierter Gewalt sind oder von rechtsextremen angefeindet werden.

Im Sinne einer solchen, wehrhaften Demokratie plädiert die Kommission für einen hinschauenden Staat, der präsent und sichtbar durch Polizei- und Ordnungsämter ist, als Garant für die innere Sicherheit, die Extremismusbekämpfung und damit für die Gewährleistung individueller Freiheit und Sicherheit in einem demokratischen Miteinander. Hierzu ist auch die Neutralität des Staates zu wahren, der als Anker in der multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft dafür Sorge trägt, in Freiheit und Vielfalt gleichberechtigt und solidarisch zusammenzuleben.

2. Grundprinzipien unseres politischen Handelns

Die Grundprinzipien unseres politischen Handelns leiten sich ab aus den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Dabei ist für uns wirtschaftlicher Erfolg kein Wert an sich, sondern ein Mittel zum Zweck, das Leben der Menschen besser zu machen. Die Wirtschaft muss den Menschen und der Gesellschaft dienen, ihnen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung bieten und demokratisch gestaltet werden. Es ist deshalb eindeutig, wessen Interessen wir vertreten: die der Berlinerinnen und Berliner, nicht die des globalen Kapitals. Dort, wo sich Neoliberalismus hegemonial auszubreiten versucht, setzen wir entschieden eine dezidierte Kapitalismuskritik entgegen.

Es ist Anspruch und auch Verdienst der Sozialdemokratie, Wandel und Veränderung offen gegenüberzustehen und gleichzeitig für sozialen Ausgleich bei den Herausforderungen der Zukunft zu sorgen. Gemeinsam gestalten wir Inklusion und Teilhabe, kämpfen für Gleichberechtigung und eine gerechte Umverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands. Wir machen dabei nicht nur Politik „für die Menschen“, sondern mit ihnen: Wir wagen gemeinsam mehr Demokratie und respektieren die Verantwortung, die die Berlinerinnen und Berliner für das Zusammenleben in der Stadt übernehmen.

Der SPD Berlin kommt die große Verantwortung zu, Regierungspolitik mit erkennbarem gesellschaftspolitischem Kompass zu gestalten. Wir stehen für ein Ende der Politik der Alternativlosigkeit, gerade auch auf Bundesebene: Wir stellen die Unterschiede zu anderen Parteien klar heraus und erarbeiten Gesellschaftsvisionen, wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität konkrete Realität werden. Unsere Politik hält, was sie verspricht.

Mit Bildung der SPD-geführten rot-rot-grünen Koalition werden in der Arbeit des Berliner Senats klare Schwerpunkte gesetzt, die Stadt sozial-ökologisch zu gestalten, soziale Gerechtigkeit zu stärken und die Menschen im Alltag zu entlasten. Dies drückt sich aus in

- ▶ den enormen Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur, die unsere Stadt zukunftsfähig machen,
- ▶ der konsequenten Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- ▶ der Schaffung zusätzlicher Stellen für mehr Personal, z.B. in den Krankenhäusern, in den Schulen, Kitas, im ÖPNV und in den Verwaltungen,
- ▶ der Schaffung bezahlbaren Wohnraums und der Entlastung von Mieterinnen und Mietern durch wirksame Regulierung,
- ▶ einer guten Bildungspolitik, die Qualität und Kostenfreiheit zusammenbringt,
- ▶ der Stärkung guter und tarifgebundener Arbeit und Zurückdrängung prekärer Arbeitsverhältnisse,
- ▶ der Förderung von innovativen Zukunftsorten, die das Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft in unserer Stadt voranbringen,
- ▶ einer Sicherheitspolitik, die individuelle Sicherheit mit der sozialen Absicherung von Lebensrisiken verbindet,
- ▶ einem Schwerpunkt gerade auch bei öffentlicher Sicherheit (denn die Reichen können sich ihre Sicherheit selbst leisten, die Ärmern jedoch nicht),
- ▶ einer exzellenten Wissenschaftslandschaft, die zur Zukunftsfähigkeit und zur wirtschaftlichen Stärke Berlins beiträgt,
- ▶ einem Schwerpunkt auf lebensnahe Angebote in der Pflege und im bundesweit führenden Gesundheitssektor,
- ▶ einer inspirierenden, hochattraktiven und inklusiven Kunst- und Kulturlandschaft,
- ▶ einer Verkehrspolitik, die nachhaltige Mobilität für alle Verkehrsarten zusammenbringt,
- ▶ modernen Konzepten zur sozial gerechten Bewältigung der Herausforderungen des Klimaschutzes und der Digitalisierung und
- ▶ einer auf Innovation ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

3. Klimaschutz und Digitalisierung: Sozial verantwortlich die Zukunft gestalten

Die Bewältigung des Klimawandels und die Gestaltung der Digitalisierung sind die größten Herausforderungen der heutigen Zeit und bringen auch für die Berlinerinnen und Berliner einen tiefgreifenden, spürbaren Wandel mit sich. Wir wissen, dass diese Herausforderungen ein gemeinsames Vorgehen der Länder und des Bundes erfordern und insbesondere der Bund mit seinen Möglichkeiten gefragt sein wird. Als SPD Berlin stehen wir gleichwohl dafür, dass Berlin einen konkreten Beitrag leistet.

Der Klimaschutz betrifft Großprojekte wie die Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) und die Stärkung des Stadtwerks auf dem Weg zur energieautarken Stadt.

► Leuchtturmprojekt: Sanierungsprogramm für öffentliche Einrichtungen

Die SPD Berlin steht dafür, wie im Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm vorgesehen, ein Sanierungsprogramm für öffentliche Einrichtungen aufzulegen.

Mit dem Programm wird ein Sanierungszeitplan für alle öffentlichen Gebäude unter Berücksichtigung energetischer Sanierungsmaßnahmen eingeführt. Der Plan wird im Haushaltsjahr 2020 vorgelegt und dann schrittweise abgearbeitet, die entsprechenden Finanzmittel werden in die Finanzplanungen eingestellt.

Auch die Digitalisierung betrifft nahezu jeden Lebensbereich der Menschen und bedeutet tiefgreifenden Wandel für Arbeit und Wirtschaft, für den Wissenschafts- und Gesundheitsstandort Berlin oder für die Zukunft der Berliner Verwaltung. Die Kommission schlägt mit ihrem Leuchtturmprojekt den flächendeckenden Ausbau der nötigen Infrastruktur vor, der Voraussetzung dafür sein wird, die Innovationen der Digitalisierung wie etwa vernetzte Mobilitätskonzepte nutzbar zu machen. Daneben sind in der Kommission weitere Aspekte erörtert worden, darunter die beschleunigte Digitalisierung der Verwaltung, die Umsetzung des Digitalpakts Schule oder die Einrichtung einer zentralen digitalisierten Plattform für Wirtschafts- und Start-up-Förderprogramme in Berlin.

► Leuchtturmprojekt: Flächendeckend kostenloses WLAN und 5G in Berlin

Die SPD Berlin bekräftigt den Ansatz Berlins, alle öffentlichen Gebäude und die Gebäude der landeseigenen Unternehmen als Standorte für WLAN-Ports zu ertüchtigen, mitfinanziert von den Unternehmen. Die Bezirke sollen mit ihren Liegenschaften flächendeckend mitziehen und die dafür notwendigen Personalressourcen zur Verfügung gestellt bekommen.

Der Ausbau des 5G-Netzes ist notwendige Voraussetzung für die Nutzung moderner Technologien. Die SPD Berlin drängt auf den 5G-Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen und setzt sich dafür ein, diesen von den Dienststellen des Landes soweit möglich zu unterstützen.

4. Service-Stadt Berlin

Die Berlinerinnen und Berliner stellen zurecht die Erwartung an die Politik, dass die öffentliche Leistungserbringung in der Stadt funktioniert und in angemessener Qualität zur Verfügung steht. Dies betrifft Leistungen des Sozialstaats und der Daseinsvorsorge in schwierigen Lebenssituationen wie Arbeitslosigkeit oder gesundheitlicher Probleme und Pflegebedarf. Zum anderen bedeutet die funktionierende Stadt ein Angebot guter städtischer Dienstleistungen und den voraussetzungsarmen, möglichst zügigen Kontakt zwischen Bürger*innen und Verwaltung. Verwaltungsprozesse zu modernisieren betrifft dabei auch ihre Digitalisierung, die durch Online-Verfahren bei Bürgerdienstleistungen auch den Berlinerinnen und Berlinern direkt zugutekommt. Die in der Kommission Politische Hand-

lungsfelder vertieften Leuchtturmprojekte beziehen sich deshalb auf die bürger*innennahe Gestaltung des Sozialstaats und das Service-Angebot der Berliner Verwaltung bei der Erbringung von Bürgerdienstleistungen.

► **Leuchtturmprojekt: Der Sozialstaat als Partner der Menschen**

Das Leuchtturmprojekt greift den Antrag 239/I/2019 „Sozialstaat bürger*innennah 2025“ auf. Dieser fordert, sowohl eine umfassende positive Vision, als auch Eckpunkte eines ambitionierten und gleichwohl umsetzbaren Konzepts zu entwickeln, wie der Sozialstaat von den Menschen in Berlin künftig deutlich positiver wahrgenommen wird. Der Antrag fordert, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Orientierung zu geben über bestehende Leistungssysteme, um die Beratung zielgenauer und in höherer Qualität gewährleisten zu können. Ziel ist es, die „Verständlichkeit des Verwaltungshandelns und damit von Anträgen und Bescheiden zu erhöhen.“ Der Antrag schlägt dazu die folgenden Aspekte vor, die durch das Leuchtturmprojekt umgesetzt werden sollen:

1. Orientierung geben und Beratung verbessern: „Sozialberatung im Kiez“
2. Sozialverwaltung verständlich machen
3. Die Sozialverwaltung als Partnerin und Dienstleisterin
4. Motiviertes und gut ausgebildetes Personal
5. E-Government als Chance: Wertvolle Ergänzung aber nicht Ersatz des persönlichen Kontakts
6. Zuständigkeiten intern klären - wer macht was?
7. Bestehende Strukturen nicht ersetzen sondern ergänzen und auf den Erfahrungen aufbauen

► **Leuchtturmprojekt: Service-Portal Berlin**

Das Service-Portal Berlin (service.berlin.de) soll als umfassendes Stadtportal und Bürgerplattform ausgebaut und den Berlinerinnen und Berlinern bekannt gemacht werden. Ziel ist es, einen zentralen Zugangspunkt zu schaffen, der als virtuelles Bürgeramt leicht zugänglich ist und für alle Dienstleistungen genutzt werden kann. Dazu müssen nicht nur die technischen Voraussetzungen geschaffen, sondern das Bürgerkonto auch aktiv beworben werden. Sicherzustellen sind außerdem die Verknüpfung mit bezirklichen Angeboten und der maximal mögliche Datenschutz.

Für eine verbesserte Akzeptanz der öffentlichen Verwaltung müssen kurze Bearbeitungszeiten garantiert werden, insbesondere bei Anträgen auf Leistungsbezug in den Bereichen, bei denen der Lebensunterhalt von der Verfügbarkeit der entsprechenden Unterstützungsleistung abhängt. Gegebenenfalls müssen in solchen Bereichen auch Abschlagszahlung möglich sein. Die Terminvergabe und Koordination der bezirklichen Bürgerämter soll die zügige Verfügbarkeit von Terminen sicherstellen.

5. Urbane Sicherheit

Ordnung, Sicherheit und Rechtsstaat sind ursozialdemokratisch. Sicherheit bedeutet nicht nur den Schutz vor Gewalt. Sicherheit heißt auch, einen guten, sicheren und fair bezahlten Arbeitsplatz zu haben; zu wissen, dass man auch in Zukunft in seiner Wohnung wohnen kann – ohne Angst haben zu müssen, durch Mieterhöhungen vertrieben zu werden. Die Sicherheit, dass man auch im Alter gut leben kann. Sicherheit zu schaffen bedeutet, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen und alles dafür zu tun, damit jeder in Berlin sicher leben kann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möchten die Berlinerinnen und Berliner vor Kriminalität und vor sozialen Risiken schützen. Innere und soziale Sicherheit gehören deswegen für uns untrennbar zusammen. Wir akzeptieren weder No-Go-Areas noch prekäre Beschäftigung.

Die SPD ist als einzige Partei im linken Lager dazu fähig, den vermeintlichen Gegensatz von Sicherheit und Freiheit aufzulösen. Dafür muss nachvollziehbar dargestellt werden, dass etwa Innere Sicherheit

mit Augenmaß gerade auch zur Sicherung von Freiheit dient. Beide Aspekte – Sicherheit und Freiheit – sind der Kernklientel der SPD wichtig und stehen gerade auch bei den verlorenen Wählergruppen hoch im Kurs. Eine ausgewogene Position der Versöhnung vermeintlicher Gegensätze ist ein wichtiger Faktor bei der Wähler*innenmobilisierung.

Zu den großen Lebensrisiken, die solidarisch abgedeckt werden sollen, gehört das Eintreten von Pflegebedürftigkeit. Gute Pflege sehen wir dabei als eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Nahezu alle Menschen sind von Pflege betroffen, als zu Pflegenden, Angehörige oder auch Beschäftigte im Pflegebereich. Gute Pflege mit guten Arbeitsbedingungen ist die wichtigste Voraussetzung dafür, auch im Alter gut zu leben. Deshalb wurden in der Kommissionsarbeit drei Leuchtturmprojekte zur Verbesserung der Situation in der Pflege vertieft.

► **Leuchtturmprojekt: Nachbarschaftshilfe für Pflegebedürftige**

Ziel des Leuchtturmprojekts ist die Stärkung der Nachbarschafts- und Stadtteilarbeit, um allen Pflegebedürftigen (ehrenamtliche) Nachbarschaftshilfe in ihrer bzw. seiner Häuslichkeit anbieten zu können. Angestrebt wird eine gelungene Umsetzung des Präventionsgesetzes auch im häuslichen Bereich und die Sicherung einer sozialräumlich orientierten Infrastruktur.

Wie auch zu den beiden nach folgenden Leuchtturmprojekten hat die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus in der Resolution zu ihrer Klausurtagung von 2019 bereits konkrete Vorschläge unterbreitet und beschlossen. Zu Nachbarschaftshilfe heißt es darin:

„Wir streben (ehrenamtliche) Nachbarschaftshilfe für alle Pflegebedürftigen in ihrer Häuslichkeit an. Nachbarschafts- und Stadtteilarbeit stärken wir durch Einbeziehung von Aufgaben nach §71 SGB XII Altenhilfe.“⁹

► **Leuchtturmprojekt: Ausbau kultursensibler Pflege**

Die SPD Berlin strebt den Ausbau der Pflegeangebote an, darunter den Ausbau stationärer Pflegeeinrichtungen, Wohngruppen, Wohngemeinschaften und Tagesbetreuungsangebote sowie die Qualifizierung des bestehenden Personals. Das Leuchtturmprojekt soll einen Schwerpunkt darauf legen, dass dieser Ausbau stets auch berücksichtigt, dass es sich um kultursensible Pflegeangebote handelt. Auch hierzu hat sich die SPD-Fraktion bereits dazu bekannt, dass

„wir stationäre Pflegeeinrichtungen, Wohngruppen, Wohngemeinschaften und Angebote der Tagesbetreuung ausbauen. Dabei legen wir einen Fokus auf den Ausbau kultursensibler Angebote. Wir stärken das Kompetenzzentrum zur interkulturellen Öffnung der Altenhilfe, Kom.Zen, verstärken Weiterbildungsangebote zur interkulturellen Kompetenz der Pflegekräfte und treten in einen aktiven Dialog mit den Anbieterinnen und Anbietern, um kultursensible Profile von Einrichtungen und Diensten zu fördern.“

„Bessere kultursensible Pflege wollen wir durch die Erweiterung des Projekts „Brückenbauer“ (geschulte Migrantinnen und Migranten vermitteln zwischen Pflegekräften, Einrichtungen, Pflegebedürftigen und deren Angehörigen) sowie interkulturelle Öffnung von Pflegeeinrichtungen, Schulung des gesamten Personals und Erhöhung des Anteils von Pflegekräften mit nicht-deutscher Muttersprache erreichen.“

⁹ https://www.spdfraktion-berlin.de/system/files/gesamtresolution_spd-fraktion_berlin_klausurtagung_2019.pdf

► **Leuchtturmprojekt: Pflegeprävention**

Gesundheitliche und Pflegeprävention betrifft jede Bürgerin und jeden Bürger und wirkt zudem sozialkompensatorisch. Wir streben den Ausbau des Aktionsprogramms Gesundheit an und wollen vorsorgende Hausbesuche einführen, Daseinsvorsorge-Standards im Rahmen ambulanter Pflege thematisieren und zu Leistungsverbesserungen kommen. Hierzu hat die Fraktion folgende Aspekte beschlossen:

„Pflegebedürftigkeit lässt sich durch präventive Maßnahmen zeitlich verzögern und abmildern. Deshalb werden wir im Berliner Aktionsprogramm Gesundheit ein neues eigenes Handlungsfeld „Prävention bei Menschen im höheren Alter mit Pflegerisiko“ aufbauen, indem wir den „Präventiven Hausbesuch“ in Berlin starten. Dieser dient der Erhaltung der Selbstständigkeit und der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit bei älteren noch selbstständigen Menschen durch eine Bestandsaufnahme und anschließende wiederholte risikoorientierte, qualifizierte, individuelle Beratung. Berlin knüpft hiermit an erfolgreiche Projekte anderer Kommunen an und hilft, das Eintreten der Pflegebedürftigkeit zu verhindern, Gesundheit zu fördern und die Autonomie der Seniorinnen und Senioren so lang wie möglich zu erhalten.“

Zu den weiteren Bereichen der urbanen Sicherheit wurden in der Kommission zwei weitere Leuchtturmprojekte erörtert, die die Erhöhung der Sicherheit im Kiez und das Vielfältige Zusammenleben in der Stadt zum Gegenstand haben.

► **Leuchtturmprojekt: Sicher sein im Kiez und ÖPNV**

Die SPD Berlin legt einen politischen Schwerpunkt darauf, die objektive Sicherheitslage in der Stadt und das subjektive Sicherheitsgefühl der Berlinerinnen und Berliner zu verbessern. Dazu wollen wir stadtweit in jedem Quartier den Einsatz von Kiezpolizist*innen ermöglichen und die Sicherheit im ÖPNV erhöhen, in dem an jedem Bahnhof Ansprechpartner*innen persönlich anzutreffen sind sowie den Ausbau der mobilen Wachen. Die Wahrnehmung über Sicherheit und Unsicherheit hängt auch davon ab, ob Parks und der öffentliche Räume sauber sind und eine gute Aufenthaltsqualität für alle bieten. Die SPD hat mit dem Aktionsprogramm Saubere Stadt und dem Pilotprojekt zur Reinigung von Parks durch die BSR erste Schritte vorangebracht. Diese Anstrengungen wollen wir weiter verstärken.

Leuchtturmprojekt: Vielfältiges Zusammenleben in der Stadt der Freiheit
Sicherheit und ein friedliches Zusammenleben kann es in der Stadt nur geben, wenn alle Berlinerinnen und Berliner am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilnehmen können. Wir wollen deshalb folgende Punkte für ein vielfältiges Zusammenleben in den Blick nehmen:

- Ausweitung der Diversity-Strategie und der Strategie der interkulturellen Öffnung in der Verwaltung und bei landeseigenen Betrieben
- Weiterentwicklung der Ausländerbehörde zu einem Landesamt für Einwanderung mit einem Leitbild für gelingende Willkommenskultur
- Erweiterung des Partizipations- und Integrationsgesetz um Neuzugewanderte, Geflüchtete und Asylsuchende
- Stärkung von MigrantInnenselbstorganisationen und Geflüchteteninitiativen, von Frauen* und LGBTIQ*-Initiativen

6. Gute Bildung und lebenslanges Lernen

Die SPD steht für eine Bildungspolitik, die kostenfreies Lernen von der Kita bis zur Hochschule mit dem Anspruch hoher Qualität mit ausreichenden Platzangeboten und sozialer Gerechtigkeit, mit integrativen und inklusiven Konzepten verbindet. Als Partei des Aufstiegs durch Bildung nehmen wir dabei sowohl die Bildungseinrichtungen Kita, Schule und Hochschule als auch die berufliche Bildung und die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens, der Weiter- und Fortbildung im Berufsleben in den Blick. Das ausgewählte und in der Kommission vertiefte Leuchtturmprojekt widmet sich dem Wandel.

► **Leuchtturmprojekt: Gründungskompetenzen an Schulen und Hochschulen stärken**

Berlin ist Start-up-Metropole. Dass das so ist, ist ein Verdienst der SPD-geführten Landesregierung, die konsequent in die Stärken unserer Stadt – Wissenschaft und Forschung – investiert hat. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, die an unseren Schulen, Berufsschulen und Hochschulen ausgebildeten Kompetenzen in unserer Stadt zu halten. Ein wichtiger Schlüssel liegt dabei in der Schaffung von Rahmenbedingungen (Infrastruktur, Förderprogramme), die Berlin als Gründungsstandort attraktiv machen und im Wettbewerb der Städte einen Vorteil verschaffen. Dazu gehört auch, dass junge Menschen schon früh Gründungskompetenzen vermittelt bekommen. In der Stärkung und dem systematischen Ausbau der Gründungskompetenzen (Entrepreneurship-Education) liegt ein zentraler Schlüssel, um den Standortvorteil Berlins bei der Gründung von jungen Unternehmen weiter auszubauen.

Berlin wird Vorreiterin bei der Förderung von Gründungskompetenzen junger Menschen und setzt mit einem dafür entwickelten Lehrkonzept als Leuchtturm bundesweit Standards. Dazu gehören insbesondere folgende Aspekte:

- Ausweitung von Schülergründungsprojekten und -wettbewerben auf alle Berliner Schulen.
- Feste Verankerung der Entrepreneurship Education in allen relevanten Studienordnungen an Universitäten und Hochschulen.
- Vermittlung von Gründungskompetenzen als fester Bestandteil in den Lehrplänen an Berufsschulen und in Ausbildungsordnungen (auch in nicht-kaufmännischen Berufen).
- Etablierung eines Entrepreneur-Schulungsangebotes für bereits ausgebildete Lehrende an Schulen, Hochschulen und Berufsschulen.
- Stärkung der Vermittlung von Entrepreneurship-Kompetenzen in der Erwachsenenbildung.
- Auch außerschulische Bildungsangebote sollen in Berlin perspektivisch für Schüler*innen kostenfrei sein; dazu gehören in erster Linie die Museen; wir setzen uns dafür ein, dass z. B. das Naturkunde- oder das Technikmuseum 100 % kostenfrei sind.

Die Kommission hat im Laufe ihrer Arbeit auch weitere bildungs- und wissenschaftspolitische Aspekte erörtert. Der Grundsatz sozialdemokratischer Bildungspolitik ist und bleibt, dass Bildung wesentlicher Kern der öffentlichen Daseinsvorsorge ist und daher flächendeckend für alle kostenfrei und in guter Qualität erbracht werden muss. Die Gebührenfreiheit senkt dabei sozio-ökonomische Hürden bei der Teilnahme an Bildungsangeboten, die hohe Qualität ermöglicht eine dem Menschen gerecht werdende Bildung und eröffnet Aufstiegsperspektiven. Bildungseinrichtungen sind dabei auch Orte gesellschaftlicher Begegnung und verstehen sich heute auch als Nachbarschafts- und Kiezzentren. Gerade Kitas, Grund- und Oberschulen sollen als Bildungseinrichtungen für die ganze Familie fungieren.

Die SPD Berlin versteht Kindertagesstätten als Bildungs- und nicht nur als Betreuungseinrichtungen. Zur Sicherung der Qualität sind eine auskömmliche Personalausstattung und die Entwicklung neuer Instrumente der Personalentwicklung vonnöten. Die Kontrolle der Qualität der Bildungsarbeit wird verpflichtendes Prinzip für alle Bildungseinrichtungen und muss mit Standards und zusätzlichen Ressourcen unterlegt sein. Angesichts der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung Berlins wird empfohlen, Anreize für die Errichtung von Verbundkitas mehrerer Start-ups zu setzen, beginnend bei den Berliner Zukunftsorten und Campussen.

► **Leuchtturmprojekt: Berliner Schulbauoffensive 2.0**

Mit der Berliner Schulbauoffensive (BSO) wurde erfolgreich die verbindliche Grundlage für die Sanierung aller Berliner Schulen sowie die schnelle Schaffung von zusätzlichen Schulraumkapazitäten in hoher pädagogischer und ökologischer Qualität geschaffen. Dabei ist die Zusammenarbeit der Bezirke untereinander sowie mit den zuständigen Senatsverwaltungen in einem funktionierenden System gesichert. Dennoch machen die voraussichtlich auf lange Sicht sehr angespannten Situation am Bau und auf dem Arbeitsmarkt sowie die komplexen Fragestellungen und Hindernissen bei der schnellen Realisierung von Bauvorhaben eine Weiterentwicklung der BSO erforderlich. Dies bedeutet, dass für die Beschleunigung und qualitative Verbesserung der BSO folgende Maßnahmen schrittweise entwickelt und umgesetzt werden:

- Für die schnelle Schaffung zusätzlicher Raumkapazitäten in den vom Schülerzahlenanstieg besonders betroffenen Bezirken entwickeln jeweiliger Bezirk und zuständige Senatsverwaltungen in einer zur Taskforce Schulbau analogen Struktur ein eigenes standortscharfes Erweiterungs- und Realisierungskonzept, das mit einem engen Controlling hinterlegt und umgesetzt wird.
- Für den Schulneubau werden HOWOGE und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen mit der Steigerung ihrer Schulneubaukapazität beauftragt. Die Taskforce Schulbau überarbeitet mit ihnen gemeinsam die Tranchen der BSO mit dem Ziel, mehr Schulneubauvorhaben gleichzeitig oder in dichterem Abfolge umzusetzen.
- Vorgeschlagen wird, zur Unterstützung und schnelleren Realisierung insbesondere der mittleren und großen Sanierungsmaßnahmen einen Eigenbetrieb Schulsanierung zu gründen, der Schulsanierungen im Auftrag der Bezirke nicht nur plant, sondern in Teilen auch mit aufzubauenden eigenen fachlichen Kompetenzen umsetzt. Dabei ist auf eine gute Mischung von eigener Bautätigkeit und Fremdvergaben zu achten. Hierzu gründet der Eigenbetrieb für eine noch festzulegende Auswahl von fachlichen Gewerken eigene Werkhöfe.

► **Leuchtturmprojekt: Moderne Methoden von Outputorientierung und Qualitätssicherung in Kita und Schule**

Die Berliner Kindertagesstätten und Schulen erhalten zukünftig den verbindlichen Auftrag, die Kontrolle und Weiterentwicklung der Qualität ihrer Bildungs- und Unterrichtsarbeit sowie deren Ergebnissicherung zum Kernbereich ihrer schulinternen Steuerung und internen Evaluation zu entwickeln. Dazu sollen sie ihre internen Qualitätssicherungs- und Evaluationskonzepte sowie ihren selbst verantworteten Mitteleinsatz auf diese Kernbereiche konzentrieren. Dabei ist unter „Ergebnissen“ nicht nur das möglichst gute Abschneiden bei Bildungsabschlüssen und Vergleichsarbeiten gemeint. Gemeint ist vielmehr auch die Erziehung der jungen Menschen zu kritisch denkenden, toleranten und zu demokratischem Handeln befähigten Erwachsenen. Das Schulbudget wird so weiterentwickelt, dass die notwendigen Ressourcen und Entscheidungskompetenzen zur Verfügung stehen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie erhält den Auftrag, einen geeigneten Apparat für Beratung, Unterstützung und Kontrolle der pädagogischen Qualitätssicherung aufzubauen.

► **Leuchtturmprojekt: Eigenverantwortliche Schule – Freiheit und Verantwortung**

Die Schulen erhalten schrittweise eine möglichst weitgehende Eigenverantwortung in der konkreten Umsetzung des Bildungsauftrages sowie die dafür erforderlichen Mittel in Form eines erweiterten Schulbudgets. Darüber hinaus werden die Schulen und die Lehrkräfte von möglichst vielen Vorgaben und Verpflichtungen entlastet. Die Aufsicht des Staates über das Schulwesen bleibt davon unberührt und wird im Gegenzug zukünftig insbesondere auch durch eine systematische und flächendeckende Überprüfung und Kontrolle der Qualität insbesondere der Unterrichts- bzw. Bildungsarbeit ergänzt, die über die Möglichkeiten der Schulinspektion hinaus geht. Diese Systematik wird auf die Bildungsarbeit der Kindertagesstätten gleich welcher Trägerschaft übertragen, da sie Teil des Bildungssystems sind.

Eine Ausweitung der Eigenverantwortlichkeit der Schule ist z. B. vorstellbar

- ▶ bei der Verwendung des Schulbudgets,
- ▶ bei der Festlegung von organisatorischen Abweichungen von der jetzigen Regelstruktur ohne die Notwendigkeit eines Schulversuchs,
- ▶ bei der Entscheidung über die Zusammensetzung der pädagogischen Teams und
- ▶ bei der Entwicklung und Umsetzung eines Qualitätssicherungskonzeptes.

▶ **Leuchtturmprojekt: Demokratische Schule stärken**

Der Auftrag der Schule, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, unsere Gesellschaft auf der Basis von Demokratie mitzugestalten, gewinnt in Zeiten erstarkenden Rechtspopulismus an Dringlichkeit und Relevanz. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus machen vor Schule nicht Halt und subtile gesellschaftspolitische Diskursverschiebungen stellen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler im Klassen- und Lehrerzimmer vor immer neue Herausforderungen. Lehrkräfte, die sich für Demokratie und gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren, stehen - wie z.B. im Falle von Meldeportalen – vermehrt unter Druck und benötigen auch daher verstärkte Rückendeckung von Politik und Gesellschaft.

Wir wollen daher die Schule als Ort der Demokratiebildung weiter stärken! Mit der Verankerung der Demokratiebildung als Querschnittsthema im Rahmenlehrplan, der Einführung des Fachs „Politische Bildung“, durch den Ausbau demokratischer Mitwirkung durch Schüler- und Elternschaft und nicht zuletzt durch eine verstärkte Arbeit gegen Diskriminierung hat Berlin bereits wichtige Schritte für eine Stärkung einer demokratischen Schule unternommen. Aufbauend darauf sollten Schulen unterstützt werden, ihre demokratische Schulkultur kontinuierlich weiter zu entwickeln. Berliner Lehrer- und Schülerschaften sollten dazu Unterstützungsangebote erhalten. Eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung antidemokratischer Einstellung spielen zudem flächendeckende Trainingsangebote zu Ursachen und Erscheinungsformen antidemokratischer Einstellungen und zu pädagogischen Handlungsansätzen, rechten Parolen entgegen zu treten. Der Schulung interkultureller Kompetenz kommt dabei insbesondere in der vielfältigen Stadtgesellschaft Berlins eine wichtige Rolle zu.

Weiterhin sollen Schulen ermutigt werden, sich auch über den Politikunterricht hinaus aktueller gesellschaftspolitischer Themen anzunehmen. Schülerinnen und Schüler lernen Grundprinzipien unserer demokratischen Gesellschaft dann am besten, wenn sie miterleben, wie gesellschaftspolitische Herausforderungen gemeinsam gestaltet werden. Wir wollen Berliner Schulen daher darin unterstützen, Schule weiter zu öffnen und Gelegenheiten zur Entwicklung politischer Urteilsfähigkeit zu ermöglichen – zum Beispiel durch Projektarbeit im Kiez oder durch Partnerschaften und Dialoge mit Akteuren der Berliner Stadtgesellschaft. Denkbar wäre auch ein zur Verfügung gestelltes Budget an Unterrichtszeit und/oder Geld, welches die Schulen für außerschulische gesellschaftspolitische Projekte nutzen können.

▶ **Leuchtturmprojekt: Kostenfreie Bildung für alle**

Die SPD Berlin setzt sich seit vielen Jahren für die Gebührenfreiheit bei den staatlichen Bildungsinstitutionen ein. Ziel ist dabei die möglichst umfassende Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche sowie die Unterstützung des lebenslangen Lernens im Erwachsenenalter. Auf unser Bestreben hin sind zum Beispiel der Besuch von Kindertagesstätten, das Schulmittagessen und die BVG-Beförderung der Schulkinder kostenfrei geworden. Dieses Konzept der Beitrags- und Gebührenfreiheit wird die SPD Berlin auch in Zukunft konsequent weiter verfolgen. Es schließt auch die schrittweise Vereinfachung des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung ein. Schrittweise wollen wir die Kostenfreiheit bei allen Bildungseinrichtungen durchsetzen. Dies kann zum Beispiel betreffen: die Eintrittskosten für den Besuch der staatlichen Museen oder die Kostenbeitragsfreiheit von Fort- und Weiterbildungsangeboten (Musikschule, VHS etc.).

► Leuchtturmprojekt: London-Challenge

Städte wie Hamburg oder London zeigen, dass man innerhalb weniger Jahre einen Sprung in der Schulentwicklung machen kann. Die London Challenge lehrt uns, was die Schlüsselfaktoren des erfolgreichen Wandels sind: Eine klare Vision, gute Führung, Datenorientierung und Vernetzung unter Gleichgesinnten. Für Berlin wurde mit der Qualitätsoffensive ein wichtiger Schritt gemacht: datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung und konkrete Ziele festgehalten in Schulverträgen werden zum Standard für alle Berliner Schulen erhoben. Wir wollen jedoch weiter gehen und unserer Vision „Beste Schulen in schwieriger Lage“ gerecht werden, damit gerade diese Schulen zu Motoren der Qualitätsentwicklung werden. Ausgewählte Verbünde von Schulen in sozial besonders benachteiligten Kiezen bekommen dazu in Analogie zum Bonusprogramm besonders viele Ressourcen, die sie für klar definierte Ziele der Schulentwicklung einsetzen sollen, um Transformationsprozesse anzustoßen – erst im eigenen Kollegium, dann in Verbänden und zum Schluss in der ganzen Stadt. Berlin challenge – Berlin nimmt die Herausforderung an.

Die Qualitätsoffensive ist auch ein wesentlicher Bestandteil der Weiterentwicklung der Berliner **Schullandschaft**. Die Ausweitung des vorhandenen Unterstützungssystems insbesondere in Bezug auf die Unterrichtsqualität ist dabei ebenso wichtig wie die Einführung eines Systems zur Überprüfung der Unterrichtsqualität, das über die Schulinspektion hinausgeht.

Die SPD Berlin steht zum Modell der Gemeinschaftsschule, das sich in den vergangenen Jahren bereits als Erfolgsmodell bewiesen hat. Sie ermöglichen gemeinsames Lernen mit entsprechenden pädagogischen Konzepten. Die SPD Berlin gibt öffentlichen Schulen Vorrang vor den privaten Initiativen.

Damit sich unsere Schulen weiter gut entwickeln, braucht es moderne Standorte, gut qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal und die Eigeninitiative und -verantwortung der jeweiligen Schulgemeinschaft. Mit der Berliner Schulbauoffensive werden die Schulgebäude ertüchtigt und benötigte neue Standorte geschaffen. Zur Personalgewinnung prüft die SPD derzeit die Einführung einer Option auf Verbeamtung, auch um im Wettbewerb der Bundesländer bestehen zu können. Empfohlen wird außerdem die Einführung einer zentralen Steuerung bei der Lehrkräfteverteilung. Um eine möglichst große Ausweitung der schulischen Eigenverantwortung und Selbstverwaltung zu erreichen, ist die Einführung eines auskömmlichen Schulbudgets zur Realisierung individuell notwendiger Maßnahmen ein geeignetes Mittel. Wir werben außerdem für eine feste Verankerung des unternehmerischen Lernens in Schullehrplänen und Studienordnungen und begrüßen den Ausbau von Schülergründungsprojekten und -wettbewerben sowie die Vernetzung von Schulen mit Best-Practice-Wissen erfolgreicher Start-ups.

Die **Berliner Wissenschafts- und Hochschullandschaft** eilt von einer Erfolgsmeldung zur nächsten. Das Abschneiden bei der Exzellenz-Initiative, die Entwicklung am Naturkundemuseum und die Erfolge von wirtschaftsnaher und innovativer Forschungslandschaft zeugen davon. Zudem stellen die Berliner Hochschulen für über 190.000 Studierende Bedingungen für gute Lehre bereit. Insbesondere in der Humboldt-Stadt Berlin muss mit exzellenter Forschung auch eine exzellente Lehre einhergehen. Dafür werden wir eine Berliner Qualitätsoffensive Lehre ins Leben rufen. Im Sinne des obigen Leuchtturmprojekts ist in der Kommission auch diskutiert worden, wie die Stärkung und Verstetigung der Ausgründungsaktivitäten der Universitäten und Hochschulen durch nachhaltige Finanzierungsstrukturen und die Ausweitung der Wagniskapitalfinanzierung erfolgen kann. Dazu wird auch die Förderung von Forschungs- und Promotionsprojekten über gezielte Entrepreneur-Stipendien vorgeschlagen. Dies bietet für Hochschulabsolvent*innen attraktive Möglichkeiten, sich über eine Selbstständigkeit eine langfristige Perspektive in Berlin aufzubauen.

In Zeiten von Digitalisierung, demografischem Wandel und Fachkräftemangel erhält das lebenslange Lernen eine immer höhere Bedeutung. Unsere öffentlichen Weiterbildungsstrukturen, wie die Berliner Volkshochschulen, müssen ertüchtigt werden, um den Teilhabeanspruch der Menschen zu sichern und zugleich den gestiegenen qualitativen Anforderungen sowie der höheren Veränderungsdynamik der wirtschaftlichen Entwicklung gerecht zu werden. Die Servicestelle für unsere Volkshochschulen

war nur ein erster Schritt. Mit einem Berliner Weiterbildungsgesetz wollen wir die rechtliche Grundlage dafür schaffen, dass Weiterbildungsangebote und -strukturen ausgebaut, dezentrale Einrichtungen gesichert und für alle Nutzerinnen und Nutzer Verlässlichkeit und Planungssicherheit hergestellt werden. Formuliert Bildungsziele sollen Maßstab für Qualität, Ausrichtung und Förderung der Bildungsangebote werden. Auch tarifgebundene, gute Arbeit für Dozentinnen und Dozenten ist hier zu verankern. Für die arbeitnehmerähnlich Beschäftigten der Berliner Volkshochschulen ist endlich ein Tarifvertrag abzuschließen.

Auch die **Betriebliche Ausbildung und lebenslanges Lernen**, z. B. durch Umschulungen, flankiert das vorgeschlagene Leuchtturmprojekt und setzt auf die Stärkung von Entrepreneurship und Gründergeist – auch um der Digitalisierung in der Arbeitswelt gerecht zu werden. Die SPD Berlin steht dabei klar für die Profilierung und Ausweitung von Förderprogrammen mit Fokus auf gründungswillige Frauen. Befürwortet wird die Entwicklung einer spartenübergreifenden Online-Plattform und eines Gründerinnenzentrums in Kooperation mit der IHK. Im Business Welcome-Center der IHK wird dem Thema Gründerinnenförderung ein besonderer Augenmerk zugemessen.

Wir wollen außerdem Gründerpatenschaften aus der Wirtschaft für Migrantinnen und Migranten etablieren. Nötig sind auch Beschleunigungen bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen und die Stärkung der Aktivitäten von BerlinPartner in internationalen Netzwerken bei der Anwerbung von ausländischen Gründerinnen und Gründern. Die Vermittlung von Gründungskompetenzen ist auch fester Bestandteil betrieblicher Ausbildungen und soll in den Lehrplänen von Berufsschulen und in den Ausbildungsordnungen Berücksichtigung finden.

7. Gute Arbeit und Tariftreue

Die SPD ist und bleibt die Partei, die sich für die Stärkung und den Schutz der abhängig Beschäftigten einsetzt. Wir stehen dafür, dass Arbeit zu guten Bedingungen und guter Entlohnung erbracht wird und die Voraussetzungen dafür schafft, auch im Alter selbstbestimmt und ohne Bedarf an ergänzenden Sozialleistungen leben zu können. Die Globalisierung und vor allem die Digitalisierung verändern die Arbeitswelt. Berufsbilder fallen weg, neue kommen hinzu, das Arbeitsleben wird flexibler und weniger strukturiert. Hinzu kommen erwünschte Veränderungen wie die höheren Ansprüche an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Kommission hat zwei Leuchtturmprojekte intensiv diskutiert, die Akzente in den Bereichen der Tarifbindung und der Förderung guter Arbeit auch in moderneren Beschäftigungsformen bei Gründungen und Start-ups setzen.

► Leuchtturmprojekt: Tarifbindungsklausel für Mietverträge bei öffentlichen Gebäuden

Zur Stärkung der Tarifbindung im privaten Sektor wird vorgeschlagen, die Einflussmöglichkeiten der öffentlichen Hand stärker zu nutzen. Dazu sollen öffentliche Gebäude nur denjenigen Unternehmen als Mieter*innen überlassen werden, die sich schriftlich verpflichten, ihren ArbeitnehmerInnen mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen des entsprechenden Branchentarifvertrags zu gewähren. Neue Mietverträge für öffentliche Gebäude sollen künftig eine Klausel zur Tariftreuepflicht enthalten. Diese Vorschläge sind vom Landesparteitag auf Antrag der AfA¹⁰ bereits angenommen worden und würden einen konkreten Beitrag dazu leisten, durch Steuerungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand die Tarifbindung privater Unternehmen zu erhöhen. Gleiches gilt auch für die Berücksichtigung von Tariftreue-regelungen bei der Mittelvergabe an öffentliche und private Unternehmen und die vorgesehene Stärkung der Tariftreue-Regelung im Vergabegesetz.

¹⁰ Siehe Beschluss auf Antrag 38/1/2019 „Gute Arbeit durch die Ausweitung der Tarifbindung: Vermietung von öffentlichen Gebäuden nur mit Tariftreue-Klausel!“

► Leuchtturmprojekt: Wirtschafts- und Start-up-Förderung nur mit guter Arbeit

Gründungen und Start-ups spielen eine zunehmend große Rolle in der Wirtschaftslandschaft Berlins und damit auch für die dort Beschäftigten. Um auch hier den Einfluss der öffentlichen Hand auf die Stärkung des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geltend zu machen, wird vorgeschlagen, Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und insbesondere der Förderung von Gründungen und Start-ups an die Einhaltung der Kriterien guter Arbeit zu koppeln. Künftig soll es weder direkte noch indirekte Förderung für Unternehmen ohne Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung geben. Im Gegenzug wäre zu prüfen, wie Start-ups gezielt gefördert werden können, etwa durch Ausnahmen beim Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz, die eine Entlastung von bürokratischen Hürden ermöglichen. Hinzu kommen die in den Kapiteln zu Bildung und Stadtentwicklung und Wohnen unterbreiteten Vorschläge zu Umschulungen im Sinne des lebenslangen Lernens und zur Schaffung von Gewerbeflächen für Start-ups, insbesondere auch in den Außenbezirken.

Die Herausforderungen der Digitalisierung machen es erforderlich, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur die Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung zeigen, sondern auch ein verlässliches Recht auf Umschulung unter gleichzeitiger Wahrung ihrer Existenzgrundlage erhalten. Die Kommission hat deshalb Ansätze diskutiert, wie Beschäftigten eine Garantie auf Weiter- oder Umqualifizierung ermöglicht werden kann, die zugleich Anreize setzt, sich künftig in Mangelberufe zu orientieren. Hierzu sind die Schaffung von Netzwerken und Gewinnung von Kooperationspartnern wie Bildungseinrichtungen und Unternehmen ebenso wichtig wie eine aktive und gezielte Ansprache von Berufsgruppen, die besonders von der Digitalisierung betroffen oder sogar gefährdet sind.

Eine herausgehobene Rolle spielt das Berliner Modellprojekt des Solidarischen Grundeinkommens. Wie die Analyse der oben vorgestellten Studie „Politik in Berlin“ zeigt, ist das Solidarische Grundeinkommen nicht nur weithin bekannt (2018: 70 % der Befragten kennen den Vorschlag), sondern auch mit großer Zustimmung von zwei Dritteln der Befragten bedacht. Das Solidarische Grundeinkommen wird dabei zurecht als Anfang einer Alternative zu Hartz IV gesehen, weil es gezielt am Übergang von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II ansetzt und damit versucht, Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern, bevor sie entsteht oder sich sogar verfestigt. Es trägt damit dem Ansatz Rechnung, auch Menschen, die bisher nicht langzeitarbeitslos sind, die Sicherheit zu geben, dass ihnen kein „Absturz“ in die Grundversicherung droht, sondern ihnen vorher ein freiwilliges, fair entlohntes und gesellschaftlich sinnvolles Beschäftigungsangebot unterbreitet wird. Die SPD Berlin hat damit ein Instrument geschaffen, die Logik der Hartz-Gesetzgebung nicht nur weiter zu kritisieren, sondern durch konstruktive Änderungen zu überwinden. Nach erfolgreichem Abschluss dieser Testphase, sollte das Projekt bundesweit etabliert werden.

Neben diesen Leuchtturmprojekten sind in der Kommission weitere relevante Aspekte diskutiert worden, die hier nicht ausführlicher dargestellt werden sollen; darunter die Anpassung des bundesweiten und des Vergabemindestlohns auf ein altersarmutsfestes Niveau, die Abschaffung sachgrundloser Befristung im Einflussbereich des Landes Berlin, die Rückführung ausgegliederter Tochterunternehmen (Beispiel Charité CFM) und die Sicherstellung von Branchen- und Flächentarifverträgen für Landesunternehmen, ihre Tochterunternehmen und Unternehmen mit Landesbeteiligung.¹¹ Berücksichtigt wurden auch Vorschläge, durch gezielte Programme genossenschaftliches Unternehmertum zu stärken und Modelle des gemeinwohlorientierten Wirtschaftens stärker voranzubringen.

Weiterhin wurden die Besserstellung von selbständigen Dozent*innen an Volkshochschulen und Musikschulen im TV-L, eine mögliche Progression von Honoraren für langjährig Tätige und die Entfristung von Arbeitsverträgen angesprochen. Zudem steht die SPD Berlin dafür, die Einkommenssituation von Kunstschaffenden zu verbessern und durch Anpassung der Künstlersozialversicherung die Absicherung von Kunst- und Kulturschaffenden im Alter oder bei Erwerbsminderung voranzubringen. Berlin ist bereits jetzt Vorreiter bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle für Künstlerinnen und Künstler und will auch künftig kulturelles Unternehmertum fördern.

¹¹ Siehe hierzu auch den Beschluss 28.1/II/2018 „Strategische Entscheidung für mehr Gerechtigkeit: Einkommen erhöhen und Berlinerinnen und Berliner entlasten“

8. Stadtentwicklung und Wohnen

Zum Handlungsfeld Stadtentwicklung und Wohnen wurden sowohl die Schaffung bezahlbaren Wohnraums als auch eine soziale und ökologische Stadtentwicklung diskutiert. Die Kommission schlägt zunächst zwei Leuchtturmprojekte vor, die konkret zum Neubau zusätzlicher bezahlbarer Wohnungen beitragen. Daran anschließend werden weitere stadtentwicklungspolitische Aspekte zusammengefasst.

► **Leuchtturmprojekt: Internationale Bauausstellung (IBA) für bezahlbares Wohnen**

Ziel des Leuchtturmprojekts ist es, durch eine Internationale Bauausstellung einen neuen Impuls für zusätzlichen Wohnungsbau zu setzen und dabei den Fokus auf sozialen und bezahlbaren Neubau zu legen. Eine IBA bietet einen geeigneten Anlass, die Kooperation mit Stadtplaner*innen und Architekt*innen zu stärken und gezielt die Entwicklung neuer Konzepte für den Wohnungsbau in wachsenden Metropolen zu thematisieren. Dadurch erhöht sich nicht nur die Aufmerksamkeit für den Bedarf an zusätzlichem Wohnraum, sondern es wird zugleich auch ein Fokus auf innovative und soziale Aspekte gelegt, zu denen sich Berlin insbesondere mit anderen wachsenden Metropolen aus anderen Ländern austauschen kann.

► **Leuchtturmprojekt: Genossenschaftscluster**

Auch dieses Leuchtturmprojekt nimmt die Schaffung von langfristig bezahlbarem Wohnraum als Beitrag zur Entlastung des Wohnungsmarktes und der Mieterinnen und Mieter in den Blick. Neben den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften kommt dabei den Wohnungsgenossenschaften eine steigende Bedeutung als Partner in der Stadt zu. Gerade sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik setzt deshalb auf die Kooperation mit den Genossenschaften und versucht, möglichst viele Genossenschaften zu unterstützen und zu vernetzen.

Ausgangspunkt des Leuchtturmprojekts ist deshalb die Entwicklung einer symbolträchtigen Fläche in enger Kooperation mit möglichst vielen Genossenschaften als Modellvorhaben für sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau. Als mögliche Standorte dafür wurden Tegel, die Elisabeth-Aue, Teile des Blankenburger Südens oder auch der Rand des Tempelhofer Feldes vorgeschlagen. Als Beispiel wurde auf die Entwicklung der Seestadt Aspern in Wien eingegangen, einem auf 20 Jahre angelegten Stadtentwicklungsprojekt zur Schaffung eines neuen Stadtteils für etwa 20.000 Menschen.

Neben diesem Leuchtturmprojekt wurden in der Kommission weitere Aspekte der Stärkung und Unterstützung **genossenschaftlichen Wohnungsbaus** diskutiert, darunter die Überlassung von Baugrundstücke der Landesunternehmen, die wegen begrenzter Kapazitäten erst nach 2023 geplant werden könnten. Außerdem wurden Ausnahmeregelung wie der Verkauf von Flächen statt der Vergabe in Erbpacht vorgeschlagen, wobei dann sicherzustellen ist, dass diese Ausnahmen nur für Genossenschaften infrage kommen, die nicht privatisiert werden können. Auch die gezielte Direktvergabe von Grundstücken an ortsansässige Genossenschaften und eine direkte finanzielle Förderung von Non-Profit-Wohnungsbauträgern wurde diskutiert. Außerdem wird die Einrichtung einer/eines Landesbeauftragten für Genossenschaften und gemeinnütziges Wohnen angeregt, um die frühzeitige Interessenvertretung in Planungsprozessen und den Austausch zwischen dem Land sowie bestehenden oder neu zu gründenden Genossenschaften sicherzustellen.

Angesichts der Bedeutung, die der Situation auf dem Wohnungsmarkt ausweislich der oben vorgestellten Befragung zukommt, wurden **alle drei Säulen der Strategie aus Bauen, Kaufen und Deckeln** vertiefter diskutiert. Zum Wohnungsbau wurde ergänzend vorgeschlagen, die Kooperation mit Brandenburg zu vertiefen und in einer Wohnungsbauinitiative für das Umland die Entwicklung von Wohnquartieren zu verabreden. Zur dafür nötigen Verbesserung der verkehrlichen Erschließung werden im Mobilitätskapitel weitere Vorschläge unterbreitet. Auch zur Beschleunigung des Wohnungs-

baus wurden Vorschläge erarbeitet, um Konzeptverfahren zu vereinfachen. Bebauungsplanverfahren werden weiter beschleunigt. Mit Blick auf studentisches Wohnen wird die Rolle des Studierendenwerks und der landeseigenen Wohnungsgesellschaften hervorgehoben.

Zur Baulandaktivierung und mit Blick auf die weiter vorantreibende Innenverdichtung hat sich die Kommission mit der **Boden- und Eigentumspolitik** auseinandergesetzt. Es wird vorgeschlagen, die Ankaufspolitik fortzusetzen, um einerseits Mieterinnen und Mieter zu schützen und andererseits gezielt und strategisch Wohnungsbestände in öffentliches Eigentum zu überführen. Angesprochen wurde, einen revolvierenden Berliner Bodenfonds zu gründen oder das Sondervermögen für Daseinsvorsorge (SODA) revolvierend zu gestalten und für die Ankaufspolitik zu öffnen sowie zur Ausübung von Vorkaufsrechten zu nutzen. Zur Absicherung der in Landeseigentum vorhandenen Bestände wird eine Privatisierungsbremse in der Landeshaushaltsordnung und der Landesverfassung oder ein Vermögenserhaltungsgesetz angeregt. Zur Vergabe von Flächen in Erbpacht wurde vorgebracht, die Wertermittlung anhand des Residualwertverfahrens vorzunehmen.

Neben dem Neubau von Wohnungen und gezielter Ankäufe kommt auch der **Regulierung und Kontrolle auf dem Mietmarkt** eine große Bedeutung zu. Die SPD Berlin hat hierzu mit dem Mietendeckel den Vorschlag für ein weitreichendes Berliner Mietengesetz gemacht, der auch in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Ausweislich einer Forsa-Umfrage von Juli 2019 im Auftrag der „Berliner Zeitung“ sind 77 Prozent der befragten Berliner der Ansicht, dass die bisherigen gesetzlichen Regelungen nicht ausreichend seien und verschärft werden sollten.¹² Den konkreten Vorschlag der SPD für einen Mietendeckel befürworteten nach Beschluss der Eckpunkte durch den Senat 60 % der Befragten. Lediglich 34 % lehnen ihn ab. Neben der Initiative für den Mietendeckel wurde auch eine Informationskampagne angeregt, mit der in den Bürgerämtern gezielt auf die Rechte aus der Mietpreisbremse hingewiesen werden soll. Zudem wurde diskutiert, wie durch Bußgelder verhindert werden kann, dass Vermieterinnen und Vermieter die Offenlegung der Vormiete verweigern.

► **Leuchtturmprojekt: Gewerbemieten**

Neben dem Wohnungsmarkt kommt auch der Sicherung bezahlbarer Gewerbeflächen eine große Bedeutung zu. Wer in Berlin wohnt, soll hier auch Arbeit finden. Angesichts der zunehmenden Flächenkonkurrenz wird vorgeschlagen, zunächst eine digitale Erfassung und Bestandspflege aller Gewerbeflächen vorzunehmen und durch die Zusammenführung vorhandener Gewerbekataster einen Überblick zu gewinnen. Auf dieser Grundlage soll die Sicherung von Flächen für Gründerzentren und innovative Unternehmen – wo möglich, in B-Plänen und städtebaulichen Verträgen – erfolgen. Für den Fall leerstehender Gewerbeimmobilien wird eine Erweiterung der Regularien zur Wahrnehmung von Vorkaufsrechten angeregt. Um Flächenangebot und –nachfrage besser zusammenzubringen, wird die Einrichtung von darauf spezialisierten matching-Plattformen befürwortet.

Die Berliner Zukunftsorte und verschiedenen Campusse mit innovativem und wissenschaftsnahem Gewerbe sind Ausdruck der Zukunftsfähigkeit der Berliner Wirtschaft. Es wird vorgeschlagen, die Inkubatoren und Acceleratoren ebenso wie vorhandene Co-Working-Spaces digitalisiert zu erfassen und die vorhandenen Kooperationsnetzwerke zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung weiter zu stärken. Ergänzend wird angeregt, eine Start-up-Map von Berlin zu erarbeiten.¹³ Für die Erschließung weiterer Zukunftsorte kann analog zum Wohnungsbau auch eine vertiefte Kooperation mit Brandenburg neue Optionen bringen.

¹² Quelle: <https://www.berliner-kurier.de/berlin/kiez---stadt/exklusive-umfrage-mietendeckel---berliner-finden-s-gut--aber----32926304>

¹³ Hierzu wird auch auf das bereits vorhandene Angebot „Wirtschaftsatlas“ verwiesen: <https://www.businesslocationcenter.de/wab/maps/main/#/legend>

► **Leuchtturmprojekt: Gewerbemietpreisbremse**

Zur Stärkung insbesondere auch kleiner und mittelständischer Gewerbebetriebe in Berlin wird eine Systematisierung und strategische Bündelung der verschiedenen Förderprogramme angeregt. Nachdrücklich unterstützt wird die Initiative der SPD Berlin, im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf die Einrichtung einer Gewerbemietpreisbremse zu drängen.

Voraussetzung für die Ansiedelung weiterer Start-ups ist die Sicherung von Flächenpotentialen – ausdrücklich auch in den Außenbezirken. Diskutiert wurden in der Kommission auch kreative Lösungen wie die Bereitstellung von Räumen für Start-ups in öffentlichen Gebäuden außerhalb der Öffnungszeiten oder private Raumnutzungskonzepte in Kombination von Wohn- und gewerblicher Nutzung. Dabei sollen nicht nur profitorientierte Start-ups, sondern auch gemeinwohlorientierte lokale Wirtschaftsstrukturen und kooperative Systeme in den Bezirken gestärkt werden. Sharing-Economy wie Lastenräder oder Stadtteilautos, Gemeinwohlwirtschaft und Selbsthilfe-Angebote, Repair-Cafes, Tauschringe oder soziale Kaufhäuser sind wichtige Angebote für die Berlinerinnen und Berliner und sollen unterstützt werden.

9. Mobilität und ÖPNV

Die Berliner SPD treibt die Mobilitätswende als einen zentralen Baustein einer nachhaltigen Stadtentwicklung voran. Wir sichern so Zugang und Teilhabe für alle Berlinerinnen und Berliner und stellen zudem in Zeiten des Klimawandels auch aus ökologischer Sicht die richtigen Weichen. Allerdings zeigte die eingangs dargestellte Befragung zur Kompetenzzuschreibung zum Thema „Verkehr und Infrastruktur verbessern“ – CDU vorne (18 %), gefolgt von SPD (13 %) und Grünen (12 %) -, dass es nötig ist, in der von Rot-Rot-Grün angeschobenen Mobilitätswende für Berlin das sozialdemokratische Profil noch stärker zu betonen. Die Kommission hat sich bei der Auswahl eines Leuchtturmprojekts deshalb auf Aspekte des öffentlichen Personennahverkehrs konzentriert, zugleich aber die Verknüpfung zu anderen Verkehrsarten besonders beleuchtet.

► **Leuchtturmprojekt: Nachhaltige Mobilität für alle**

Der öffentliche Verkehr, als Teil der staatlichen Daseinsversorgung, muss eine Mobilität anbieten, die sozial-gerecht und sozial-ökologisch ist. Für die zukunftsorientierte Gestaltung bedarf es eines besseren Zugangs zu allen Mobilitätsdiensten. Dazu soll an öffentlichen Plätzen über die Verfügbarkeit von Mobilitätsangeboten auf Monitoren informiert werden. Den Bürgerinnen und Bürgern wird auf diese Weise ein ganz konkret für sie nützlicher Service geboten, der zugleich verdeutlicht, dass ein moderner und vielfältiger Mobilitätsmix zur Verfügung steht. Die Information über Abfahrtszeiten oder entstandene Verspätungen des ÖPNV machen diesen attraktiver und planbarer, ergänzende Hinweise auf geeignete Fußwege, zur Verfügung stehende Sharing-Dienste, Mitfahrgelegenheiten oder Wartezeiten von Taxi-Diensten können zusätzliche Orientierung geben. Informationen über die Verkehrslage können zusätzlich dazu beitragen, Verkehre zu lenken und Staus oder Überlastungen zu reduzieren.

► **Leuchtturmprojekt: 365-Euro-Ticket**

Die SPD Berlin steht bereits dafür, durch konkretes Regierungshandeln die Abonnement-Kunden im VBB deutlich zu entlasten (siehe Vergünstigungen beim Berlin-Ticket S oder die Kostenfreiheit des Schülertickets) und damit den ÖPNV auch für Umsteiger*innen von anderen Verkehrsträgern attraktiver zu machen. Mit der deutlichen Vergünstigung des Firmentickets kann inzwischen ein Preis für das Jahresabonnement von 452 Euro erreicht werden, was einen bereits in die Praxis umgesetzten, großen Schritt bei der sukzessiven Annäherung an ein 365-Euro-Ticket bedeutet.

Parallel zur finanziellen Entlastung durch Verbilligung der Abo-Preise muss auch die **Infrastruktur und Qualität des ÖPNV** mit Blick auf das Streckennetz und die Taktung kontinuierlich verbessert werden. Dazu werden Netzergänzungen in Abhängigkeit von der Siedlungsentwicklung (Wohnquartiere ohne ÖPNV-Anbindung erhöhen den Individualverkehr) und der Ausbau der Schieneninfrastruktur bei U-Bahn und S-Bahn (darunter konkrete Projekte wie die Fertigstellung der S21, die Gleichstrom-S-Bahn von Spandau bis Finkenkrug oder die Umsetzung des Projektes i2030) vorgeschlagen. Mit Blick auf die Takte soll eine möglichst starke Nachfrageorientierung erfolgen. Es wird zudem der konsequente Ausbau des Straßenbahnnetzes empfohlen, der Vorrang vor dem Busverkehr bekommen soll. Für letzteren wird die Einrichtung von 24-Stunden-Busspuren in ganz Berlin mit einer „intelligenten“ Festlegung von Ladezonen vorgeschlagen. Für Sharing-Modelle wie den BerlKönig wird Wert darauf gelegt, die Angebote insbesondere außerhalb der Innenstadt vorzuhalten. Es ist zu begrüßen, dass zur Umsetzung von Ausbau und Qualitätsverbesserung bereits eine langfristige Absicherung der ÖPNV-Finanzierung im Berliner Landeshaushalt vorgenommen wurde. Deutlich beschleunigt werden sollte die Herstellung der Barrierefreiheit bei allen Angeboten im ÖPNV.

Mit Blick auf den Fernverkehr wird empfohlen, sich für die Abschaffung des Mehrwertsteuerunterschieds zwischen Personennah- und Fernverkehr einzusetzen und auf eine Abschaffung der EEG-Umlage für den Schienenverkehr zu drängen. Die grenzüberschreitenden Verkehre im Rahmen der „Oder-Partnerschaft“ sollen weiter ausgebaut werden.

Angesichts der Bedeutung der Verkehrsplanung in der politischen Debatte in der Stadt wird befürwortet, die **BürgerInnenbeteiligung** zu verbessern. Die Professionalität der Beteiligungsformate soll erhöht und die Verfahren durch eine zielorientierte Prozessplanung beschleunigt werden. Durch zügigere Beteiligungsverfahren und eine ausführliche Dokumentation derselben wird es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtert, ihre Beiträge nachzuverfolgen.

Mit Blick auf den Individualverkehr werden im Bereich der **vernetzten Mobilität** große Potentiale zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs gesehen. Ergänzend zum Umstieg auf den ÖPNV können durch höhere Auslastung der Fahrzeuge (Car-Pool-Projekte, Mitfahrgelegenheiten), Mobilitätsmanagement in Unternehmen und im öffentlichen Sektor und durch Mobilitätsberatung Autofahrten vermieden werden. Für optimale Mobilitätsketten durch eine systemübergreifende Vernetzung sollen Knotenpunkte („Mobilitäts-Hubs“) für inter- bzw. multimodale Mobilität (Bike-Sharing, Car-Sharing, ÖPNV) eingerichtet werden, wobei auch hier zu prüfen ist, wie Sharing-Anbieter verpflichtet werden können, ihr Angebot auf die Außenbezirke auszudehnen. Diskutiert wurde auch die Einsetzung eines „Beauftragte für Verkehrsvermeidung“ und zusätzliche Ansätze, um den Güterverkehr auf die Schiene zu lenken.

Angesichts der insgesamt zunehmenden Verkehrszahlen und der Begrenztheit des öffentlichen Straßenraums hat die Verbesserung der **Verkehrssicherheit** hohe Priorität. Die SPD Berlin bekennt sich zur „Vision Zero“ und sollte prüfen, wie durch konsequente Rechtsanwendung und Verschärfung des Bußgeldkatalogs (nach dem Vorbild Schwedens oder der Schweiz) rücksichtsloses Verhalten minimiert werden kann. Durch ein mit Verkehrspsycholog*innen abgestimmtes Programm können bauliche und verkehrslenkende Vorkehrungen erarbeitet werden. Auch die konsequente Umverteilung des öffentlichen Raumes im Sinne des Mobilitätsgesetzes und die Schaffung von sicheren Geh- und Radwegen sowie verkehrsberuhigten Räumen spielen hier eine wichtige Rolle.

Die SPD Berlin steht zu dem klimapolitisch wie verkehrspolitisch alternativlosen Vorrang für den Umweltverbund (ÖPNV, Rad, Fuß). Alle drei Bestandteile müssen dringend ausgebaut werden, um dem wachsenden Mobilitätsbedarf der Stadtgesellschaft gerecht zu werden.

Die Umsetzung der im Mobilitätsgesetz vorgesehenen, sichereren Radwegeverbindungen muss beschleunigt werden. Hinzu kommt die Schaffung attraktiver Radabstellanlagen (z.B. sichere abschließbare Anlagen für Pendler*innen mit hochwertigeren Rädern/E-Bikes), insbesondere auch für den Umstieg auf den ÖPNV. Stehen Radfahrenden sichere und gut instandgehaltene Radwege zur Verfügung, soll die Trennung von Fuß- und Radverkehr verstärkt und rücksichtsloses Radfahren auf

Fußwegen konsequenter geahndet werden. Durch Verkehrsberuhigung und die Stärkung des Umweltverbunds leistet Berlin auch einen wichtigen Schritt in Richtung klimafreundliche Stadt. Die spürbare Senkung der Belastungen durch CO₂- und Lärmemissionen leistet in Zukunft zudem einen wichtigen Beitrag zum Gesundheitsschutz der Berlinerinnen und Berliner. Vorgeschlagen wurden Modellprojekte wie das „Autofreie Wohngebiet“ und die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung auch in den Außenbezirken. Dadurch kann es auch gelingen, öffentliche Plätze durch gestiegene Aufenthaltsqualität aufzuwerten. Mit Blick auf die Bundespolitik wird empfohlen, die LKW-Maut auf die gesamte Fahrstrecke in Deutschland sowie auf Fahrzeuge von weniger als 12,5 Tonnen auszuweiten und eine zweckgebundene Verteilung des Aufkommens auf die Baulastträger (Bund, Länder und Kommunen) nach Anteil an den Betriebs- und Unterhaltungslasten einzurichten.

Die Kommission vertritt die Einschätzung, dass die SPD Berlin mit ihrer Schwerpunktsetzung bereits eine moderne und sozial-ökologische Verkehrspolitik vertritt, die zugleich weniger auf Zwang als auf ein attraktives Angebot setzt. Es wird deshalb dazu geraten, Mobilitäts- und Verkehrsprobleme verstärkt aufzugreifen und zu mobilitäts- und verkehrspolitischen Belangen verstärkt die Initiative zu ergreifen.

10. Kultur

Die Attraktivität der Stadt für die Berlinerinnen und Berliner und ihre Anziehungskraft auf Gäste aus dem In- und Ausland ist eng verbunden mit der einzigartigen Kulturlandschaft. Die Kreativbranche ist zudem ein wichtiger Wirtschaftszweig unserer Stadt. Die SPD Berlin hat sich stets dafür stark gemacht, die Vielfalt von Kunst und Kultur zu fördern und Kunstschaffende zu fördern und zu unterstützen. Das in der Beratung der Kommission vertiefte Leuchtturmprojekt soll einen konkreten Beitrag dazu leisten, die Teilhabe an den einzigartigen Kunst- und Kulturangeboten der Stadt zu verbessern.

► Leuchtturmprojekt: Berlin wird Modellstadt für KulturInklusiv

Ein wesentliches Charakteristikum einer inklusiven Gesellschaft ist der selbstverständliche Anspruch auf Teilhabegerechtigkeit für alle Bevölkerungsgruppen in allen Bereichen des Lebens. Mit diesem Anspruch ist die gesamte Diversität unserer Gesellschaft angesprochen. Dazu gehören auch Menschen mit Behinderungen, die noch längst nicht in allen Bereichen gleichberechtigt teilhaben können. Ihr Recht auf gleichberechtigte Teilhabe leitet sich dabei nicht nur aus politischen Willensbekundungen sowie dem Grundgesetz sondern auch aus der UN-Behindertenrechtskonvention ab. Artikel 30 definiert dabei auch das Recht auf kulturelle Teilhabe.

Unser Ziel ist es, Teilhabegerechtigkeit für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen umzusetzen. Und dabei will die SPD auch in den Bereichen Standards setzen, in denen die Teilhabe bislang unterdurchschnittlich gelungen ist. Im Kulturbereich heißt das, dass Menschen mit Behinderungen dabei nicht nur als Konsumentinnen und Konsumenten von Kunst und Kultur, sondern auch als Kunstschaffende im Kulturbereich angesprochen sind.

Die SPD Berlin könnte mit der Initiierung eines inklusiven Kulturkonzeptes einen Leuchtturm setzen und damit bei der diversitätssensiblen Ausrichtung von Kulturpolitik eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu wird die Einrichtung einer Servicestelle Inklusion für den Kulturbereich als Anlaufstelle für Kulturschaffende und Kulturkonsumentinnen und Konsumenten empfohlen. Darauf aufbauen soll die Bildung einer öffentlichen Vernetzungs-Plattform – BerlinKulturInklusiv. Sie schafft flächendeckende Kooperationsprogramme zwischen Kitas, Schulen, Musikschulen und Kunst-Institutionen sowie freien Künstlerinnen und Künstlern mit dem Schwerpunkt Inklusion. Hinzu kommen der Anspruch einer gleichberechtigten Vergabe von Fördermitteln an inklusive Kulturprojekte und die Öffnung vorhandener Förderprogramme sowie die Schaffung von Modellförderprogrammen zur inklusiven Kulturförderung (Förderfonds Kultur und Inklusion). Bei Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen soll der schrittweise Abbau des Sanierungsstaus zur Herstellung von Barrierefreiheit führen und die barriere-

freie Ausgestaltung bzw. Erweiterung vorhandener kommunaler Kulturangebote gewährleisten. Zur vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung sollen Inklusionsthemen an Kunsthochschulen und Universitäten für die Erweiterung des Blickwinkels der kulturpädagogischen Bildung verankert und zudem die Lehrpläne an Kitas und Schulen zur kulturellen Bildung um inklusive Themen erweitert werden. Die Entwicklung von Modellprojekten inklusiver kultureller Bildung und Kulturarbeit ist gut geeignet, diesen Prozess mit Forschung und Evaluierung zu begleiten.

Als weitere kulturpolitische Themen wurden die Förderlandschaft in Berlin, die kulturelle Infrastruktur, digitale Angebote und Kunstformen sowie Aspekte der kulturellen Bildung diskutiert:

Die Vielzahl der **Förderprogramme** sollte evaluiert, konzentriert und systematisch geordnet werden, um die Förderpolitik strategischer ausrichten zu können. Dazu wird empfohlen, eine zentrale digitale Förderplattform für Kunst und Kultur zu schaffen, auf der sich Kulturschaffende registrieren und barrierefrei Mittel beantragen können.

Möglich wäre, eine feste, unabhängige, fachlich kompetente Jury über die Mittelvergabe entscheiden zu lassen, wobei sichergestellt sein muss, dass die Förder- und Vergabepolitik die Standards der Gender- und Diversitätsgerechtigkeit berücksichtigt.

Die **Sicherung kultureller Infrastruktur** sollte als Standard (analog zur sozialen Infrastruktur) Eingang in städtebauliche Verträge finden. Analog zu den Musikschulen sollen dafür Mindestversorgungsstandards kultureller Infrastruktur in den Bezirken (Mindestversorgungsdichte – Indikator Einwohnerzahl + Fläche) definiert werden. Zur Erfüllung des Bedarfs sollen die rechtlichen Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten auch unter der Maßgabe des kulturellen Flächenbedarfs geschaffen werden. Durch ein Sanierungs- und Investitionsprogramm werden mit dem Abbau des Sanierungsstaus bezirkliche und Landeskultureinrichtungen attraktiver. Außerdem wird vorgeschlagen, die Öffnung öffentlicher Einrichtungen für tageszeitbeschränkte Nutzung und in gemeinsamen Raumkonzepten die Bedarfe von Kreativwirtschaft, Kulturinfrastruktur und der Förderung kulturellen Unternehmertums (Entrepreneurship) zu verbinden. Dabei soll auch die Kopplung des öffentlichen Kulturflächenmanagements mit privatrechtlichen Kulturflächenangeboten unter systematischem Einbezug von temporär zur Verfügung stehenden Flächen für kulturelle Zwischennutzungen verbessert werden. Die Einrichtung eines digitalen Kulturflächenatlanten ermöglicht ein digitalisiertes Kulturflächenmanagement von Land und Bezirken.

Digitale Kunstformen (Medienkunst, computergenerierte Kunst, GFX Grafik, Netzkunst, Digitale Poesie, Net Poetry und Code Poetry) sollen in der Förderstruktur und Flächenvergabe stärkere Berücksichtigung finden. Wir wollen ihre Verankerung in der wissenschaftlichen und kunstpädagogischen Lehre stärken und Vernetzungsplattformen zwischen Kreativwirtschaft und Kunstschaffenden im digitalen Kunstsektor (wie die Transmediale Berlin) schaffen. Die Förderung von Kooperationen im digitalen Kunstbereich kann im Rahmen von Städteverbindungen, z.B. Wien (Ars Electronica, Coded Cultures, Universität für angewandte Kunst Wien, Research Institute for Arts and Technology, Wien) weiter unterstützt werden.

Wir wollen die **frühzeitige kulturelle Bildung** durch den systematischen flächendeckenden Ausbau von Kooperationen zwischen Kitas und Schulen und Musikschulen, Bibliotheken, Museen sowie Kultureinrichtungen bzw. Künstlerinnen und Künstlern stärken. Dazu gehört auch die Dezentralisierung von Angeboten in den soziokulturellen Zentren in den Bezirken und die Sicherung sozial gestaffelter Entgeltstrukturen für alle Angebote der kulturellen Bildung. Zur Stärkung der kulturellen Teilhabe von Kindern soll die Vernetzung der Fachbereiche Jugend, Kultur und Bildung in den Bezirken intensiviert werden.

V. Die SPD modern und inklusiv aufstellen

Die Beratungen in der Kommission Politische Handlungsfelder haben auch in den Blick genommen, wie es der SPD Berlin gelingt, die eigene, vielfach sehr erfolgreiche politische Arbeit besser zu erzählen und statt der Auflistung kleinteilig durchgesetzter Einzelmaßnahmen ein schlüssiges und glaubwürdiges Narrativ des eigenen Wirkens anzubieten.

Ein Narrativ wird dabei definiert als eine Botschaft, mit der wir Strahlkraft erwirken können, ein Bild, das Emotionen weckt, uns glaubhaft macht und ein Paradigma nicht nur für uns, auch für und durch andere reproduziert wird. Es lebt dadurch, dass es ein Problem aufgreift und Mut mitbringt, es zu erkennen und auszusprechen. Narrative benötigen ein zu bewältigendes Problem in der Ausgangslage. Die Legitimationsebene sowie Machtfragen engen den Diskurs ein und beschreiben den Referenzrahmen. Es darf nicht zu konkret sein und muss „Andockfläche“ bieten für andere Positionen und eine große Strahlkraft hervorbringen, die andere mitzieht.

Die Berliner SPD versteht sich als Team, den Wandel gemeinsam zu gestalten. Dabei lassen wir niemanden zurück. Wir wollen Bewährtes bewahren und den Blick für neue Perspektiven schärfen. Wir brechen auf in eine sozial gerechte nachhaltige innovative Zukunftsgesellschaft, in der das menschliche Miteinander Vorrang hat. Gemeinsam. Menschlich. SPD.

In den Beratungen stand zudem im Fokus, wie sich die SPD Berlin als Organisation verändern soll. Die erarbeiteten Vorschläge ergänzen die geleistete Arbeit der Organisationspolitischen Kommission, die ihrerseits einen Bericht vorgelegt hatte, dessen Ergebnisse bereits dem Landesparteitag vorgelegt und in (satzungsändernde) Beschlüsse übersetzt wurden.

In den Beratungen der Kommission Politische Handlungsfelder wurden zunächst die Ziele erarbeitet, die erreicht werden sollen:

Die SPD Berlin ist die Mitmach-Partei!

Die SPD Berlin ist eine lebendige und offene Partei, die von aktiver und aktivierender Arbeit der Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften getragen wird. Durch Best Practice-Analyse und den gegenseitigen Austausch wollen wir gelungene Formate auf andere Abteilungen und AGen übertragen und damit das Engagement in der Partei noch attraktiver machen. Die Mitgliedschaft soll unkompliziert verfolgen können, wie Beschlüsse der Partei durch Senat und Fraktion umgesetzt werden. Dazu braucht es zeitnahe Rückkopplung, wie Parteitagsbeschlüsse weiter behandelt wurden.

Die SPD Berlin als progressive, linke Hauptstadtpartei!

Um jenseits fachpolitischer Details den wertebasierten Rahmen unseres politischen Handelns stärker zu betonen, soll ein Leitbild mit Analyse, Zielstellung und Strategie für die Partei entwickelt werden. Wir ordnen auch kommunikativ unser Handeln in die Zielstellung des Leitbildes ein. Dazu sollen hervorgehobene Projekte der SPD Berlin – der Mietendeckel zum Schutz der Mieterinnen und Mieter, das Solidarische Grundeinkommen als Abkehr von Hartz IV, die Stärkung von Selbstverwaltung (Kiez, Wohnraum, Stadtwerke usw.), die Kindergrundsicherung, angestrebte Arbeitszeitreduzierung oder unser grüner Faden in der Politik für sozial-ökologischen Wandel – verstärkt und wiederholt kommuniziert und von allen Teilen der Partei in den Vordergrund gestellt werden.

SPD Berlin: vertrauensvolle, glaubwürdige Regierungspolitik mit Haltung!

Die inhaltliche Arbeit der Partei und die Erzählung unserer Inhalte im Rahmen eines Leitbildes sind die Grundlage dafür, glaubwürdige Regierungspolitik zu machen, die zugleich die Haltung der SPD zu

erkennen gibt. Dies ist auch Leitschnur für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Senat, Fraktion und Parteiführung.

Auch die tägliche Regierungsarbeit im Senat und die Politik der Koalition im Abgeordnetenhaus brauchen neben fachpolitischer Erfolge einen handlungsleitenden Rahmen. Wir schlagen vor, in der Koalition ein Programm für einen sozial-ökologischen Wandel in Berlin zu entwerfen, das als R2G-Projekt unter SPD-Führung alle Ressorts einbindet. Grundlage dafür kann u. a. die Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen sein.

Ausgehend von diesen übergeordneten Zielstellungen kommt es darauf an, die SPD als Organisation und ihre Arbeitsweise auch konkret zu verändern. Als umsetzbares Leuchtturmprojekt wurde in der Arbeit der Kommission die Öffnung der Parteistrukturen vertieft.

► **Leuchtturmprojekt: Öffnung der Parteistrukturen und -gremien**

Es wird vorgeschlagen, zur stärkeren strategischen Ausrichtung der Landespolitik einen Innovationsstab einzurichten, der die Beteiligung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft (z.B. GründerInnen) oder auch BürgerInnen ermöglicht. Dieser kann die hier bereits angefangene Erarbeitung von Leuchtturmprojekten fortsetzen, etwa mit Blick auf ein innovatives, nachhaltiges Zusammenleben in der Stadt. Neben der inhaltlichen Arbeit der Parteigliederungen können auch Projektgruppen den Blick weiten und gezielt Expertise einholen, etwa zu der Frage, was Fortschritt im sozialdemokratischen Sinne bedeutet?

In diesem Sinne setzen wir uns auch dafür ein, Online-Themenforen für Nichtparteimitglieder zu schaffen und regen an, Modelle zur Einbindung von Bürger*innen bei der Aufstellung von Kandidat*innen zu prüfen.

Unsere Kreisbüros sind schon jetzt wichtige und sichtbare Anlaufstellen der SPD. Wir wollen sie noch stärker zu Kiezbüros entwickeln, die auch Veranstaltungsort und Treffpunkt für die Nachbarschaft sind. Auch für unsere Genossinnen und Genossen wollen wir es einfacher machen, die Mitarbeit in der SPD mit Beruf, Familie und Privatleben zu vereinbaren. Dafür wollen wir abteilungsübergreifende Lern- und Ideenbörsen schaffen, um innovative Formate wie z. B. Facebook-Live-Übertragungen von Mitgliederversammlungen auszubauen.

Neben diesem Leuchtturmprojekt sind in der Kommission zahlreiche weitere Aspekte vertieft worden, die für die weitere Bearbeitung im Folgenden zusammengefasst werden.

► **Grundsätze des politischen Arbeitens**

Es klingt manchmal profan, aber es stimmt der Satz: "Wenn wir uns mögen, mögen uns auch die Berliner*innen!". Engagement in der SPD Berlin soll mit Freude am gemeinsamen Politik-Machen einhergehen. Dafür ist es wichtig, eine Kultur des gegenseitigen Respekts, der gegenseitigen Wertschätzung und des gemeinsamen Arbeitens zu gewährleisten. Wir verfolgen unsere Ziele gemeinsam und solidarisch und wir schätzen den Beitrag der anderen zum gemeinsamen Erfolg sozialdemokratischer Ideale. In der alltäglichen Arbeit der SPD Berlin gibt es Räume zur Manöverkritik und eine funktionierende und respektvolle Streit- und Fehlerkultur.

Der Landesvorstand soll beauftragt werden, einen Arbeitskreis einzuberufen, der einen Verhaltenskodex für die (ehrenamtliche) politische Arbeit in der Berliner SPD erarbeitet. Dieser soll am Ende Wege aufzeigen, wie auf allen Ebenen der Parteiarbeit eine respektvolle Streit- und Fehlerkultur umgesetzt und eine gegenseitige Wertschätzung in der gemeinsamen Arbeit gestärkt werden können. Diese Arbeit kann in dem von der organisationspolitischen Kommission vorgeschlagenen und vom Landesparteitag bereits beschlossenen Antidiskriminierungsgremium gebündelt werden.

► **Aktive Gestaltung des Parteilebens**

Sich gemeinsam politisch zu engagieren bedeutet nicht nur inhaltliche Arbeit, sondern soll auch Gelegenheiten des Einanderkennenlernens schaffen. Wir wissen: Wer sich kennenlernt, lernt sich schätzen. Wir wollen die Abteilungen dabei unterstützen, neue Formen der Beteiligung organisieren, abteilungsübergreifende Angebote zu schaffen und Patenschaften zwischen den Ebenen der Parteilgliederung zu ermöglichen. Neben einer zunehmenden Vielfalt der Debattenformate (Fishbowl, World-café) befürworten wir die stärkere Entwicklung projektorientierter Angebote für ein Engagement, das die etablierte Strukturen ergänzt und gezielt anschlussfähig ist für Projektarbeit.

► **Beteiligung und Beschlüsse ernst nehmen**

Die in der Bundestagswahlanalyse konstatierte Entfremdung des Mittelbaus der Partei vom Parteivorstand hängt maßgeblich damit zusammen, dass Entscheidungen wie die Agenda 2010, die Rente mit 67 oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer weitgehend ohne die Berücksichtigung der Einwände der Partei geradezu verordnet wurden. Eine aktive und inhaltlich ambitionierte Mitgliedschaft erwartet dagegen, dass Beschlüsse der Partei nicht ignoriert werden, sondern einen maßgeblichen Einfluss auf das Agieren der gesamten Partei haben. Die trägt dazu bei, das Engagement in der SPD für alle, die sich beteiligen wollen, sinnstiftend zu gestalten. Die unterschiedlichen Verfahren der direkten Mitgliederbeteiligung der vergangenen Jahre zeigt, dass es sich lohnt, auch in der Partei Formate der direkten Demokratie zu erproben.

► **Die Personalentwicklung in der SPD professionalisieren**

Politik wird von Menschen gemacht und von Menschen vermittelt. Dazu braucht es glaubwürdige, vor Ort verankerte Persönlichkeiten, die nachvollziehbar und glaubwürdig für unsere Programmatik stehen und diese mit Vision und Haltung verbinden. Sozialdemokratische Ideale und Positionen überdauern Legislaturperioden und Amtszeiten und müssen deshalb auch in kollegialer Zusammenarbeit ehemaliger, aktueller und kommender Vertreter*innen und Mandatsträger*innen der Partei vertreten werden. Wir wollen in unserer Partei Vielfalt groß schreiben und abbilden, indem Jung und Alt Verantwortung übernehmen, die Geschlechter gleichberechtigt teilhaben und Migrationshintergründe Wertschätzung und Berücksichtigung erfahren.

Wir wollen die unterschiedlichen Talente unserer Mitglieder zur Geltung bringen und stärken. Dazu sollen Angebote der Parteischule ausgebaut, mehr Seminare der innerparteilichen Bildung angeboten und gerade für neue Mitglieder das „A und O“ der Parteiarbeit besser vermittelt werden.

Funktionär*innen auf allen Ebenen der Partei übernehmen Leitungsfunktionen und sollten sich dieser Verantwortung auch bewusst sein. Um sie zu unterstützen, wollen wir Qualifizierungsangebote und Coachings weiter ausbauen. Dazu gehören die Entwicklung von Führungsleitlinien und die Möglichkeit von Supervision zur Selbstreflexion. Unseren Mitgliedern, die Verantwortung in der Partei übernehmen oder übernehmen wollen, bieten wir kostenfreie Fortbildung zu Themen wie Projektmanagement, Umgang mit Konflikten, Zusammenarbeit im Team und Diversität. Neuen Mitgliedern wollen wir gezielte Nachwuchsprogramme und Mentoring- oder Patenschaftsangebote unterbreiten können. Um unterschiedliche Talente unserer Mitgliedschaft zusammenzubringen, sollte Verantwortung untereinander aufgeteilt und Ämterhäufung vermieden werden.

► **Digitalisierung von Engagement**

Ergänzend zur im Leuchtturmprojekt vorgeschlagenen Öffnung von Parteistrukturen sind digitale Partizipationsangebote inzwischen eine Selbstverständlichkeit für politisches Engagement. Dazu zählen onlinebasierte Mitgliederbefragungen oder Debattenforen im Netz ebenso wie die oben

vorgeschlagene Beteiligung von Mitgliedern und Öffentlichkeit durch Facebook-Übertragungen. Wir schlagen die Einrichtung eines Pilotprojektes „Virtuelle Abteilung“ vor, um Angebote zu bündeln und unkompliziert erreichbar zu machen. Auch vom Parteivorstand erwarten wir eine aktivierende Ansprache auf direktem, digitalem Wege.

► **Organisatorische Unterstützung von Engagement**

Ehrenamtlich Engagierte sind die Grundlage unserer politischen Arbeit. Unsere Mitglieder leisten viel und gestalten aktiv das Parteileben. Mit wachsenden Ansprüchen an die Politik einerseits und gestiegener Erwartungen an die Vereinbarkeit von Engagement und Privatleben andererseits müssen wir sie stärker unterstützen. Es wird deshalb vorgeschlagen, hauptamtliche Engagementbeauftragte einzusetzen, um den Ehrenamtlichen Aufgaben wie die Kontakt- und Verteilerpflege oder den Aufbau von Netzwerken und Datenbanken zu erleichtern.

Auch sollen die Ergebnisse der Arbeit der Kommission Politische Handlungsfelder in die Mitgliedschaft ausgerollt werden, um zusätzliche Inspiration und Vorschläge zu gewinnen. Die Ergebnisse sollen zu Leitfäden für Workshops komprimiert werden, um Veranstaltungen in den Abteilungen zu erleichtern. Aus diesen Veranstaltungen gewinnt die Partei im Sinne einer gelungenen Feedback-Kultur inhaltliche Rückmeldungen zu den erarbeiteten Vorschlägen.

► **Verankerung in der gesamten Stadt**

Für die SPD Berlin ist es Anspruch und Herausforderung zugleich, in allen Stadtteilen sowie in relevanten Bündnissen (siehe VI.) präsent zu sein. Unser Ziel ist es, als SPD Berlin in allen Teilen der Stadt unseren Beitrag zu leisten für die solidarische, nachhaltige und weltoffene Metropole, in der alle Menschen Platz haben. Insbesondere in den **östlichen Bezirken** und in den **Innenstadtbereichen** ist die SPD Berlin nicht mehr automatisch starke „Hauptstadtpartei“. Um beide Zielgruppen wieder zu gewinnen, ist ein Spagat aus progressiv-linker Zielformulierung und Regierungspolitik ebenso nötig, wie eine pragmatisch-solidarische Sozial- und Sicherheitspolitik.

Mit Blick auf bevorstehende Wahlkämpfe braucht es eine frühzeitige Verständigung, wie der Wahlkampf und die Mobilisierung in strukturschwächeren Kiezen unterstützt werden kann.

► **Außendarstellung der SPD Berlin**

Gute Politik für Berlin wird nur dann honoriert werden, wenn sie die Köpfe und die Herzen der Menschen erreicht. Dazu braucht es klare Haltung, Wahrhaftigkeit, Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und ein empathisches Gespür für Emotionen.

Eine gute gemeinsame Kommunikation macht es nötig, zunächst nach innen zu reflektieren, welchen Eindruck wir als Partei bei den Menschen hinterlassen wollen. Dazu braucht es vertrauliche und verlässliche Räume, aus denen nicht nach außen kommuniziert wird. Dies ist die Grundlage für einen fairen Umgang untereinander und für einen geschlossenen Auftritt nach außen, der die Solidarität, für die wir eintreten, auch vermittelt.

Wir wollen für unsere politische Arbeit und Kommunikation eine klare, verständliche Sprache etablieren, denn wer Begriffe besetzt, besetzt auch die Köpfe.

Und wir regen an, unsere Öffentlichkeitsarbeit zu professionalisieren, durch die Einrichtung eines Newsrooms, in dem Informationen, Erfahrungsberichte sowie die Kontakte zu Ansprechpartner*innen zusammenlaufen und ein offener Austausch ermöglicht wird.

VI. Die SPD als Teil gesellschaftlicher Bündnisse und Debatten

Die Sozialdemokratie war immer dann stark und erfolgreich, wenn sie Teil gesellschaftlicher Bündnisse und Bewegungen war und mit anderen zusammen gesellschaftliche Debatte angetrieben hat. Dabei kommt es darauf an, ein Ohr am Puls der Zeit zu haben, durch unsere Genossinnen und Genossen und ihr vielseitiges Wirken in gesellschaftlichen Zusammenhängen nah am Leben der Menschen zu sein. Und es kommt darauf an, Zeit und Energie zu haben, um Bündnisarbeit zu gestalten und in Kontakt zu bleiben mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Um diesen Herausforderungen besser gerecht werden zu können, schlagen wir mit dem Leuchtturmprojekt vor, unsere Bündnisarbeit zu professionalisieren.

► Leuchtturmprojekt: Schaffung einer/s hauptamtlichen Beauftragten für Bündnisse und Vorfeldorganisationen

Die SPD ist über ihre Gliederungen bereits in zahlreichen Bündnissen vernetzt, in Initiativen gegen Rechts ebenso wie in Kiez- und Nachbarschaftsaktionen. Um diese Strukturen zu stärken und unsere Ehrenamtlichen zu unterstützen, schlagen wir die Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle zur Koordinierung der Bündnisarbeit vor. Der oder die Vernetzungs-Beauftragte soll als Ansprechpartner*innen Ehrenamtsbeauftragte in den Gliederungen zur Seite gestellt bekommen und sie in ihrer Arbeit unterstützen. So kann es auch gelingen, schneller auf gesellschaftliche Bewegungen wie Fridays for Future oder den Protest gegen Uploadfilter zu reagieren. Der oder die Beauftragte soll dabei auch die Präsenz in den sozialen Medien verstärken und dort gezielt die enge Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen sichtbar machen.

Für die Bündnisarbeit der SPD Berlin ist es zunächst wichtig, die Wahrnehmung der Bündnispartner als politische Mitgestalter zu stärken. Dazu gehört z. B.:

- Einbindung bei inhaltlichen und strategischen Entscheidungen
- Verabredung von gemeinsamen Aktivitäten/Kampagnen
- Etablierung fester, verlässlicher Verfahrensweisen und Kommunikationsstrukturen
- Festigung Kooperationspartnerschaft vs. Konfliktpartnerschaft
- Einigung auf gemeinsame Leitbilder
- Konzentration auf inhaltliche Schnittmengen entlang gemeinsamer strategischer Interessen
- Definition von gemeinsamen Projekten
- Verabredung zu gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit

Weiterhin bedarf es einer kontinuierlichen und systematischen Beobachtung der Netzwerk- und Organisationslandschaft (Initiativen, Aufrufe, Debatten und Proteste), um Sensibilität für Konfliktszenarien sowie Positionierungsmöglichkeiten zu erhöhen.

Auf dieser Grundlage erfolgt eine koordinierte Kontaktaufnahme, -pflege und Entwicklung von Netzwerkstrukturen auf allen Ebenen durch Etablierung von Verantwortlichen in den Abteilungen und Kreisen. Die kontinuierliche Beteiligung von SPD-Mitgliedern an Initiativen, Foren und Diskussionsveranstaltungen stärkt unsere Vernetzung ebenso wie die koordinierte Präsenz der SPD auf Gewerkschafts-, Verbands- und Kirchentagen.

Wir setzen uns ein für die Entwicklung von Kampagnen zur Ansprache von potenziellen Bündnispartner*innen, Multiplikator*innen und Netzwerken und streben eine Öffnung der SPD für Bündnispartner*innen durch die Einrichtung von Kooperationsmitgliedschaften an. So verstärken wir die wahlkampfabhängige, zielgruppengenaue Kontakt-, Integrations- und Netzwerkarbeit. Dazu gehört, dass die SPD den Partner*innen mit Offenheit und Lernfähigkeit begegnet.

Engagement braucht Räume, in denen Politik und politischer Diskurs erfahrbar wird. Dafür ist es erforderlich, die Bereitstellung von Infrastruktur für Beteiligungs-, Diskussions- und Projektforen in Bezirken und Land zu stärken. Sie ermöglicht die Etablierung kontinuierlicher lokaler Foren, wie z. B. Quartiersgespräche mit Bündnispartnern. Durch die Öffnung unserer Kreisbüros tragen wir zu einem solchen Angebot bei. Wir wollen projektbezogene Plattformen schaffen und neue Formate erproben. So gelangt die Politik raus aus den Hinterzimmern und raus auf die Straße.

VII. Schlussfolgerungen

SPD Berlin – die Volkspartei für Berlin

Mit dem vorliegenden Bericht weist die Kommission Politische Handlungsfelder einen Weg auf, wie die Berliner SPD in allen im Rahmen von Umfragen als besonders bedeutsamen markierten Politikbereichen die Probleme Berlins und ihrer Menschen aufgreifen und zu pragmatischen Lösungen führen kann. Dabei ist es der Anspruch der Volkspartei SPD die Gegensätze und Interessenkonflikte der heterogenen und stark individualisierten Metropole Berlin in der Analyse herauszuarbeiten und sie in der programmatischen Auseinandersetzung zusammenzuführen mit dem Ziel, sie in einer schlüssigen und realistischen Umsetzungsperspektive zu versöhnen.

Die in dem Bericht enthaltene Analyse zeigt die große Breite gesellschaftlich relevanter Themen. Viele davon werden in den Umfragen je nach Fragestellung durchaus ambivalent konnotiert. Jedes einzelne davon ist außerdem im gesellschaftlichen Prozess jederzeit so aktivierbar, dass seine Relevanz die der anderen Themen in den Hintergrund drängen kann. Es ist also für die Volkspartei SPD notwendig, auf allen Feldern mit solchen realistischen Lösungsansätzen, die auch diesen (scheinbaren) Widersprüchen gerecht werden.

Prominentes Beispiel ist der (scheinbare) Widerspruch zwischen dem Anspruch einer offenen und integrationsfreundlichen Zuwanderungspolitik einerseits und der Forderung nach einer Förderung des Sicherheitsgefühls der Berlinerinnen und Berliner andererseits. Wobei im Bereich der inneren Sicherheit zusätzlich das Gleichgewicht zwischen den Eingriffsmöglichkeiten der Sicherheitskräfte und der Bewahrung der Schutz- und Freiheitsrechte des Einzelnen vor einem übermächtigen Staat gewahrt bleiben muss.

Bei zahlreichen sozialpolitischen Fragestellungen beispielsweise gilt es darüber hinaus, den Ausgleich zwischen dem Anspruch nach materieller Absicherung bei hoher Qualität bei gleichzeitiger Bewahrung von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung also der Freiheit des Individuums gerecht zu werden.

Die Qualität der politischen Arbeit einer Volkspartei bemisst sich also für uns daran, dass ihre Politik derartige Konfliktlagen auf dem Wege des Interessenausgleich zu einem für weite Teile der Bevölkerung akzeptablen Ergebnis führt und auf diese Weise den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den gesellschaftlichen Konsens fördert. In diesem Prozess ist die Stärkung und Weiterentwicklung von Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligungsformaten wesentliches Element der Demokratieförderung. Dies findet sich auch in diesem Prozess wieder.

Die Kommission Politische Handlungsfelder empfiehlt der SPD Berlin, den hier genannten Ansatz, wie er sich unter anderem in den vorgeschlagenen Leuchtturmprojekten wiederfindet, aktiv und über alle Politikbereiche hinweg weiterzuverfolgen und auf diese Weise große Teile der Berliner Bevölkerung wieder für ihre Politik zu begeistern.

